

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 19. September 1911.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

In Wien ist Blut geflossen!

Wien, 17. September. (Sig. Ver.)

In Ottakring, einem Wiener Proletarierbezirk, ist heute Blut geflossen. Militär hat auf eine demonstrierende Menge zwei Salven abgefeuert. Die Zahl der Opfer ist im Augenblick noch nicht genau bekannt. Gerichte erzählen von drei Toten und vielen Verwundeten. Sicher beglaubigt ist bisher, daß ein Mann getötet und 50 Personen schwer verletzt sind.

Die beklagenswerten Ereignisse haben sich folgendermaßen abgespielt:

Vormittags fand auf dem großen Platz vor dem Rathaus eine Kundendemonstration als Protest gegen die Lebensmittelteuerung statt. Von fünf Tribünen wurden Reden gehalten. Der ungeheure Platz war dicht besetzt. 100—150 000 Menschen waren angeammelt. In großen Zügen kamen die Arbeiter aus den Bezirken auf den Rathausplatz. Die Stimmung der Massen war ungeheuer erregt. Die Teuerung hat die Arbeiterschaft bis in die tiefsten Tiefen ausgewühlt.

Die Drohungen, die der Ministerpräsident Baron Gautsch in der Obmännerkonferenz am Freitag ausgestoßen hatte — er müsse vor den Folgen warnen, wenn die Grenzen des Gesetzes oder der öffentlichen Ordnung überschritten würden! — hatte die Erregung in den Massen noch gesteigert. Die Wiener Arbeiterschaft leidet unter der Teuerung aller Bedarfsartikel weit mehr als die Bevölkerung irgend einer Stadt, und die Teuerung der Lebensmittel wird noch durch einen unerhörten Wohnungswucher empfindlicher gemacht. Hunderte von Arbeitern in jedem Bezirke können keine Wohnung finden, weil die Hausbesitzer die Mieten immer mehr erhöhen und weil an Arbeitern mit mehreren Kindern Wohnungen überhaupt nicht mehr vermietet werden.

Immer lauter ertönt der Schrei der Verzweiflung aus den Reihen der Arbeiterschaft. Es ist geradezu eine Hungersnot, die die Arbeiterschaft zur Verzweiflung bringt, um so mehr, da Regierung und Kommunalverwaltung nichts zu deren Milderung tun.

Als die Massen heute zum Rathaus zogen, hatte die Regierung nichts Vernünftigeres zu tun, als ihnen durch ein kolossales Polizei- und Militäraufgebot zu demonstrieren, daß es ihr mit ihren Drohungen ernst sei. Schon gestern hatte man mitgeteilt, daß man Militär in Bereitschaft haben werde. Und heute früh waren nicht weniger als 5—6000 Mann Infanterie — zum größten Teil bosnische, der deutschen Sprache gar nicht mächtiger Soldaten — und 1500 Veritene — Ulanen, Dragoner und Husaren, wieder größtenteils nichtdeutsche Soldaten — auf der Straße. Das Militär war nicht etwa an versteckten Plätzen untergebracht, sondern so, daß die über die Ringstraße ziehenden Massen die Soldaten sehen mußten, auf dem Schillerplatz, vor dem Burgtor, beim Maria-Theresia-Denkmal und hinter dem Burgtheater.

Diese Maßnahmen waren nicht danach angetan und offenbar auch nicht bestimmt, die Stimmung zu beruhigen. Die Reden — es sprachen u. a. Schuhmeier, Bernerstorfer, Ellenbogen, Dinarsky, Leutner, Glöckel, Neumann, Staret — wurden mit stürmischen Zwischenrufen aufgenommen. Alle Redner bemühten sich, die Massen zu beruhigen. „Lasset Euch nicht provozieren! Lasset Euch nicht bewegen, die Demonstration etwa in einen Kampf mit den Polizisten umzuwandeln, die hungern wie Ihr! Gehet nach der Versammlung ruhig nach Hause!“ Als die Versammlung zu Ende war und drei Trompetenstöße ankündigten, daß nun der Heimmarsch beginne, wollten die Massen nicht vom Platze weichen. Die Erregung war zu groß und immer wieder hörte man die Rufe „Generalstreik!“ Die Vertrauensmänner bemühten sich, die Massen wegzubringen, es gelang nur sehr langsam. Um 1/11 Uhr war die Versammlung zu Ende, aber erst um 1/12 Uhr war der Rathausplatz halbwegs leer.

Aber immer wieder sammelten sich in der Nähe des Rathauses Gruppen, die stürmisch demonstrierten. An der Ecke der Bellaria, gegenüber dem Burgtor, kam es durch irgend einen Zufall zu einer Demonstration. Militär kam herbei, Steine wurden geworfen, Stöcke geschwungen. In dem Hause, wo sich der Verwaltungsgerichtshof befindet, ebenso im Justizpalast und in den Nachbarhäusern wurden zahllose Fensterscheiben eingeschlagen. Hier wurden die Abgeordneten Forstner und David, die die Massen zu beruhigen trachteten, selbst durch Stockhiebe und Steine verwundet. Auf dem Heidenschuß und auf der Freiheit in der inneren Stadt kam es ebenfalls zu bedrohlichen Zusammenstößen. Das Militär wollte dort den Zugang zum Ministerium des Innern und zum Kriegsministerium, wo man Demonstrationen befürchtete, verhindern. Im letzten Augenblick gelang es den Vertrauensmännern, einen blutigen Zusammenstoß zu verhindern und die Massen abzulenken. Karger war es beim Parlament und besonders beim Rathaus, wo sich die Massen immer wieder sammelten und durch die heraufstrebenden Ulanen aufs äußerste erregt, zahlreiche Fensterscheiben einschlugen. Das Militär sprengte gegen die Demonstranten, die sich mit Steinwürfen wehrten. Ebenso erging es an anderen Stellen der inneren Stadt, so auf dem Raiminerring, ebenso

dann auf der Verchenfelder Straße, durch die die Ottakringer Arbeiter heimzogen.

Die Erregung der Massen wuchs immer mehr, je öfter sie mit den Soldaten zusammentrafen. Zu einer förmlichen Schlacht kam es dann in Ottakring selbst, in der Nähe des Arbeiterheims, wo das Militär eine neuerliche Attacke unternahm. In der Herbststraße — angrenzend an die sog. „Schmelz“ — geschah das Gräßliche. Bosniaten — bosnische Infanteristen — gingen mit gefälltem Bajonnett gegen die Massen los. Wieder tönte ihnen der Ruf entgegen, der den Soldaten überall entgegenholl: „Ihr hungert doch ebenso wie wir!“ Aber sie verstanden nicht.

Ein Arbeiter, der 20jährige Eisendreher Otto Prehenberger, wurde von einem Offizierskadetten mit dem Bajonnett in die Brust gestochen und verfiel in einem Kaffeehaus, wohin er dann getragen wurde. Der Kadett wischte das Blut vom Bajonnett mit dem Handschuh ab. Die 15jährige Hilfsarbeiterin Emilie Schmiedl, die aus Neugierde auf die Straße gegangen war, wurde durch einen Schenkelschuß schwer verletzt. Ein Schuß in den Bauch traf den Arbeiter Franz Joachimsthaler und verletzte ihn lebensgefährlich. 50 Verwundete liegen im Wilhelminen-Hospital.

Die Demonstrationen dauerten am Abend noch fort.

Ruhe in Wien.

(Privattelegramm des „Vorwärts“.)

Wien, 18. September. Der heutige Tag ist in Ruhe verlaufen trotz der furchterlichen Erregung, die bis weit in das Bürgertum hinein die Bevölkerung beherrscht. Die beklagenswerten Vorfälle sind ein Zeichen für den Grad der Erbitterung, die die hungernden Massen gepackt und leider auch manchen die ruhige Ueberlegung geraubt hatte. Der Ausruf der Sozialdemokratie hat aber heute seine Wirkung nicht verfehlt. Die erbitterten Arbeiter riesen spontan nach dem Massenstreik als dem stärksten Mittel des Protestes gegen eine Regierung, die aus Anrechtlosigkeit gegen die Agrarier für die Hungersnot nur Infanterie und Kavallerie zur Verfügung hat. Aber noch stehen der Partei andere Mittel zur Verfügung, und die Wiener Arbeiterschaft ist heute dem Rate ihrer verantwortlichen Vertrauensleute folgend zur Arbeit zurückgekehrt. Der

Ausruf der Parteileitung

hat folgenden Wortlaut:

Sozialdemokraten! Arbeiter! In einer gewaltigen Kundgebung hat die Arbeiterschaft Wiens gestern gegen die Teuerung demonstriert. Als die großen Arbeiterzüge bereits aufgelöst waren, kam es jedoch, trotz des energischen Eingreifens unserer Vertrauensmänner zu Gewalttätigkeiten und blutigen Kämpfen mit der Polizei und mit dem Militär. Die Regierung hat das Militär gegen das Volk geschickt. Blut ist geflossen. Mit der Fortsetzung der Demonstration wäre niemand geholfen als der Reaktion, die danach lechzt, die Bewegung gegen die Teuerung in einem Blutbade zu erstickern. Wir wollen nicht, daß nun, und zwecklos kostbare Menschenopfer geopfert werden. Wir fordern daher alle Arbeiter und Parteigenossen Wiens auf, jede weitere Demonstration zu unterlassen. Sorgt dafür, daß Montag früh alle Arbeiter wie gewöhnlich zur Arbeit gehen. Kaltes Blut, haltet Disziplin! Laßt Euch nicht provozieren! Vertraut Eurer Partei, die tun wird, was notwendig ist.

Die Montagsausgabe der „Wiener Arbeiterzeitung“ ist wegen der Besprechung der Vorgänge konfisziert worden. Wir geben im folgenden die wichtigsten Stellen des Artikels wieder:

Blut, Arbeiterblut ist geflossen in den Straßen Wiens! Polizei zu Fuß und zu Pferde, Infanterie und Kavallerie hat die Regierung aufgebieten gegen die Teuerungsdemonstration des Wiener Volkes. Und nachdem sie mit dem herausfordernden Aufmarsch des Militärs, dem zwecklosen Hin- und Herziehen die Erregung der durch die Lebensnot ohnedies leidenschaftlich erregten Menge bis zur Siebehöhe gesteigert hatte, ließ sie schließlich in das Volk hineinzucken, kommandierte man Bajonnettangriffe auf die heimziehenden Demonstranten, bis die unselige Taktik dieser verblendeten Staatsgewalt endlich zu dem Entschlichsten gelangte, daß in Wien auf das Volk geschossen wurde, daß Menschenblut die Straßen rötete! Ein Toter und zahlreiche Verwundete sind die Opfer dieses Kampfes des Staates gegen das hungernde Volk. Aus seiner tiefsten Not erscholl der Schrei des gequälten Volkes und tobdringende Attacken des Militärs sind die Antwort des Staates. Welche unselige verblendete Staatskunst hat diesen furchterlichen Tag geboren!

Nun werden sie alle aufstehen, in widerlicher Heuchelei ihre Hände in Unschuld waschen. Der Ministerpräsident Gautsch wird uns wieder versichern, daß sich die Regierung von der Notlage des Volkes überzeugt habe und des besten Willens sei. Er wird sich darauf berufen wollen, daß er doch rechtzeitig gewarnt habe, also an dem Schrecklichen, was seine Gewalten getan, keine Verantwortung tragen könne. Und die Polizei wird uns jede Fensterscheibe vorrechnen, die die Arbeiter gestern in der Leidenschaft ihres Jornes zusammengeschlagen haben, und es als ihre Verpflichtung hinstellen, zerfallene Fensterscheiben und Laternen mit furchterlichem Blutbergießen zu ahnden. Das „herliche Kriegsheer“, das ausgerückt war, hat doch selbstverständlich nur seine Pflicht erfüllt, als es auf die beleidigenden Juraufe und Geberden hin einfach in die Menge hineinschloß. So wird sich das schändliche Pharisäertum breit machen und das Furchterliche, das gestern hier in Wien geschehen ist und was dem

Staate als Schmach vor der ganzen zivilisierten Welt anhaften wird, als unvermeidliche Wirkung der Demonstration ausgehen wollen.

Sicherlich waren die Menschen, die gestern in ungeheurer Zahl auf die Ringstraße zogen, in einer Stimmung, die die erprobte und nicht gewöhnliche Beherrschung der Wiener Arbeiterschaft brach, diese Selbstbeherrschung, die in unzähligen und den gewaltigsten Kundgebungen ihre bewundernswürdige Disziplin gezeigt und gewahrt hat. Und es war weder überraschend, noch erstaunlich, sondern nur selbstverständlich und unvermeidlich, daß sich die angesammelte Empörung über das Elend, das man in Oesterreich über das schaffende Volk verhängt hat, gestern in leidenschaftlichen Ausrufen, in organ Handlungen heftig entladen hat. Aber dessen ungeachtet wäre außer zerfallenen Fensterscheiben und Laternen kein weiteres und größeres Unheil geschehen, wenn die unausgesetzten Manöver des ohne jede Notigung aufgebietenen Militärs nicht immer die schon auseinanderstrebenden Massen von neuem zusammengeballt und Del ins Feuer gegossen hätten. Die blutige Tat, die gestern in Ottakring geschehen, ist nicht einmal im gemeinsten Polizeisinn zu rechtfertigen, ist unsäglich und als Uniat, die an dem eigenen Volke und an dem Staat begangen ward, schreit sie zum Himmel. Die Herrschenden haben, das zeigt schon die abschauliche Rederei des Gautsch, keine Vorstellung davon, wie es im Volke aussieht und wie tief die Erbitterung gedrunken ist.

Jeder Tag verteuert ein neues Lebensmittel und wenn die Woche um ist, ist von dem Lohn des Arbeiters ein unersehbarer Teil auf die Verteuerung von Nahrung und Obdach draufgegangen.

Wenn sie eine Ahnung davon hätten, welche entsetzliche Vertwüstung die Teuerung im Leben der Arbeiter anrichtet, dann würden sie sich nicht wundern, ihre scheinheiligen Ermahnungen sich sparen und die unzähligen Entsetzungen, daß wir daran die Schuld haben, nicht vorbringen. In Wahrheit hat sich das gesamte arbeitende Volk und weit über das Proletariat ins Bürgertum hinein eine Stimmung der Verzweiflung bemächtigt, ein Gefühl namenloser Entrüstung über die Lebensmittelverteuerung, die seine Existenz untergraben, so daß der blinde Horn, der gestern in den Demonstrationen tobte, nur allzu begreiflich erscheint.

Eine arrangierte Bewegung — so sagt der Ministerpräsident. Welch eine furchterliche Verkennung! Hunger, Not, Verzweiflung drängen die Massen vorwärts. Es ist die tiefste Erbitterung über das ihnen freventlich angetane Leid, die sie in die Versammlungen, auf die Straße führt und, wenn man es so nennen will, zu den Ergeissen treibt.

Drohung mit dem Standrecht.

Wien, 18. September. (W. Z. V.) Die „Neue Freie Presse“ meldet: Für den Fall einer Wiederholung der gestrigen Ausschreitungen, namentlich wenn sie eigentümlich gefährlichen Charakter annehmen, wird die bezirksweise Verkündung des Standrechts in Aussicht genommen.

Zwischen dem Ministerium des Innern und dem Polizeipräsidenten finden Besprechungen statt, da diese Behörde mit der Möglichkeit einer Wiederholung der gestrigen Ergeisse rechnet und für diesen Fall ganz außerordentliche Maßnahmen treffen wird. So wurden Truppen von auswärts nach Wien befohlen, um die Garnisonen zu verstärken. Heute nachmittag wird eine Kundgebung erscheinen, wonach im 18. Bezirk die Gasthäuser und Brantweinchen zwischen 8 und 9 Uhr abends geschlossen werden müssen. Wenn sich diese Verfügungen als ungenügend herausstellen sollten, wird die Behörde mit den schärfsten Maßregeln vorgehen.

Bei den gestrigen Unruhen sind insgesamt 203 Verhaftungen vorgenommen worden. Ein Teil der Verhafteten wurde nach protokolllarischer Vernehmung entlassen, der größere Teil, etwa 150 Personen, wurde dem Landesgericht eingeliefert und zwar wegen verschiedener Gewalttätigkeiten, Widersehlichkeit, gewaltsamen Einmengen in Amtshandlungen, boshafter Beschädigung durch Steinwürfe und wegen Aufruhrs.

Die Gesamtzahl der gestern Verwundeten wird heute auf neunzig angegeben.

Demonstrationen in Prag.

Prag, 17. September. (W. Z. V.) Die nationale und die sozialdemokratische Arbeiterschaft veranstaltete heute auf verschiedenen Plätzen Prags Massenversammlungen gegen die Lebensmittelverteuerung, an die sich Kundgebungen unter Führung von Abgeordneten schlossen. Die Redner richteten heftige Ausfälle gegen die Regierung. Die Menge sang revolutionäre Lieder, brachte Hochrufe auf die Revolution und Psalme gegen die Regierung aus. In den Mittagshunden zerstreuten sich die Massen ohne Zwischenfall.

Als am Abend der Lord Mayor und die Aldermen der City von London hier anlangen, wurden sie am Bahnhof von mehreren hundert Sozialdemokraten mit Demonstrationen empfangen, die sich auch vor dem Quartier der Gäste fortsetzten. Die Menge wurde von der Polizei mehrere Male zerstreut.

Ein Proteststreik in Prag?

Prag, 18. September. Die sozialdemokratische Partei plant für Mittwoch, den Tag der Eröffnung des Landtags, einen Generalstreik. Man befürchtet große Demonstrationen.

Die Melodie von Monbit.

Anlässlich des Binnenschiffahrtkongresses war Montag der Erste Bürgermeister von Wien in Berlin. Dieser alte Herr, Dr. Rumayer ist sein Name, der nach Luegers Tod als Nachhalter für andere auf dem Präsidentenstuhl des Wiener Gemeinderats saß, und in der österreichischen Hauptstadt als der schlafige Greis, der sich nicht zu helfen weiß, eine bemitleidenswerte Rolle spielt, benützte die Gelegenheit eines Interviews zu einer ganz schabigen Verleumdung der Wiener Sozialdemokratie. Niemand anderes

Die Interfions-Gebühr

Betrag für die sechsgehaltene Kolonisation oder deren Raum 60 Wg. für politische und gemeinschaftliche Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen 30 Wg. „Kleine Anzeigen“, das selbgedruckte Wort 20 Wg. (zählend 2 selbgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Wg. Stellenangebote und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Wg., jedes weitere Wort 5 Wg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

ist nach Neumayer an den früheren Ereignissen schuld, als die Wiener sozialdemokratischen Führer mit ihren „Behörden“, in Berlin kennt man ja diese Melodie von Noabik her zur Genüge und ihre Wahrheit desgleichen!

Den verachteten Christlichsozialen, die die Interessen Wiens den agrarischen Volkswuchsern ausgeliefert haben und deren Handelsminister, Dr. Weichkirchner, den niederträchtigen Geheimvertrag schloß, der die ungarischen Junker ermächtigt, den Oesterreichern das argentinische Fleisch zu verbieten, dieser von den Wienern bei den letzten Wahlen schmachtvoll davongejagten Partei könnte es freilich so passen, jetzt den Spießer in Sozialistenangst zu versetzen. Aber zu seinem Schmerze wird der alte ehrliche Neumayer gehört haben, daß sich an der riesenhaften Teuerungsfundgebung in Wien nicht nur sozialdemokratische, sondern auch solche Arbeiter beteiligten, die vor kurzem noch christlich sozial waren, und ferner noch tausende und aber tausende Kleinbürger und Beamte und selbst die in der Sklavensette der Christlichsozialen Gemeindevorständen schmachtenden städtischen Straßenbahner.

In Berlin mag Herr Neumayer allenfalls wegen, die Wiener Sozialdemokraten zu schmähen. Herr Neumayer wird sich in Wien hüten, die Sozialdemokraten für die Schandtat seiner Partei verantwortlich zu machen.

Zur Düsseldorf Reichstagswahl.

Düsseldorf, 18. September. (Fig. Bez.)

Morgen, den 19. September, findet die Erftwahl für den verstorbenen Zentrumskandidaten Kirch statt. Nur Stunden trennen und noch von der Entscheidung, die der morgige Tag bringen wird. Aus mehr als einem Grunde gebührt der Düsseldorf Erftwahl eine größere Beachtung, als Erftwahlen im allgemeinen beanspruchen können. Die Düsseldorf Reichstagswahl bildet gewissermaßen das Präliminar zu der nächsten allgemeinen Reichstagswahl, und das Düsseldorf Wahlergebnis hat symptomatische Bedeutung für die nächstjährigen allgemeinen Wahlen.

Nur im Jahre 1867 im konstituierenden und später im Norddeutschen Reichstag war Düsseldorf durch einen liberalen Abgeordneten vertreten, mit den Wahlen zum Deutschen Reichstag im Jahre 1871 ging der Kreis in den Besitz des Zentrums über, durch das Düsseldorf seitdem ununterbrochen im Reichstag vertreten wurde. Konnte die Zentrumspartei den Kreis zwei Jahrzehnte als unantastbaren Besitz betrachten, so ist hierin seit 1890 eine Wandlung eingetreten. Seit 1890 mußte das Zentrum seinen Kreis nicht in der Stichwahl gegen die Sozialdemokratie verteidigen. Von diesem Zeitpunkt ab sind im Wahlkreis Düsseldorf das Zentrum und die Sozialdemokratie die Hauptgegner. Kandidat der Sozialdemokratie war 1890 unser alter, verdienstvoller Vorkämpfer Genosse Grimpe. Das Stimmverhältnis zwischen den beiden Parteien seit der Kandidatur Grimpe wird durch folgende Zahlen illustriert:

Es wurden abgegeben

im Jahre	sozialdemokratische Stimmen	Zentrumsstimmen
1890	7 578	12 478
1893	9 387	15 214
1898	10 713	17 874
1903	20 375	21 628

Im Jahre 1903 entfielen auf den Kandidaten der sogenannten „liberalen Vereinigung“ 7868 Stimmen.

Bei der letzten Wahl im Januar 1907 erhielten Stimmen:

das Zentrum	29 250
die Sozialdemokratie	25 389
die „liberale Vereinigung“	14 664
der Pole	268 und
ein nationalliberaler Arbeiterkandidat	593

In der Stichwahl siegte der Zentrumskandidat mit 33 317 Stimmen über den Genossen Grimpe, auf den 25 233 Stimmen entfielen.

Die Bevölkerung des Wahlkreises Düsseldorf ist vorwiegend katholisch. Die Industrie, wenigstens in der heutigen Ausdehnung, ist jüngeren Datums, als im eigentlichen rheinisch-westfälischen Industriebezirk. Mit der fortschreitenden Industrialisierung hat die Sozialdemokratie seinen Fuß gefaßt. Sowohl die gewerkschaftlichen, als auch die politischen Organisationen stehen heute gefestigt da. Seit 1903 steht denn auch im Stadtkreis Düsseldorf bei der Reichstagswahl die Sozialdemokratie hinsichtlich der Stimmengahl an erster Stelle, das Zentrum blieb in der Stadt Düsseldorf im Jahre 1903 mit circa 12 000 Stimmen um 2000 Stimmen hinter Grimpe zurück. Die erste Stelle behauptete die Sozialdemokratie auch bei der Wahl im Jahre 1907 bei einer Wahlbeteiligung von 83,5 Proz. Der katholische Landkreis brachte dem Zentrum bisher stets das Gros der Stimmen, aber auch hier ist die Sozialdemokratie gut vorangeschritten, so daß der Sukkurs der Zentrumstimmen aus den ländlichen Bezirken erheblich nachlassen dürfte.

Um das Mandat kämpfen dieses Mal ernstlich wiederum nur die Sozialdemokratie, deren Kandidat Genosse Haberland Oberfeld ist, und das Zentrum, das seinen Wählern einen hansbändlerischen Bankdirektor, Dr. Friedrich-Düsseldorf, präsentiert.

Die „liberale Vereinigung“, deren Angehörige wohl zum größten Teil den Nationalliberalen zuzuzählen sind, haben dieses Mal von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten Abstand genommen. Motive sind oft schwer zu eruiieren; man dürfte aber wohl nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß die Nationalliberalen sich nicht vorzeitig der Gefahr aussetzen wollten, Farbe bekennen zu müssen. Der Mandatshandel für die kommenden allgemeinen Wahlen ist zwischen dem Zentrum und den Nationalliberalen noch nicht endgültig abgeschlossen. Die Chancen der Nationalliberalen lassen sich noch nicht ohne weiteres überschauen. Eine Stichwahl zwischen Zentrum und Sozialdemokratie hätte die nationalliberalen Herrschaften bei offizieller Wahlbeteiligung unter Umständen in eine prekäre Lage bringen können. Indessen glaubt man so allen Weiterungen entgehen zu sein. Die liberale Vereinigung, aber wenigstens der Vorstand derselben, hat in seiner Sitzung vom 6. September nun zwar den Beschluß gefaßt, seinen Mitgliedern strikte Wahlenthaltung zu empfehlen. Die liberale Vereinigung ist aber ein so heterogenes Gebilde, daß der Beschluß des Vorstandes eine sehr zweifelhafte Bedeutung hat. Jedenfalls ist trotz des Beschlusses der rechte Flügel der Vereinigung gesonnen, für das Zentrum zu wirken, wohingegen der linke Flügel gegen das Zentrum stimmen dürfte.

Die fortschrittliche Volkspartei, die allerdings auch keine besondere Bedeutung im Wahlkreise hat, hat ihre Wahlparole, für den sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen, in den letzten Tagen bekanntgegeben. Die fortschrittliche Volkspartei erbliden in der Sozialdemokratie „das kleinere Uebel“.

Außer Haberland und Dr. Friedrich bewerben sich noch zwei Kandidaten um das Mandat. Die „Bewerbung“ ist allerdings nach der eigenen Uebersetzung der Herren wohl aussichtslos, für die

Wahl sind die Kandidaturen insofern von Bedeutung, als sie eine Stichwahl wohl herbeiführen können. Der erste dieser Kandidaten ist Dr. Breitfeld-Berlin, der für die Demokratische Vereinigung kandidiert. Die Demokraten beteiligen sich angeblich nur an der Wahl, um den Sieg unseres Kandidaten in der Stichwahl um so sicherer herbeizuführen; daß jedoch die Kandidatur nicht ausschließlich diesen uneigennütigen Motiven entspringt — ganz abgesehen von der Frage, ob die Kandidatur überhaupt richtig ist —, bedarf wohl keiner Frage. Der vierte Kandidat schließlich, der Stadtverordnete Malermeister Peter Hedenrath, sorgt dafür, daß im Wahlkampf auch die lommische Figur nicht fehlt. Herr Hedenrath ist Kandidat des Deutschen Nationalen Wahlausschusses. Dieser Wahlausschuss ist ein höchst sonderbares Konglomerat, ihm gehören an: der Bund der Landwirte, die Deutschsozialistische Partei, die Christlichsozialen, die evangelischen Arbeitervereiner und konservative Parteigänger. Die Kandidatur kann aber nicht besser illustriert werden, als Herr Hedenrath es durch die eigene Erklärung, er fühle sich unfähig, die Aufgaben eines Reichstagsabgeordneten zu erfüllen, getan hat. Selbst Herr Raimann aus Schmalkalden und Herr H. Rumm, die in der letzten Woche die Werbetrommel für Herrn Hedenrath rührten, dürften sich dergegens bemühen haben.

Der Kampf um das Mandat wird zwischen der Sozialdemokratie und dem Zentrum ausgefochten werden. Wenn je, so hat sich das schlechte Gewissen des Zentrums in diesem Wahlkampf gezeigt. Daß die Zentrumspartei ausgerechnet seinen Wählern einen Hansbändler als Kandidaten empfahl, geschah natürlich aus wohl-erwogenen Gründen: Man hoffte mit dieser Kandidatur ohne weiteres die Stimmen der Nationalliberalen zu gewinnen. Andererseits zeigt diese Kandidatur aber auch die riesengroße Heuchelei des Zentrums. Die Zentrumspresse und das offizielle Zentrum haben den Hansabund von vornherein in aller Form bekämpft, und die ultramontane „Essener Volkszeitung“ forderte gelegentlich der Aufstellung Dr. Friedrichs ganz kategorisch dessen Austritt aus dem Hansabund. Der Zentrumskandidat hat sich hierum den Teufel gekümmert, und nach einigen Tagen berühdete die Zentrumspresse, daß ein treuer Zentrumsmann sehr wohl auch Hansabändler sein könne.

Der Wahlkampf hat denn überhaupt das Zentrum in seiner ganzen Nacktheit gezeigt. Was die Zentrumspartei an Niedertracht, Verdrehung, Verleumdung und Gemeinheit in diesem Wahlkampf geübt hat, das kann nicht überboten werden. Als den Herren die „geistigen Waffen“ ausgingen, griff man unbedenklich zu den brutalsten Mitteln roher Gewalt. Demokratische und sozialdemokratische Flugblattverbreiter wurden täglich angegriffen und demokratische Redner und Versammlungsbesucher ins Gesicht geschlagen.

Das Zentrum weicht nicht ein noch aus. Die Last des gehäufsten Volksbetruges erbrückt es. Die Chancen sind offensichtlich gefallen, und so greift man zu den skrupellosen Mitteln.

Aber auch diese Mittel werden die Abrechnung nicht verhindern können. Was das Zentrum sich an schändem Volksbetrug und gemeinem Arbeiterverrat in den letzten Jahren bei der Reichsfinanzreform, bei der Wahlrechtsfrage, bei der Reichsversicherungsordnung geleistet hat, das wird und muß dem arbeit- und volksfeindlichen Zentrum heimgezahlt werden. Wahltag ist Zahlungstag! Die Waffen haben das Wort!

Die Marokkoaffäre.

Die deutsche Antwort wird in den allernächsten Tagen dem französischen Votschaffer überreicht werden. Ueber ihren Inhalt ist nichts bekannt und es ist deshalb ganz müßig von den verschiedenen Preßpolemiken Notiz zu nehmen. Höchstens sei vermerkt, daß aus London gemeldet wird, die Nordsee-Flotte werde auf Kriegsfuß gebracht. Eine Bestätigung der Meldung liegt nicht vor.

Die „Norddeutsche Allgem. Zeitung“ über die Verhandlungen.

Der an dieser Stelle vorausgesagte glattere Fortgang der Marokko-Verhandlungen nach der Pause ist tatsächlich eingetreten. Die Blätter berichten günstig über eine Unterredung vom Freitag nachmittag, in der zwischen dem Staatssekretär v. Aiderlen und dem Votschaffer Cambon die Antwort Frankreichs auf Deutschlands Bemerkungen zum Entwurf der abzuschließenden Uebereinkunft erörtert wurde. Die Antwort trägt in einem Teil den deutschen Wünschen Rechnung, bezüglich eines weiteren Teils ist es gelungen, die Auffassungen der beiden Mächte einander so weit zu nähern, daß bei einigem guten Willen auf beiden Seiten unschwer eine Einigung erzielt werden kann. Ueber einige Punkte herrschen allerdings noch solche Gegenfälle, daß noch eingehende Verhandlungen nötig sein werden, ehe das Einverständnis hergestellt sein wird. Doch ist zu hoffen, daß auch diese Schwierigkeiten werden überwunden werden.

Unsere Protestbewegung.

Eine interessante Friedensdemonstration hat am Sonntag die Nürnberger Arbeiterschaft veranstaltet. Auch in Nürnberg hatten in voriger Woche die Alldeutschen im „Ramen des Volkes“ in einer Versammlung zum Kriege geheißt. Das gleiche östern ein paar Tage später die vereinigten Christlichen, deutschnationalen Handlungsgesellen und Leute ähnlichen Kalibers im „Ramen der Arbeiterschaft“ nach. Diesen schwächlichen „nationalen“ Veranstaltungen gegenüber trat am Sonntag das wirkliche Volk von Nürnberg auf den Plan und veranstaltete eine Kundgebung von solch eindringlicher Größe, wie sie Nürnberg selten noch gesehen hat. Die mehr als 30 000 Menschen fassende städtische Festhalle im Luitpoldhain war zum Bersten gefüllt, gewaltige Scharen von Arbeitern und Arbeiterinnen drängten sich außerdem draußen um den massigen Pau. Zwei ausländische Genossen, Van der Smitten-Belgien und Topalowitz-Palstanstaen, hielten klammernde Ansprachen, in der sie die einmütige Gegnerschaft des gesamten internationalen Proletariats gegen das verbrecherische Spiel mit dem Kriege betonten. Die in französischer Sprache gehaltenen Reden wurden von dem Genossen Sädekum ins Deutsche übersetzt, der dann selbst noch eine wirkungsvolle Ansprache an die Versammlung richtete. Eine Resolution, die sich in scharfen Worten gegen die Kriegshetze wandte, fand einstimmige Annahme. Nach einem drausenden Hoch auf die internationale formierten sich die Tausende zu einem Zuge, der sich durch die Gassen bis zum Zugange der Altstadt bewegte. Dort löste sich der Zug, entsprechend den getroffenen Vereinbarungen, auf. Die gewaltige Kundgebung verlief in musterhafter Ordnung und zwang auch den Begnern Achtung und Anerkennung ab.

Eine deutsch-französische Friedenskundgebung wurde am Sonntag in dem französischen Grenzort Puffang veranstaltet. Sowohl aus den deutschen wie den französischen Distrikten waren die Teilnehmer mit Estrazügen angelangt. Von deutscher Seite sprachen die Genossen Reichstagsabgeordneter G. Miel-Strasbourg, Wendel-Frankfurt a. M. und G. M. H. Paris; für die französische Arbeiterschaft die

Abgeordneten Rouanet und Bogin. In ihren Ansprachen kennzeichneten die Redner unter stürmischem Beifall der Zuhörer die wahnsinnige Kriegshetze, die im Interesse einer kleinen Kapitalistengruppe betrieben werde. Sache des Proletariats sei es, gegen solche Machenschaften stärksten Protest zu erheben. Im Gegensatz zu den Kriegstreibern trete die internationale Arbeiterschaft für den Weltfrieden ein, der durch internationale Schiedsgerichte und Abrüstung garantiert werde. Zum Schluß der imposanten Veranstaltung wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der es heißt, daß die internationale Arbeiterschaft jedes mögliche Mittel anzuwenden werde, um wegen Marokkos einen Krieg zu verhindern. Ferner verlangt die Resolution sofortige Einberufung der Parlamente.

Die Wiederbelebung des politischen Terrors in Rußland.

Von russischer sozialdemokratischer Seite wird uns geschrieben:

Die Revolverschüsse die den Ministerpräsidenten Stolypin vor den Augen des Zaren und der gesamten Hofgesellschaft niederstreckten, kündigen eine neue Ära des politischen Terrors in Rußland an. Anläufe hierzu sind in den letzten Monaten schon mehrfach unternommen worden. Am 29. April verwundete eine unbekannte Frau im Theater zu Wologda den Gefängnisinspektor Jesinow, der die Durchpeitschung von 83 politischen Gefangenen angeordnet hatte. Ende August wurde der durch seine Grausamkeit berühmte Oberstaatsanwalt Skopiniski von unbekanntem Leuten in einem Eisenbahnwagen erschossen. Und vor kurzem verwundete ein Besucher den Gefängnisdirektor von Serentul, W. H. Jozki, der im vorigen Jahre die Durchpeitschung der politischen Gefangenen angeordnet und dadurch den Selbstmord Sazonows verschuldet hatte. Jetzt ist das Haupt der regierenden Verbrecherbande, Ministerpräsident Stolypin, einem ähnlichen Anschlag zum Opfer gefallen, der mit einer beispiellosen Kühnheit in Szene gesetzt worden ist.

Unwillkürlich drängt sich nach diesem letzten Attentat der Vergleich mit dem Attentat gegen den allmächtigen Diktator Diewy auf. Auch damals sah man in dem Attentat des todesmutigen Revolutionärs die Vergeltung für die endlose Zahl der Opfer, die das Haupt der russischen Autokratie vom Volke gefordert. Wollte man bloß diesen Maßstab gelten lassen, so wäre die Vergeltung gegenwärtig noch gerechtfertigter als im Juli 1904, wo „die russische Gesellschaft“ — nach dem Zeugnis des damaligen Führers der liberalen Opposition, Peter v. Strube — von einem Gefühl der Freude und der Befriedigung ergriffen war und „die Laten der politischen Mörder durch ihr Mitgefühl sanktionierten“. Denn wenn man in der Gestalt des Tyrannen Plehwe das Symbol der stumpfen Barbarei der russischen Selbstherrschaft vor sich sah, der mit der Geradlinigkeit eines gemieteten Brabos das ihm anvertraute Regierungssystem verteidigte, so hatte man bei Stolypin eine noch furchtbarere jesuitische Barbarei vor sich, der kein Mittel zu schändlich war, um unter dem elenden Plakat der russischen „Verfassung“ die unumschränkte Despotie des Zaren wieder herzustellen, und die mit sicherem Klasseninstinkt die bestehenden Klassen gegen die Demokratie zusammenzuschmiedete. Dieser Unterschied ist ausschlaggebend für die politische Wertung dieses wie jenes Anschlages. Die Bombenexplosion, die Plehwe in Stücke riß, fand einen regen Widerball bei der liberalen Bourgeoisie, welcher der Diktator die politische Betätigung vollkommen unmöglich gemacht hatte, die aber zu feig war, aus eigener Kraft gegen ihn vorzugehen; sie erleichterte aber auch, infolge der eingetretenen Verwirrung, die revolutionären Massenaktionen der Arbeiter und Bauern. In der mit revolutionärem Händstoff gefüllten Atmosphäre, auf dem durch heftige Klassenkämpfe aufgerührten Boden war dieses Attentat der Funke, der die Flammen hoch empor schlagen ließ. Ganz anders ist die Situation jetzt. Die Gegenrevolution hat sich durch ihre sechsjährige intensive Tätigkeit eine Grundlage geschaffen, die sich nicht durch die Revolverschüsse einzelner Revolutionäre beseitigen läßt. Der Großgrundbesitz und die Großbourgeoisie klammern sich im Bunde mit der Bureokratie, trotz heftiger innerer Widersprüche, an das von Stolypin geschaffene System und sind nicht gewillt, auch nur einen Zuhälter ihrer politischen Vorherrschaft gutwillig abzutreten. Das liberale Kleinbürgertum, soweit es politisch zur Geltung kommt, hat seine „revolutionären“ Sünden schon längst abgemauert und wird sich hüten, die Sympathieumgebungen von 1904 und 1905 zu wiederholen. Zu gleicher Zeit ist die Bauernschaft politisch vollkommen matt gesetzt und durch heftige innere Kämpfe zerrissen, während die Arbeiterklasse sich erst im Beginn ihres neuen Aufstieges befindet. Die politische Situation ist also von der im Jahre 1904 grundverschieden und nimmt dem Anschlag gegen Stolypin selbst den politischen Wert, den die Laten einzelner Terroristen auf dem Hintergrunde der revolutionären Massenaktionen der Jahre 1904/5 gewonnen haben. Die Tat Bagrows hat nur den politischen Wert, daß sie vor den Herrschenden als drohendes Menetekel erscheint.

Es wäre töricht, wollte man die terroristische Taktik anders bewerten und ihr einen größeren Spielraum in den künftigen revolutionären Kämpfen in Rußland gewähren. Einzelne Helden können nicht die geschichtliche Mission erfüllen, die nur den Massen und ihrer zielbewußten Arbeit gehört. Vereinzelte Revolverschüsse können nicht ein Staatswesen umwandeln, an dessen Fortdauer ganze Klassen der Gesellschaft ein lebhaftes Interesse haben. Es steht im Gegenteil zu befürchten, daß gerade die terroristische Taktik die Massen von einem zielbewußten Kampf abhalten und in ihnen die Hoffnungen wach rufen, daß der Heldentat Einzelner ihnen die Befreiung bringen würde. Alle Einwendungen, die die russische Sozialdemokratie seit einem Jahrzehnt gegen die terroristische Taktik der sozialrevolutionären Partei erhoben hat, bleiben heute noch in Kraft und sind jetzt, bei der beginnenden Mobilisation der revolutionären Kräfte von besonderer Wichtigkeit. Und die Partei des Proletariats, deren Fahne in den finsternen Jahren der Gegenrevolution keinen Augenblick gewankt, würde ihre Pflicht nicht erfüllen, wenn sie jetzt die Massen nicht darüber aufklärt, daß sie ihre Befreiung nur durch ihren eigenen offenen Kampf erringen können. Nicht vereinzelt Anschläge gegen die Träger der Regierungsgewalt; nicht die Befreiung der Handlanger des Zaren, die sofort durch andere ersetzt werden, sondern der planmäßig vorbereitete Sturm gegen die Bastille des Jazismus — das ist die Lösung der russischen Sozialdemokratie!

Die Pogromisten an der Arbeit.

Wie von verschiedenen Seiten gemeldet wird, wird in Kiew, als Antwort auf das Attentat gegen Stolypin ein Pogrom gegen die Juden erwartet. Diese Gerüchte sind sehr ernst zu nehmen. Wer die amtliche Herkunft der Judenpogrome kennt, weiß nur zu gut, daß sie das gewöhnliche Ablenkungsmittel der russischen Bürokratie bilden. Kamentlich in Kiew, wo schon seit Monaten von den Schritten eine zielbewusste Pogromagitation geführt wird, ist der Boden für ein neues Massaker sehr günstig.

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die „Arenz-Zeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“ diese Tätigkeit der Pogromisten dadurch unterstützen, daß sie eine Nachricht des „Preß-Telegraph“ in dem Sinne auffassen, das Attentat gegen Stolypin sei von der jüdischen Geschäftswelt bestellt worden. Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht sogar von einem „jungen Juden“, der von „reichen Juden gebunden war“. Diese Leistungen sind charakteristisch für die Ideengemeinschaft der deutschen und russischen Reaktion.

Erzählungen über Bagrow.

Petersburg, 17. September. Wie die „Nowoje Wremja“ aus Kiew meldet, hatte Bagrow nach seiner Rückkehr aus Petersburg dem Kiewer Polizeichef mitgeteilt, daß eine Revolutionarin, genannt Ina Alexandrowna, in Begleitung eines Revolutionärs vom Zentralkomitee für die Reise nach Kiew bestimmt worden wäre, um den Ministerpräsidenten Stolypin und den Unterrichtsminister Casso zu töten. Der Polizeichef hätte darauf Bagrow den Schutz Stolypins übertragen.

Neuesten Nachrichten zufolge geht Bagrow nicht der Kampforganisation der sozialrevolutionären Partei, sondern einer neu gegründeten autonomen Revolutionsgruppe an, deren Devise: Terror auf allen Gebieten des Staatslebens, nicht nur Attentate gegen einzelne Hochgestellte lautet.

Andere Meldungen besagen: Bagrow galt als ein nützlicher Geheimagent, da alle seine Angaben bestätigt wurden. Dadurch erwarb er sich großes Vertrauen des Chefs der Kiewer Geheimpolizei Sulzko. Wie Bagrow ausfragt, wollte er Stolypin auf der Gesellschaft der Kaufleute töten, und er wartete lange auf eine günstige Gelegenheit, um niemand aus dem Publikum zu verletzen. Als sich ihm die Gelegenheit bot, verließ ihn der Mut, auf Stolypin zu feuern. Am nächsten Tage schwankte er bis zum zweiten Zwischenakt, kam dann aber zu der Überzeugung, daß er eine bessere Gelegenheit nicht finden würde. Er näherte sich dem Ministerpräsidenten, welcher völlig unbewacht war, holte aus der Hintertasche einen Revolver, welcher samt der Hand durch ein großes Programm verdeckt war, und gab zwei Schüsse ab. Darauf lief er gebückt auf den Korridor, in der Hoffnung, in der allgemeinen Verwirrung zu entkommen. Außer einer Kopfwunde, die Bagrow durch einen Säbelhieb beigebracht worden ist, sind ihm zwei Zähne ausgeschlagen worden. Es verlautet, daß die Revolutionäre, als sie mit Bestimmtheit erfahren hatten, daß Bagrow ein Verräter war, ihm vorgeschlagen haben, er solle sich durch die Ermordung Stolypins rehabilitieren. Derauf sei Bagrow eingegangen. — Das Kriegsgericht wird am 20. September stattfinden. Bagrow, der seinerzeit Mitglied des Studentenausschusses war und gleichzeitig der Geheimpolizei diente, erregte sich großer Popularität unter den Studenten, und diese Popularität auszunutzen, zeigte er viele Studenten und Gymnasialisten an.

Stolypin tot.

Entgegen den ersten Meldungen ließen die amtlichen Krankheitsberichte erkennen, daß der Zustand des Ministerpräsidenten hoffnungslos ist. Es war Bauchfellentzündung eingetreten und gestern nacht meldet ein Telegramm aus Kiew, daß der Ministerpräsident Stolypin abends 10 Uhr gestorben ist.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. September 1911.

Militärische Rüstungen in Deutsch-Südwestafrika.

Die „Korrespondenz Woth“ meldet, daß im Reichskolonialamt ein Gesetzentwurf ausgearbeitet worden sei, der den Ausbau des Verteidigungssystems in Südwestafrika regelt. Um eine Erhöhung der Militäraufgaben zu vermeiden, habe man beschlossen, die Schutztruppe auf dem augenblicklichen Stande zu belassen und für den Kriegsfall eine Art Bürgerwehr zu schaffen. Durch ein Wehrgesetz würde die Einberufung der wehrfähigen Männer unter den Kolonisten geregelt werden. Die „gebildeten“ Offiziere und Mannschaften sollten zur Leistung von Waffendiensten verpflichtet werden, während die „Nichtgebildeten“ sich den Behörden zu Jagarett- und anderen Diensten zur Verfügung zu stellen hätten. Dafür sollten den Kolonisten Erleichterungen bei der Ableistung militärischer Leistungen im Frieden gewährt werden.

Erhaunt wird man sich fragen, wozu denn in Südwestafrika Rüstungsverstärkungen notwendig sind. Die Zahl der militärischen Mannschaften beläuft sich dort auf 2400 Mann, wozu noch circa 1000 Mann Polizeitruppen kommen. Und diese 3400 Mann sollten nicht ausreichen, die dezimierten, völlig entwaffneten und im ganzen Land als Arbeitskräfte verteilten und ohnedem unter peinlichster Polizeikontrolle stehenden Eingeborenen an einem etwaigen Aufstandsversuch zu hindern?

Für solche Fälle ist die Rüstungsverstärkung allerdings auch kaum gedacht. Es kann sich nur darum handeln, durch die Schaffung der Bürgerwehr die Schutztruppe für andere Zwecke mobil zu machen. In erster Linie kommt da das von unseren Kolonialbesitzern ersehnte Kriegsabenteuer mit den Ovambo in Frage. Dies wird wohl die Hauptursache für die Rüstungsverstärkung sein. Denn daß man bei einem Kriegsfalle mit England mit ein paar tausend Mann Südwestafrika gegen eine englische Invasion verteidigen könne, wird man sich ja wohl schwerlich einbilden.

Wer hat gefälscht?

Auf dem Jenaer Parteitag sagte am letzten Freitag Genosse Bebel die „Weimarische Ztg.“ der gemeinen Fälschung und Verdrehung seiner Worte an, weil dieses Blatt ihm den Satz in den Mund gelegt hatte: „Wir fordern die Beseitigung der Fälsche, weil wir dem Deutschen Reich den Lebensnerv abschneiden wollen.“

Die „Weimarische Ztg.“ entschuldigte sich darauf in einem von Bebel am Sonnabend auf dem Parteitage verlesenen Telegramm damit, daß sie den Bebel zugeschriebenen Ausspruch einer als zuverlässig bekannten Korrespondenz entnommen habe. Als diese Korrespondenz wurde auf dem Parteitag allgemein die von den Herren Schweder und Herlich herausgegebene „Journalpost“ genannt.

Jetzt versendet diese Firma jedoch folgende Mitteilung an die Redaktionen:

Die Zeitungskorrespondenz „Deutsche Journalpost, Schweder u. Herlich“, ließ dem Reichstagsabgeordneten Diez unter Bezugnahme auf die Polemik Bebel's gegen das Amtsblatt der

Weimarischen Regierung, die „Weimarische Zeitung“, ein dringendes Telegramm zugehen, in welchem sie erklärt, daß sie die „Weimarische Zeitung“ nicht mit Berichten über den sozialdemokratischen Parteitag versorgt habe und daher dem von Bebel beanstandeten unrichtigen Bericht dieses Blattes vollständig fern stehe. Das Telegramm wurde leider erst nach Schluß des Parteitages dem Reichstagsabgeordneten Diez ausgehändigt, so daß es den Delegierten nicht mehr bekanntgegeben werden konnte. — Gleichzeitig stellt die Korrespondenz fest, daß auch der in der Sonntagnummer des „Vorwärts“ beanstandete Bericht des „Berliner Tageblatts“ über die Rede Bebel's zu den Reichstagswahlen nicht von ihr herrührt.

Die Weimarische Landeszeitung „Deutschland“ schreibt zu dem die „Weimarische Zeitung“ betreffenden Zwischenfall, daß der Bericht des Amtsblatts einer Korrespondenz entstamme, die mit der sozialdemokratischen Korrespondenz von Guitmann u. Baale lokalisiert sei, und daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ denselben Bericht gebracht habe; die hiesigen sozialdemokratischen Bureaus hätten die Ausführungen Bebel's richtig wiedergegeben.

Wir vermögen nicht zu beurteilen, wie weit diese Angaben der Firma Schweder u. Herlich richtig sind. Nach unserer Ansicht hat die „Weimarische Zeitung“, die jene Fälschung in die Welt schickte, die moralische Pflicht, offen zu erklären, welcher Korrespondenz sie den angeblich von Bebel ausgesprochenen Satz entnommen hat.

Die deutsch-französische Friedensmanifestation

auf dem Vogelesanum in dem französischen Grenzstädtchen Dussang (unweit der Bahnstation Besseling der Strecke Mülhausen i. El.-Rhein) wurde am Sonntag, den 17. September, insbesondere von deutscher Seite, aus dem Elsaß, eine Beteiligung, die bei der Ungunst der Witterung am Ende der vergangenen Woche alle Erwartungen übertraf. Die Veranstaltung gestaltete sich zu einer Massenkundgebung, deren Teilnehmerzahl auch auf bürgerlicher Seite in der französischen Presse auf 5-10 000 geschätzt wird. Es sprachen auf weiter Wiese im Freien der Reihe nach von deutschen Rednern die Genossen: Hermann Wendel, Redakteur der Frankfurter „Vollstimme“, der unter brausem Beifall konstatierte, daß alles, was das deutsche Proletariat von dem französischen trennt, der armenelige Grenzpaß mit dem deutschen Raubvogel ist, den ein paar kräftige Häufte doch wohl beseitigen können, wenn sie nur wollen; daß nur eine Fahne, nur die stolze rote Fahne der Weltrevolution und den Weg weisen kann, die Fahne, die zugleich auch die Fahne des Weltfriedens ist; dann Genosse E. Grumbach-Paris, der die Gladwürdigkeit der ganzen kapitalistischen Kolonialpolitik durch kurze drastische Beispiele darstellte. Es sprachen dann von französischer Seite, nachdem der Parteiführer Aimé Pilon von Epinal die Versammlung eingeleitet hatte, Genosse Lucien Boilin, Abgeordneter von Lutetia bei Paris; Genosse Drexler-Libere von Nemiremont, und schließlich, unter lautloser Stille dieser gewaltigen Massenversammlung im Freien, der Pariser Abgeordnete Gustave Rouanet, dem es gelang, die Versammlung nach mehrstündiger Dauer noch mit Ausführungen zu fesseln, die das kolonialpolitische Problem in seiner ganzen Bedeutung aufrollten und noch einmal die Beteiligung der deutschen Sozialisten an dieser eigenartigen Demonstration festerten. Die Uebersetzung der Reden besorgte sowohl ins Deutsche wie ins Französische Genosse Grumbach-Paris. Die Kundgebung wird auf die sozialistische Bewegung auf beiden Seiten der Vogeles den günstigsten Einfluß ausüben. Sie verließ ohne jeden störenden Eingriff der Grenzpolizei sowohl von deutscher wie von französischer Seite.

Der „Deutsche Bürger“.

Ein unter Ausschluss der Öffentlichkeit erscheinendes Berliner Einzelblättchen obigen Namens ist dieser Tage infolge Abonnentenschwundes eines unheimlichen Todes gestorben. Wir haben vor einigen Monaten bereits auf das Treiben dieser „Zeitung“ hingewiesen, als es gelegentlich der Noaditer Vorgänge einen recht gebührenden Artikel brachte und damit in der „Internationalen Reiseausstellung“ paradierte. Hernach suchte es sein ferneres Dasein auf Kosten eines sensationellen sein sollenden „Romans“ aus den sozialdemokratischen Kreisen der Gegenwart“ zu fristen. Es war dieses Noaditer ein Konstruktum von so eigener Art, daß man sich nur wundern konnte, daß das Berliner Polizeipräsidium, das sonst bei dergleichen Gelegenheiten nicht auf sich warten läßt, nicht eingriff. Das Thema „Unzucht und Syphilis“ nahm in diesem ästhetischen Kunstwerk einen breiten Raum ein. Dazwischen erschienen dann noch einige Artikel über sozialdemokratische Krankenkassenwirtschaft usw. Inleht glaubte man im gegenwärtigen Marokkorummel ein dankbares Gebiet gefunden zu haben, und so stürzte sich denn das Blättchen wutentbrannt auf die Sozialdemokratie, den deutschen Kaiser und das „Berliner Tageblatt“. Noch gelegentlich der Treptower Demonstration übte es sein schmutziges Handwerk. Die die „Post“ so hat auch der „Deutsche Bürger“ in letzter Zeit von Rasenstabsbeleidigungen gestrichelt, ohne daß ihm ein Haar gekrümmt wurde. Nun ist es in seinem eigenen nationalen Bett erstickt, aber nicht ohne den Trid zweifelhafter Ramschgeschäfte zuvor noch anzuzuwenden. Es erhöhte den Preis der letzten drei Nummern von 5 auf 10 Pf. und schrieb unterm 10. September plötzlich das Datum vom 1. Oktober. Der berühmte „Roman“ wurde plötzlich abgebrochen, und jetzt erfahren wir, daß es den Tod alles Gefindels hinter der Hecke gestorben ist: es ist eingegangen. Vielleicht dürfen wir an seinen Herausgeber, den „Speereverlag“, und an den nationalen Redakteur Herrn H. Spedmann die Frage richten, auf welche Weise die Abonnenten des Blättchens bis 1. Oktober entschädigt werden? Wie wir hören, soll demnächst die wohlriechende Lude wieder aufgemacht und unter der Firma „Nationaldemokrat“ der alte Schwindler weiter betrieben werden.

Zur Reichstagswahl.

In den sechs Berliner Reichstagswahlkreisen sind unter dem Sammelnamen „Vereinigte nationale Parteien Berlins“ folgende Kandidaten aufgestellt: Im ersten Berliner Reichstagswahlkreise der Watvorsteher des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, Kaufmann Oscar Thomas (deutschsozial); im zweiten Wahlkreise der Rentner Wehelle, zweiter Vorsitzender des Zentralvereins der Konserbativen vor dem Potsdamer Tor (konserbativ); im dritten Wahlkreise der Rentier Mumm (christlichsozial); im vierten Wahlkreise der Arbeitersekretär und Reichstagsabgeordnete Wehrens (christlichsozial); im fünften Wahlkreise der Werkmister Düring (deutschsozial); und im sechsten Wahlkreise der Provinzialschulsekretär Guiz, der bisherige erste Vorsitzende des Bundes der Besesselsoldaten (konserbativ).

Liebermann von Sonnenberg

ist am Montagabend im Alter von 63 Jahren in einem Sanatorium in Schlachtenheide bei Berlin gestorben.

Der Verstorbenen war einer der ältesten und jedenfalls der bekanntesten der antisemitischen Demagogen. In ihm, dem ehemaligen Offizier, verkörperte sich der ersreaktionäre Charakter der antisemitischen Bewegung, deren sonstigen Koryphäen geru-

wenigstens vorübergehend, demokratische Klären zur Schau trugen. Liebermann v. Sonnenberg gehörte zu den Mitgliedern der Deutsch-sozialen Partei. Als Parlamentarier suchte er seine stockkonservativen Ansichten durch drastischen Witz genießbarer zu machen.

Dem Reichstag gehörte der Verstorbenen seit 1890 an. Er vertrat den Wahlkreis Friglar-Somburg-Biegenhain.

Landtagswahlen in Schaumburg-Lippe.

In dem kleinsten deutschen Staate, in dem vorwiegend ländlichen Schaumburg-Lippe, ist am Sonnabend ein neuer Landtag gewählt worden, und das Ergebnis ist auch hier eine starke Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen, die Wahl zweier Genossen im ersten Wahlgange und Stichwahl für zwei weitere, die vielleicht beide noch gewählt werden, wenn der ausufernde Eifer unserer Freunde nicht erlahmt. Im alten Landtage hatten wir nur einen Vertreter. Die genauen Stimmzahlen sind noch nicht bekannt, es ist aber sicher, daß die 967 Stimmen, die wir vor sechs Jahren erreichten, mehr als verdoppelt worden sind.

Dieser Erfolg im Städtchen Schaumburg-Lippe ist um so höher zu werten, als er in einem Kreise errungen werden konnte, der für gewöhnlich als schwer zu beackerndes Feld gilt. Wohl in keinem deutschen Staate ist der Durchschnittsbetrag der Sparkasseneinlagen, auf den Kopf berechnet, höher als hier, und unzählige bürgerliche Erbschaften haben seither schon das Vändchen des Hunderte von Millionen schäuernden schaumburgischen Pfaffen als einen geradezu idealen Landfig mit unzutreffenden Landeuten in freudlichen Ohnfen gepiepen. Ganz so schlimm war und ist es nun allerdings nicht, und wer neben dürftigen ländlichen Erbsenzen proletarisches Elend sehen wollte, der brauchte überall, besonders aber in den staatlichen Bergwerksbezirken nur die Augen aufzumachen. Trotz des immensen fürstlichen Reichtums fliehen die Zuschüsse des „Landesherrn“ zu den Staatslasten nur spärlich; besteuert wird bei den „kontributablen Untertanen“ aber schon ein Einkommen von 300 M. Der jetzige Fürst „regiert“ seine 48 628 „Untertanen“ übrigens erst seit April dieses Jahres. Er wird sich sagen müssen: Das fängt gut an! und bei Wilhelm II., dessen Vorliebe für die „rührende Untertanentreue“ der schaumburg-lippischen Landesherren bei der silbernen Hochzeit des fürstlich verstorbenen alten Fürsten zum Ausdruck kam, werden sich ähnliche Gedanken regen.

Das schaumburg-lippische Wahlgesetz stammt aus dem Jahre 1868, wo es den Abschluß eines auf die 48er Wirren zurückgehenden Konfliktes bildete. Es ist nicht so rückständig, wie das preussische, denn es hat wenigstens für den größten Teil der Abgeordneten allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlen. Zwei von den 15 Abgeordneten er nennt der Fürst; sie sind Vertreter des Domänengrundbesitzes — über 1/10 der gesamten Wählungen sind fürstlicher Hausbesitz! Den dritten Abgeordneten bestimmt die Ritterchaft, die Lieberkeißel der früher freiesreien umwohnenden „Grimmerten“. Schließlich wählen noch je einen Vertreter die Geistlichkeit und die „studierten Leute“, d. h. — natürlich! — soweit sie staatlich abgestempelt sind. Die anderen 10 Abgeordneten gehen aus den allgemeinen Wahlen der Bevölkerung hervor, und zwar sind dafür 10 Bezirke gebildet.

Das Ergebnis der Wahlen bedeutet einen guten Anstoß für die Reichstagswahl. 1907 wurde der Reichstagspartei Brunstermann in der Stichwahl mit 5049 gegen 8285 Stimmen, die auf unseren verstorbenen Genossen Klingenhagen fielen, gewählt. Seit 1890 sind unsere Stimmen in diesem kleinsten deutschen Reichstagswahlkreise wie folgt gestiegen: 1890 1110, 1893 1204, 1898 1287, 1902 1634, 1908 2310, 1907 2808.

Die Ruhehüter der Hungernot.

Allerorten feuert das Volk — Arbeiter, kleine Beamte, mittlere und kleine Bürger — unter den schier unerschwinglichen Nahrungspreisen. Gewisse Produkte sind schon heute ihrer Preislage nach auf die Stufe der für den kleinen Mann unzugänglichen Delikatessen aufgerückt. Und dabei ist in der Preissteigerung noch kein Ende abzusehen!

Es erscheint unter diesen Umständen angebracht, die von der Teuerung betroffene Menschheit auf die Glücklichsten hinzuweisen, die aus der herrschenden Misere goldene Gewinne ziehen: auf den Großgrundbesitzer, dessen Güter unvorhältnismäßig im Werte gestiegen sind. Dafür wieder ein sozialistisches Beispiel: Dieser Tage ging das Gut Rischill bei Warin in Mecklenburg in andere Hände über. Der neue Besitzer hat für die Bestimmung 450 000 M. bezahlt. Der bisherige Eigentümer hatte es seinerzeit für 255 000 M. gekauft! Doh der neue Besitzer auch bei dem gebalhten Preise auf seine Rechnung zu kommen hofft, geht daraus hervor, daß er nicht etwa ein Neuling in der Landwirtschaft ist, sondern bereits zwei andere große Güter in Mecklenburg (Hafenwinkel und Blow) besitzt und bewirtschaftet. Fürwahr, der Hunger des Volkes trägt goldene Progenie.

Oesterreich.

Prinzipielle Bürgerliche.

Wrag, 16. September. In der heutigen Sitzung des deutschen Landtagsverbandes wurde der Abg. Büst auf Antrag der Deutsch-rabitalen aus dem Verbands wegen Wahlkompromisses mit den Sozialdemokraten ausgeschlossen. Der Verband beschloß, der Permanenzklärung der nationalpolitischen Kommission und der Schulkommission zuzustimmen. Dadurch erscheint die Session des böhmischen Landtages gesichert.

Holland.

Parlamentseröffnung ohne Königin.

Das der holländischen Regierung nahestehende Blatt „Wandbode“ teilt mit, daß die Königin der Eröffnung der Kammer fernbleibe werde und bemerkt dazu: „Die Gründe liegen auf der Hand; sie sind in der Aktion der Sozialisten zu suchen“. Der Entschluß der Königin ist ganz verständlich und auch nicht gerade zu verwirren. Man plante nämlich in reaktionären Kreisen eine Gegenemonstration gegen die Wahlrechtsdemonstration des Volkes. Man wollte den hunderttausendstigen Schrei nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht mit Hochrufen auf die Königin beantworten, um so die Trägerin der Krone vor den Wogen der Reaktion zu spannen. Das wird sich nun nicht gut machen lassen, da die Königin zuhause bleibt und nicht in ihrem Prunkwagen nach dem Binnenhof zieht, sondern von vornherein die Straßen frei läßt für die Wahlrechtsdemonstranten.

Finnland.

Die Protestbewegung.

Helsingfors, 17. September. Sozialistische Versammlungen in Lammerfors und St. Michel haben einstimmig eine Protestresolution gegen die Einverleibung der beiden Kirchspiele des Gouvernements Wiborg angenommen. Die Polizei hat keinen Anlaß zum Eingreifen gehabt.

Amerika.

Die Schiedsgerichtsfrage.

Grie, 17. September. In einer gestern gehaltenen Rede erklärte Präsident Taft in bezug auf die Schiedsgerichtsverträge, wenn der Kongreß es für gefährlich halte, die Ernennung der amerikanischen Mitglieder der gemischten Kommission dem Präsidenten allein zu überlassen, so könne dem Senat ja das Bestätigungsrecht gegeben werden. Er sei aber auch bereit, die gemischte Kommission ganz fortfallen zu lassen und die Entscheidung der Frage, ob eine Angelegenheit schiedsgerichtlich erledigt werden könne, einem Schiedsgerichtshof zu übertragen. Ebenso sei er damit einverstanden, eben diesem Gerichtshof nicht nur diese Entscheidung, sondern auch die Entscheidung des Streitfalles selbst zu überlassen.

Gewerkschaftliches.

170 Millionen Mark Lohnverlust.

Wie die „Vergarbeiterzeitung“ feststellt, haben die Vergarbeiter Preußens vom 1. Vierteljahr 1908 bis einschließlich zum 2. Vierteljahr 1911, also in 3 1/2 Jahren, durch Lohnherabsetzungen die Summe von 170 808 942 Mark Lohnverlust erlitten. Dabei sind nicht einmal die Verluste eingerechnet, die durch die vielen Fehlerschichten entstanden sind. Das einzigste Revier, wo die Löhne noch höher stehen, ist im Haller und Clausthaler Salz- und im Mansfelder Erzbergbau als im 1. Vierteljahr 1907. In allen anderen Revieren stehen sie bedeutend niedriger; im Ruhrrevier pro Schicht um 33 Pf. (6,6 Proz.), in Oberschlesien um 9 Pf. (2,5 Proz.), in Niederschlesien um 12 Pf. (3,5 Proz.), im Saarrevier um 6 Pf. (1,4 Proz.), im Aachener Revier um 13 Pf. (2,8 Proz.), im Haller Braunkohlenrevier um 1 Pf. (0,3 Proz.), im Siegener Erzbergbau um 43 Pf. (9,9 Proz.), im Nassauer Erzbergbau um 29 Pf. (7,9 Proz.). In fünf Revieren sind die Löhne gegen das Vorquartal gesunken. Und das bei den ungeheuer steigenden Lebensmittelpreisen.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Bei der Firma Otto S a h n d e l u. Co., Warschauer Straße, stehen die Kollegen im Streik. Der Grund ist die äußerst niedrige Bezahlung. Die Stundenlöhne bewegen sich für gelehrte Leute zwischen 45 bis 60 Pf. Den Höchstlohn hat jedoch nur ein einziger. Für Ungelehrte beträgt der Lohn bedeutend weniger, bis hinab zu 25 Pf. pro Stunde. Die dort Beschäftigten forderten nun durch eine Kommission Aufbesserung ihrer Löhne, was dem Einzelnen stets abgeschlagen wurde. Der Mitinhaber der Firma, Herr C o h n, bezeichnete den Vertreter der Organisation (Metallarbeiterverband und Gewerkschaft) gegenüber die geforderten Anfangslöhne von 50 Pf. pro Stunde für Schlosser und Dreher als den „Gipfel der Unverschämtheit“. Die Firma beschäftigt übrigens bei 23 Gesellen 17 Lehrlinge. Eltern, welche ihre Söhne in einem solchen Betriebe lernen lassen, sind wahrlich nicht zu beneiden. Die Streikenden sind fest entschlossen, die Verhältnisse in diesem Betriebe unbedingt zu bessern. Sie ersuchen, den Zugang nach dem Betriebe fernzuhalten.

Der Betrieb ist für Metallarbeiter aller Branchen gesperrt.
Ortsverwaltung Berlin
des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Zur Tarifbewegung der Zigarrenarbeiter.

Die Stellungnahme einiger Fabrikanten gegenüber den so billigen Forderungen des Lohnparis der Zigarrenarbeiter erhielt so recht deutlich ein Schreiben des Syndikus der Vereinigung aller Tabakinteressenten Deutschlands, wie er sich nennt, des Herrn Dr. J o n a s.

Bestagte Fabrikanten, die sich bescheidenlich unter dem Mantel des Herrn Syndikus verstecken, lassen der Ortsverwaltung, nachdem ihnen die Tarifforderungen der Zigarrenarbeiter zugestellt worden waren, folgende Antwort zukommen:

Berlin, den 8. September 1911.

An die Ortsverwaltung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes
Berlin.

Herrn Hamburger Str. 18/19.

Auf Ihr an verschiedene Berliner Fabrikantenfirmen gerichtete Schreiben teile ich Ihnen mit, daß sich heute eine Gruppe der Berliner Zigarrenfabrikanten organisiert hat, welche sofort ihren Beitritt zum Arbeitgeberbunde der deutschen Zigarrenindustrie angemeldet hat.

Die zusammengegangenen Berliner Zigarrenfabrikanten erklären folgendes:

1. Sie betrachten in Rücksicht auf die allgemeine schlechte Geschäftslage in der Branche den augenblicklichen Zeitpunkt als für eine Lohnbewegung denkbar ungünstig gewählt.

2. Sie sind trotzdem bereit, etwaige Wünsche von ihren eigenen Arbeitern entgegenzunehmen und diesen nach Möglichkeit gerecht zu werden; sie lehnen es aber ab, mit irgendwelchen Verbänden oder anderen Organisationen in Verhandlung zu treten.

Hochachtungsvoll
J. A. Fr. J o n a s,
Syndikus der Vereinigung aller Tabakinteressenten Deutschlands.

Auf die Anfrage der Ortsverwaltung, wer denn eigentlich von den Fabrikanten zu der in Frage kommenden Gruppe gehöre, teilte der Syndikus Herr Dr. J o n a s folgendes mit:

den 8. September 1911.

Herrn Alwin Schulze

Hier.

Sehr geehrter Herr!

Auf Ihr gefl. Schreiben vom heutigen Tage teile ich Ihnen ergebnis mit, daß ich zu meinem Bedauern nicht berechtigt bin, Ihnen weitere Aufklärung zu geben.

Hochachtungsvoll

J. A. Fr. J o n a s, Syndikus.

Aus diesem artigen Verstedspiel ist erstens zu entnehmen, daß die Fabrikanten den Herr-im-Hause-Standpunkt auch in diesem Falle einnehmen wollen. Da aber Vorsicht der bessere Teil der Kapferheit ist, hüllen sie sich auf Anfrage in Anonymität.

Dies ganze Verhalten ist direkt widersinnig. Man soll sich also in diesem Falle an jemand nicht wenden, von dem man gar nicht weiß, wer es ist. Und auch der Zeitpunkt für eine Lohnbewegung ist denkbar schlecht gewählt! — Natürlich, der Zeitpunkt zu einer Lohnbewegung, welcher den Fabrikanten paßt, der soll überhaupt erst noch gefunden werden; einen solchen gibt es wohl eigentlich gar nicht. Demgegenüber müssen wir immer und immer wieder betonen, daß die elende Lage der Zigarrenarbeiter gebessert werden muß, wenn anders die Öffentlichkeit ein Interesse an solcher Industrie überhaupt haben soll. Raucher, beachtet die im „Vorwärts“ veröffentlichte Liste der tarifierten Firmen.

Bevorstehender Lohnkampf in der Geschäftsbuchindustrie Berlins.

Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Vereinigung von Buchbinderbesitzern des Geschäftsbuchfaches zu Berlin und den Vertretern der Arbeiterschaft dieser Branche des Buchbinderverbandes sind als endgültig gescheitert anzusehen. Die letzte Sitzung, in der es klar wurde, daß kaum noch irgendwelche Aussicht auf eine friedliche Erledigung der diesmaligen Tarifbewegung möglich ist, fand am 12. September statt. Das Merkwürdige an den Verhandlungen war, daß sie sich diesmal nicht auf die Forderungen der Arbeitnehmer, sondern vielmehr auf die der Arbeitgeber bezogen. Ihre Vertreter erklärten auch selbst von Anfang an, daß sie in den elf Jahren, die das Tarifverhältnis in der Branche besteht, von den Arbeitern das Fordern gelernt hätten. Ihre „Forderungen“ hatten die Fabrikanten nun in Form eines Tarifentwurfes vorgelegt. In der Hauptsache erstreckten sich die Verhandlungen auf die festzusetzende Arbeitszeit, auf die Dauer und auf den Ablaufstermin des neuen Tarifvertrages. Was die Arbeitszeit und die Tarifdauer betrifft, kamen die Vertreter der beiden Parteien wohl auf den Weg, der zu einer Verständigung führen konnte, die Verhandlungen scheiterten jedoch an der Forderung der Fabrikanten, den Ablaufstermin auf den 31. Dezember 1918 festzusetzen. Sie behaupteten, daß sie eigentlich selbst bei diesem Termin die Leidtragenden seien, da gerade in den

Monaten Januar und Februar die meiste Beschäftigung vorhanden sei. Im Jahre 1900 für sie offenbar anderer Meinung gewesen, denn damals verlangten sie in einer Eingabe an den Bundesrat, daß ihnen für die letzten drei Monate im Jahre das Recht eines Saisongewerbes eingeräumt werden möge, die Arbeitszeit der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter länger auszudehnen, als es im allgemeinen zulässig ist. Die Arbeitnehmer sind aber noch jetzt der Meinung, daß das letzte Vierteljahr die beste Geschäftszeit der Geschäftsbuchindustrie Berlins ist, und hielten deshalb an dem alten Ablaufstermin, den 30. September, fest. Aber die Fabrikanten wollten mit aller Gewalt die „Leidtragenden“ sein und erklärten, daß sie an dieser Frage die Verhandlungen scheitern lassen müßten. Erkläre sich die bevorstehende Versammlung der Arbeitnehmer nicht mit dem 31. Dezember einverstanden, dann seien weitere Verhandlungen gänzlich zwecklos. Im übrigen hatten die Fabrikanten hierzu noch eine Ausnahmebestimmung vorgeschlagen, wonach die Tarifbindung auch am 31. Dezember 1915 zulässig sein und der Tarifvertrag in diesem Fall am 30. Juni 1916 ablaufen sollte, das heißt am selben Datum, wo in Berlin, Leipzig und Stuttgart der allgemeine Buchbindervertrag und nebenbei auch der im vorigen Jahre abgeschlossene Tarifvertrag der Geschäftsbuchbranche in Hannover abläuft. Der Zweck einer solchen Ausnahmebestimmung war ja von vornherein klar: die Unternehmer wollten sich die Gelegenheit schaffen, den Buchbinderverband im Sommer 1916 vor einen möglichst großen Kampf zu stellen. Die Vertreter der Fabrikanten verzichteten allerdings im Laufe der Verhandlungen auf jene Ausnahmebestimmung. Ihr Tarifentwurf enthält aber ferner in den Bestimmungen über die Minimallohne für einzelne Gruppen statt Lohnherabsetzungen, wie sie doch bei der steigenden Leuerung dringend notwendig erscheinen müßten, Lohnherabsetzungen bis zu 50 Pf. die Woche, für andere Gruppen allerdings auch Lohnzulagen, die aber sehr gering sind. Die Fabrikanten schlagen auch eine Revision der Akkordtarife vor, und zwar unter der Bedingung, daß Preiserhöhung nur für die Arbeiten verlangt werden kann, bei denen es nicht möglich ist, 10 Proz. über den Minimallohn oder 60 Pf. für Arbeiter, 40 Pf. für Arbeiterinnen zu verdienen, und daß andererseits von den Fabrikanten Preisherabsetzungen nur verlangt werden können, wenn mehr als 75 Pf. oder, von Arbeiterinnen, mehr als 50 Pf. die Stunde verdient werden. Diese Sätze sollen also offenbar als das Höchste gelten, was bei Anspannung aller Kräfte verdient werden darf.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Geschäftsbuchbranche hatten sich am Freitagabend außerordentlich zahlreich in den Ruffierläden versammelt, um den Bericht vom Scheitern der Tarifverhandlungen entgegenzunehmen. Der Referent klar berichtete rein sachlich, wie die Verhandlungen verlaufen waren, und überließ es gänzlich der Versammlung, die Lage zu beurteilen und die Entscheidung zu treffen, machte aber darauf aufmerksam, daß es bei Ablehnung des von den Fabrikanten verlangten Ablaufstermins nicht möglich sein werde, auf friedlichem Wege zu einem annehmbaren Tarifvertrag zu kommen. — In der lebhaften Diskussion sprachen alle Redner sich entschieden für Ablehnung der Arbeitgeberforderung aus, und auch im übrigen trat eine starke Empörung über die Tarifvorschläge der Fabrikanten zutage. Einstimmig nahm die Versammlung eine Resolution an, in der sie erklärt, am dem 30. September als Ablaufstermin unter allen Umständen festzuhalten. Sie fordert die Kommission auf, die zur Führung des Kampfes geeigneten Schritte zu unternehmen. — Im zweiten Punkt der Tagesordnung, Stellungnahme zur gegenwärtigen Situation, der ja eigentlich schon durch die Annahme der Resolution erledigt war, gab klar bekannt, daß die Branchenleitung schon über die notwendigen Maßnahmen einig sei und rechtzeitig damit hervortreten werde. — Sodann hielt der Verbandsvorsitzende Klotz eine Ansprache und führte unger anderem aus, daß der Verbandsvorstand mit dem Vorgehen der Branche durchaus einverstanden sei. Wenn auch das Bestreben des Verbandsvorstandes immer darauf gerichtet sei, wenn irgend möglich auf friedlichem Wege zu den notwendigen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu kommen, so habe sich doch hier in diesem Falle gezeigt, und zwar von Anfang an, daß die Fabrikanten der Geschäftsbuchbranche nicht dafür zu haben sind, so daß der Kampf unvermeidlich würde.

Der Streik bei der Firma Carl Stiller, Schuhwarenhaus, Jerusalemer Straße 38/39, dauert unverändert fort, obgleich den Streikenden bei Ausübung ihres Amtes die größten Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Die Stimmung ist eine ganz vorzügliche und halten alle fest zusammen. Die Firma Stiller verhält sich, wie aus dem nachstehenden Schreiben hervorgeht, nach wie vor auf ihrem Standpunkt und lehnt jede Verhandlung mit den Organisationsvertretern ab. Nachdem telephonisch bei der Firma angefragt worden war, ob sie zu Verhandlungen zwecks Beilegung der Differenzen bereit sei, dieses aber zurückgewiesen war mit dem Bemerkten: „Ich verhandle nicht. Uebrigens hat mir die Polizei den weitesten Schutz zugesagt,“ hat die Verbandsleitung der Firma folgendes Schreiben zugehen lassen.

Berlin SO. 18, den 15. 9. 1911.

Herrn Carl Stiller, hier C.,

Jerusalemer Straße 38/39.

Wie bekannt, befinden sich die Hausdiener Ihrer werthen Firma seit Anfang dieser Woche in dem Ausstand, der weder im Interesse der Hausdiener noch im Interesse Ihres Betriebes liegen kann. Im Gegenteil hat dieser Zustand Unzuträglichkeiten für beide Teile mit sich gebracht. Die Wünsche der Hausdiener, ihnen in Rücksicht auf die herrschenden Leuerungsverhältnisse eine entsprechende Lohnzulage zu gewähren, wird jeder mit den Verhältnissen halbwegs Vertraute als berechtigt anerkennen müssen; dies um so mehr, als die von Ihnen bis dato gezahlten Löhne größtenteils nicht als zureichend bezeichnet werden können.

Wir bedauern lebhaft, daß es zu einer Einigung bezüglich der Kautionsfrage nicht gekommen ist, und die Hausdiener zum äußersten Mittel greifen müßten. Was die Stellung einer Kautionsunterstützung betrifft, gestatten wir uns zu bemerken, daß die Hausdiener in Rücksicht auf die ganzen Verhältnisse keineswegs in der Lage waren, Ersparnisse zu machen und die von Ihnen gewünschte Kautionsunterstützung zu stellen. Wenn Sie nun auf der anderen Seite in Rücksicht auf die Verhältnisse die Kautionsunterstützung nach dem Lohn in Abzug bringen wollten, so ist dies ebenfalls eine Zumutung, auf die die Hausdiener bei ihrem Lohn, den Sie den betreffenden zahlen, mit dem besten Willen nicht eingehen können.

Wir lassen nun heute Ihre Nichtzustimmung, welche Sie in Gestalt einer Annonce im „Vorwärts“ ausgedrückt haben, aus der zu entnehmen ist, daß Sie auf dem Standpunkt stehen, daß mit Ihren Hausdienern Lohnunterschieden nicht bestehen, resp. bestanden haben, was unseres Erachtens durchaus unzutreffend ist. Vielmehr steht die Erledigung der Kautionsfrage mit der Lohnunterschieden im engsten Zusammenhange.

Wir nehmen nach Lage der Verhältnisse an, daß es in beiderseitigem Interesse liegt, wenn eine Einigung mit den Hausdienern herbeigeführt wird. Es wäre uns sehr angenehm, wenn Sie dem Untergeordneten recht bald Gelegenheit zu einer diesbezüglichen Aussprache mit Ihnen geben würden.

Ihren diesbezüglich geschätzten Bescheid erwartend zeichnet mich
mit Hochachtung

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Bezirk Groß-Berlin.

Die Antwort des Herrn Stiller lautet:

Ich lehne es ab, in irgend welche Verhandlungen mit Ihnen zu treten.

Die Firma Stiller glaubt wegen verschiedener Vorkommnisse unter allen Umständen eine Kautionsunterstützung von ihren Hausdienern verlangen zu müssen. Ferner legt die Firma Stiller großen Wert auf die angeblich bedeutenden Trinkgelber, welche die Hausdiener von der Kundschaft erhalten sollen, und sucht die wöchentlichen Lohnabzüge von 2 M. hiermit zu rechtfertigen.

Die zur Arbeitsniederlegung getriebenen Hausdiener, Radfahrer usw. ersuchen die Arbeiterschaft um strengste Solidarität. Die Firma Carl Stiller ist für Hausdiener usw. gesperrt.
Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Achtung, Töpfer! Wegen Lohnausfall verhängen wir hiermit über die Firma Hermann Graf und Edward Groh, Ziegel, Schulstraße 12, die Sperre. In Frage kommen die Bauten Vorkriegsstraße, Hempelstraße.
Die Verbandsleitung.

Achtung, Fleischergehilfen. Die Differenzen mit der Firma Paul Zwarg, Landsberger Allee 198, sind beigelegt; die Firma hat den Tarifvertrag anerkannt. Ferner hat der Fleischermeister W. Mühlhaupt, Charlottenburg, Obnabrücker Straße 8, den Tarifvertrag anerkannt.

Die Differenzen mit der Firma G. Schmidt, Zimmerstr. 57, sind noch nicht beigelegt; ferner besteht die Sperre über die Firma Hrz. Pogorzelsky weiter. Es wird ersucht, bei den beiden letzten Firmen keine Arbeit anzunehmen.
Zentralverband der Fleischer, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Achtung, Metallarbeiter! Wir ersuchen, Offenbach a. M. wegen Streiks zu meiden.
Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Letzte Nachrichten.

Die revolutionäre Bewegung in Spanien.

Madrid, 18. September. Das Ministerium des Innern veröffentlicht eine Note, in der es heißt, die Regierung habe aus Barcelona Nachrichten über einen Plan der Revolutionäre erhalten, dessen Ausführung einem aus Spaniern und Ausländern zusammengesetzten Anarchisten-Komitee (?) übertragen worden sei. Nachdem das Komitee den Generalstreik beschlossen, habe es Vorbereitungen zur Zerstörung der Telegraphen-, Telephon- und Eisenbahnlinsen sowie zur Arbeitseinstellung in den Druckereien getroffen. Um das Erscheinen der Zeitungen zu verhindern, habe das Komitee die Verleger, Redakteure und Drucker der Blätter eingeschüchert, aber das Einschreiten des Gouverneurs, der die Blätter durch die Polizei schützen ließ, habe den Versuch zum Scheitern gebracht. Die Note fügt hinzu, daß die Mitglieder des revolutionären Komitees bis auf drei verhaftet wurden, und schließlich mit dem Bemerkten, die Revolutionäre wollen den Generalstreik nicht als Mittel, um zugunsten der Arbeiter zu protestieren, sondern einzig und allein um Unruhen hervorzurufen.

Die Ausbreitung des Ausstandes.

Madrid, 18. September. Der König hat seine Abreise auf unbestimmte Zeit verschoben. In Bilbao und Saragossa herrscht der Generalausstand, in Guelba, Gaby, Valencia, Sevilla und Gijón sind die Arbeiter zum Teil in den Ausstand getreten. Der allgemeine Ausstand wird auch noch in Barcelona, Ferrol, Valencia und Gijón befürchtet. In Barcelona sind heute früh drei Zeitungen nicht erschienen. In Saragossa mußte die Polizei zu wiederholten Malen einschreiten.

Generalsstreik und Standrecht in Valencia.

Madrid, 18. September. Amlich wird gemeldet, daß in Valencia der Generalsstreik unter revolutionären Erscheinungen ausgebrochen und daß Standrecht verhängt worden ist. Es ist zu schweren Aufrührungen gekommen. Die Telegraphenbrüche sind zerschritten worden. Die Stadt ist militärisch besetzt.

Straßenkämpfe in Saragossa.

Madrid, 18. September. Aus Saragossa wird gemeldet, daß die Ausschreitungen von gestern Abend außerordentlich ernst waren. Es kam wiederholt zu Zusammenstößen. Beim Verlassen einer Versammlung riefen die Teilnehmer, hoch die Revolution! und schossen auf die Zivilgarde. Die Garde erwiderte mit einer Salve. Auf dem Plage blieben ein Toter und fünf Verwundete.

Neuer Eisenbahnerstreik in England.

London, 18. September. Die Greatsouthern-Bahn von Irland hat sich genötigt gesehen, heute den Lokalbetrieb einzustellen. Auf der Hauptlinie wird der Betrieb ziemlich gut aufrecht erhalten. Bei Thurles wurden gestern nacht zwei Schüsse auf einen Signalbeamten abgegeben, der sich weigerte, zu streiken. Der Postzug von Dublin nach Cork wurde um Mitternacht bei Thurles angegriffen; der Lokomotivführer, der Heizer und die Zugbegleitung wurden mit Steinen beworfen. Der Bahnwehrt zwischen Dublin und London über Koshare und Fishguard ist eingestellt. Heute nacht wird in Dublin eine Generalversammlung der irischen Bahnbediensteten abgehalten werden, in der beraten werden wird, ob der nationale Streik erklärt werden soll wegen der Hartnäckigkeit der Direktoren, welche sich weigern, den Forderungen der Arbeiter entgegenzukommen.

London, 18. September. (W. L. B.) Der Ausstand der Eisenbahner in Irland hat sich jetzt auch auf Queenstown ausgebreitet, wo die Lage als eine sehr ernste angesehen wird, da die Postfächer aus Amerika dort an Land geschafft werden.

Schiffsunfälle.

Memel, 18. September. (W. L. B.) Ein heute früh mit den Fischern Heinrich Michel und Johann Jaudzime zum Hunderfang in See gegangener Motorbooter (Bommelmutter) ist heute nachmittags gegen vier Uhr vier Seemeilen von Memel im Sturm auf See gesteuert und gesunken. Von den Insassen sind Heinrich und Michel Jaudzime ertrunken, während Johann J. von einem die Unfallstelle passierenden anderen Motorbooter gerettet werden konnte. Das Unglück ist, wie angenommen wird, darauf zurückzuführen, daß der Kutter zu wenig Ballast an Bord hatte.

Philadelphia, 18. September. (W. L. B.) Ein Schlepddampfer ist mit einer Pinasse des Kreuzers „Dreemen“ zusammengestoßen. Der Matrose Theo Eichborn ist dabei ertrunken.

Selbstmord eines Notars.

Wittenberg, 18. September. (W. L. B.) Der Rechtsanwalt und Notar Karbe hat sich kurz vor seiner Verhaftung erschossen. (Siehe Aus aller Welt.)

Großfeuer.

Soalfeld, 18. September. (W. L. B.) Die Nähmaschinenfabrik Richard A n o c h ist heute nacht niedergebrannt. Über hundert Arbeiter werden dadurch arbeitslos.

Die Arbeitslosenfrage auf dem Deutschen Städtetag in Posen.

Bei den letzten Beratungen über die von den sozialdemokratischen Gemeindevertretern Groß-Berlins gestellten Anträgen betr. Arbeitslosenfürsorge über den Rahmen der bisher üblichen kommunalen Maßnahmen hinaus wurde von bürgerlicher Seite immer wieder auf den bevorstehenden Deutschen Städtetag hingewiesen, auf dessen Tagesordnung diese Angelegenheit gesetzt werden solle. Auf dem vorgeschlagenen Wege, Gelder aus öffentlichen Mitteln für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen, könne nicht weitergeschritten werden, bevor sich die Vertreter der gesamten deutschen Städte damit befaßt haben. Das ist nun auf dem 8. Deutschen Städtetag in Posen am 11. September d. J. geschehen.

Von nahezu 400 Vertretern waren 13 sozialdemokratische, und zwar 8 aus Berlin, je 1 aus Lichtenberg, Schöneberg, Charlottenburg, Stettin, Leipzig, Dresden, Magdeburg, Frankfurt a. M., Mannheim und Karlsruhe. Nur 7 hatten Stimmrecht, die übrigen waren als Gastteilnehmer entsandt, wohl im besonderen wegen des Punktes: „Stellungnahme zur Frage der Arbeitslosenversicherung“.

Der Deutsche Städtetag sollte also gewissermaßen deklarieren, ob in dieser so hochwichtigen Frage fortgewirbelt oder in anderer, sozialpolitisch weitwichtiger Weise die Arbeitslosenfürsorge betrieben werden müsse; ob das Prinzip der Wohltätigkeit, der armenrechtlichen Charakter bei der von der Kommune geleiteten Geldunterstützung aufrecht zu erhalten oder das Recht auf Unterstützung im Geiste einer gesunden Arbeiterschutzgesetzgebung zu fordern sei.

In den dem Deutschen Städtetag unterbreiteten Thesen (siehe Nr. 214 des „Vorwärts“, 3. Beilage) ist davon so gut wie nichts enthalten, ja von weitgehenden Verpflichtungen der Kommune ist überhaupt nicht die Rede. Und doch mußte unseres Erachtens fürdernd gewirkt werden nach all den trüben Erfahrungen im Reich, im besonderen aber in Preußen, dem ausschlaggebenden Bundesstaate, wo an einen ernsthaften Vorstoß auf diesem Gebiete nicht zu denken ist. Hat doch der Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg, der jetzige Reichskanzler, unlängst erst eine Arbeitslosenversicherung glatt abgelehnt.

Es war das Bestreben des ersten Referenten zu diesem Punkt der Tagesordnung auf dem Deutschen Städtetag, des Oberbürgermeisters von Köln Walraf, in der objektivsten Weise und von einem höheren sozialpolitischen Gesichtspunkte aus diese Frage zu behandeln, ohne seine Objektivität besonders hervorzuheben. Ganz entgegengekehrt der zweite Referent, Oberbürgermeister Dr. Adickes, Frankfurt a. M. Er betonte, objektiv sein zu wollen, seine Objektivität ging aber flöten, als er von sozialistischen Irrlehren sprach: daß die Arbeitslosigkeit keine Eigenartlichkeit des kapitalistischen Zeitalters, wie Marx behauptet — was gar nicht zutrifft, man lese nur sein Kapitel über die industrielle Reservearmee —, sondern die klimatischen Verhältnisse seien ausschlaggebend, und darum sollte den Bauarbeitern, die infolge der Witterung im Winter ihrem Berufe nicht nachgehen können, Gelegenheit zum Verriichten anderer Arbeit gegeben werden. Daß damit — und besonders in Krisenzeiten — anderen vielleicht noch weit bedürftigeren ungelerten und Gelegenheitsarbeitern Arbeit und Verdienst genommen wird, beachtete der Referent nicht. Er trat ferner ganz in die Fußstapfen eines unserer Hauptwidersacher in dieser Frage, des Berliner Stadtrats Fischbein, und vertrat den Standpunkt, daß den freien Gewerkschaften, solange sie sozialdemokratische Tendenzen verfolgen, öffentliche Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden könnten, die ja doch nur zu Agitationszwecken verwendet würden. Ueberhaupt habe niemand ein Recht auf Arbeit in der Kommune, und eine dauernde Unterstützung am Arbeitslose bedeute einen Umsturz der wirtschaftlichen Ordnung!

Wie klein, wie winzig klein wurde damit dieser einstige hoffnungswedende „liberale“ Sozialpolitiker, aber er denkt wohl durch derartige reaktionäre Klären „oben“ sich am besten in empfehlende Erinnerung zu bringen. Aber er ist damit zugleich der beste Interpret der übergroßen Mehrheit des Bürgertums in den kommunalen Körperschaften, darum wurde ihm auch kürzlicher, langandauernder Beifall am Schlusse seiner Ausführungen zuteil.

Im Bericht des „Vorwärts“ vom 14. d. M. (Nr. 215, 3. Beilage) über den Städtetag fehlt aus bedauerlichen Umständen die Tatsache, daß in der Diskussion auch unsere Genossen demgegenüber ihren Standpunkt bezog, den der Klassenbewußten Arbeiterschaft mit aller Deutlichkeit vertraten, und zwar die Genossen Dupont, Berlin, Düwelle, Lichtenberg, Hüttmann, Frankfurt a. M. und Bud. Dresden. Genosse Düwelle sollte in einer großzügigen Rede die Arbeitslosenfrage von unserem volkswirtschaftlichen Standpunkte aus auf, damit Herrn Dr. Adickes auf seine Irrlehren-Anempfehlungen treffend dienend. Von Düwelle

und unseren übrigen Rednern wurde rund heraus erklärt, daß die vorliegenden Thesen einen eklatanten Rückschritt in der Arbeitslosenfrage bedeuten und daß die sozialdemokratischen Vertreter in der Kommune infolgedessen um so energischer auf dem bisherigen Wege fortzuschreiten werden.

Den Ausführungen des Zentrumsabgeordneten Sieberts, M. Glabach und des Oberbürgermeisters von Schöneberg, Dominicus, die sich ebenfalls gegen den Inhalt der Thesen wendeten, konnte man im großen und ganzen zwar zustimmen, aber der Gegensatz zwischen uns und der bürgerlichen Mehrheit in der Arbeitslosenfrage konnte nur von unseren Genossen hervorgehoben werden.

Unsere Forderungen sind ja auf unseren Tagungen, auch internationalen, wiederholt formuliert worden und sie mühten auch auf dem Deutschen Städtetag vertretet werden. Vor kurzem erst beschäftigte sich der Gewerkschaftskongreß in Dresden mit der Arbeitslosenfrage. In der angenommenen Resolution heißt es, daß auf der bewährten Grundlage der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung eine Reichs-Arbeitslosenversicherung zu organisieren ist, dergestalt, daß das Reich den Gewerkschaften einen Teil der für die Arbeitslosenfürsorge gemachten Aufwendungen zurückerstattet, ohne sie in ihrer freien Selbstverwaltung zu beeinträchtigen. In staatlichen und gemeindlichen Zuschüssen zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenfürsorge erkennt der Kongreß einen geeigneten Weg zur Verallgemeinerung der öffentlichen Arbeitslosenfürsorge im Sinne einer reichseinheitlichen Regelung.

Von dem ist in den Thesen des Deutschen Städtetages nichts enthalten, der Kern ist der, daß „Experimente“ nach dem Genter System sehr zweifelhafter Natur und zur Nachahmung nicht zu empfehlen seien. Und das, was in der Denkschrift der badischen Regierung — ähnlich auch in der der bayerischen — enthalten ist: „so lange nicht von Reichs wegen eine gesetzliche Regelung der Arbeitslosigkeit stattfindet, kann nur durch große Kommunalverbände Vorkehrungen getroffen werden“, wird in den Thesen des Städtetages eine Verlegenheitsauskunft genannt, eine viel größere „Verlegenheit“ ist es aber, wenn man, nachdem in der ganzen Kulturwelt die Arbeitslosenfrage nicht nur spruchreif geworden ist, sondern zum positiven Vorgehen gedrängt hat, wovon auch der Georgische Gesandtschaftsbericht in England Zeugnis gibt, in den Posener Thesen nichts anderes zu empfehlen weiß, als daß Untersuchungen einzuleiten seien, um sowohl das Versicherungsbedürfnis als die Mittel zu seiner Befriedigung für die einzelnen Gewerbe- und Arbeiterklassen zu ermitteln und festzustellen.

Wir kehren also zum Ausgangspunkt zurück. Es werden damit nur den Gemeinden neue Schwierigkeiten bereitet, die in der Arbeitslosenfürsorge über das Mittel der Notstandsarbeiten, die sich als völlig unzureichend erwiesen haben, hinausgeschritten sind. Statt Fortschritt also ein neues Hemmnis!

Diese Thesen zu amendieren wäre nutzlos gewesen, denn der einzige, auch von unseren Genossen unterstützte Antrag Dominicus betr. einheitliche Organisation der paritätischen Arbeitsnachweise für ganz Deutschland wurde nicht mal sehr freundlich aufgenommen. Es wurde erklärt: Derartige aus dem Handgelenk gestellte Anträge könne man ja schließlich nicht diskutieren. Die Diskussion auf diesen Städtetagen ist traditionell überhaupt eine sehr beschränkte; nur durch das Eingreifen unserer Genossen wurden die Teilnehmer des Städtetages in Posen veranlaßt, weit über die festgesetzte Tagungszeit hinaus sich mit einer der wichtigsten sozialpolitischen Fragen der Neuzeit zu befassen.

Die Thesen wurden gegen einige Stimmen angenommen, ferner wurde einstimmig beschlossen, eine Petition im Sinne des Antrages Dominicus betr. Regelung der Arbeitslosenversicherung durch Reichsgesetz an Bundesrat und Reichstag zu entsenden. Das ist der einzige „positive“ Erfolg des Deutschen Städtetages in Posen in der Arbeitslosenfrage!

Soziales.

Was ist eine Versammlung unter freiem Himmel?

Ein Mitglied des Land- und Waldarbeiterverbandes hatte im Frühjahr dieses Jahres in dem Dorfe Groh-Eichholz im Kreise Weeslow durch Handzettel die Forstarbeiter zu einer Besprechung in eine Gastwirtschaft eingeladen. Dem als Redner beauftragten Genossen Faah vom Landarbeiterverband wurde nach seiner Ankunft in dem Lokal von der Wirtin bedeutet, sie würde nicht, daß die Besprechung in ihrem Lokal stattfinden, da sie Schwierigkeiten von Seiten des Amtsvorstehers befürchte. Da es dem Genossen Faah auch nicht gelang, die Wohnstube eines der anwesenden Arbeiter zu der gewerkschaftlichen Besprechung ein-

räumen zu bekommen, begab er sich auf den Rückweg zur Bahnstation. Auf dem Wege begleiteten ihn auf seine Aufforderung hin etwa 8—10 der Anwesenden. Hierbei wurde dem Arbeiter erklärt, daß leider eine Besprechung nicht habe stattfinden können, und es wurde die Hoffnung ausgesprochen, sich in kurzem in einer zu mietenden Wohnung treffen zu können. Verschiedene Anfragen über den eigentlichen Zweck der Besprechung wurden nebenher dahin beantwortet, daß es sich um die Gewinnung der Forstarbeiter in dem Ort für den Verband der Land- und Forstarbeiter handle. Jeder bekam noch einen Beirittsbescheinigung ausgehändigt.

Dieser Vorgang führte zu einer Anklage gegen den Genossen Faah wegen Vergehens gegen die §§ 7, 19 des Reichsvereinsgesetzes von 1908. Die Unterhaltung auf der Chaussee wurde als eine Versammlung unter freiem Himmel betrachtet, zu der keine behördliche Genehmigung eingeholt war.

Das Schöffengericht in Wendisch-Buchholz erkannte nach zweimaliger Verhandlung auf eine Geldstrafe von 50 M., trotz der Vertreter der Staatsanwaltschaft Freisprechung beantragt hatte. Die als Zeugen geladenen Arbeiter hatten bekundet, daß etwa 8—10 Leute den Angeklagten auf der Landstraße eingeholt und sich nur wenige Minuten mit ihm unterhalten hatten. Der als Zeuge geladene Gendarm des Bezirks, der übrigens erst acht Tage später von dem „Vergehen“ erfahren hatte, fand als fluchtverdächtig Verbrechen des Angeklagten den Umstand, daß auch Landarbeiter zu der Besprechung eingeladen waren und schmetterte mit der Wichtigkeit eines förmlich prüfungsbeamteten Sozialistensüßers heraus: „Die Landarbeiter dürfen doch gar nicht zu einer Versammlung eingeladen werden; sie haben ja kein Wahlrecht!“

Als Berufungsinstanz hatte sich das Landgericht in Frankfurt a. O. dieser Tage mit dem Fall zu beschäftigen. Auch hier waren zwei Verhandlungstermine nötig, um das „Verbrechen“ des Angeklagten völlig aufzuklären. Die Strafkammer kam ebenfalls zu einem verurteilenden Erkenntnis, setzte jedoch die Strafe auf 10 M. herab, weil „ein Erfolg für den Verband nicht zu verzeichnen“ war. In der Begründung war gesagt, daß allerdings die von einem Dritten veranstaltete Besprechung in dem Dorf, bei welcher der Angeklagte als Redner auftrat, nicht zustande kam. Dagegen sei die Unterhaltung auf der Landstraße als „Versammlung unter freiem Himmel“ und der Angeklagte als deren Veranstalter zu betrachten. Genehmigung hierzu sei nicht eingeholt und deshalb die Strafe gerechtfertigt.

Wenn diese Grundzüge fernherhin bei Auslegung des Reichsvereinsgesetzes durch die Gerichte maßgebend werden, dann ist jede Unterhaltung zwischen mehreren Personen, die sich miteinander über die Strafe bewegen, als Versammlung unter freiem Himmel zu betrachten und strafbar, wenn die Behörde nicht vorher um Erlaubnis gefragt wurde.

Internationale Tuberkulose-Konferenz.

Zur Beratung internationaler Tuberkulosefragen fand am Sonntag im Reichstagsgebäude unter Vorsitz von Geheimrat M. Fränkel eine Sitzung statt. Es wurde beschlossen, die nächste internationale Tuberkulose-Konferenz vom 11. bis 13. April 1912 in Rom abzuhalten und in erster Linie die Fragen der Menschen- und Rindertuberkulose und der spezifischen Behandlung sowie der Beteiligung der Frau an der Tuberkulose-Bekämpfung zu erörtern. Auch sollen Maßnahmen getroffen werden, das Abgeben der internationalen Tuberkulose-Berichterstattung, das rote Doppelkreuz, gegen Mißbrauch zu schützen. Der Vereinigung gehören zurzeit bereits 28 Länder an. Präsident ist Leon Bourgeois-Paris, Generalsekretär Prof. Rammwig-Berlin.

Vom Stellenvermittlerwesen.

In zwei Fällen hatte dieser Tage das Kammergericht als höchste Instanz zu entscheiden, ob das neue Stellenvermittlergesetz vom 2. Juni 1910 Anwendung finde. In dem Prozesse gegen einen Herrn Lehmann aus Magdeburg war die Frage zu entscheiden, ob die Förderung und der Vertrieb eines sogenannten „Balanzangeigers“ als Ausübung des Stellenvermittlergewerbes anzusehen sei. Herr Lehmann hatte in Magdeburg eine Zweigstelle des von Oberle in Berlin herausgegebenen „Allgemeinen Balanzangeigers“. Er wurde von der Behörde als gewerbsmäßiger Stellenvermittler angesehen, der nach dem genannten Gesetz einer Genehmigung bedürfe, und sollte sich gegen die Bestimmung dadurch vergangen haben, daß er das Gewerbe ohne die Genehmigung begonnen habe. Das Landgericht Magdeburg als Berufungsinstanz verurteilte ihn auch zu einer Geldstrafe.

Das Kammergericht verwarf die von Lehmann gegen dies Urteil eingelegte Revision und führte aus: Das Stellenvermittlergesetz sei mit Recht angewendet worden. Stellenvermittler im Sinne des Gesetzes sei, wer gewerbsmäßig 1. die Vermittlung

Kleines feuilleton.

Theater.

Agf. Schauspielhaus: „Penthesilea“, Trauerspiel von Heinrich von Kleist. Der Zufall sagt es, daß dieses festsamste der Kleistschen Dramen jetzt, hundert Jahre nach des Dichters Tode, in kurz gemessenen Abstand eine Doppelaufführung erlebt. Der Intentionierung Lindaus im Schauspielhaus folgt binnen weniger Tage die Reinhardt's im Deutschen Theater, wo Gertrud Eybold, die berühmte Darstellerin Steinberg'scher und Wedekind'scher Gestalten die Heldin spielen soll. Doch wird auf eine längere Einbürgerung des Stückes in dem Repertoire wohl kaum zu rechnen sein. So triumphierend sich die Kraft der Phantasie in der ungeheuren drängenden Widerpracht der Sprache offenbart, der Gegenstand, der Kleist gewidmet hat, bleibt ungeachtet alles Glühens und Sprühens der Worte dem Gefühl fremd, erweckt Verwunderung statt Anteilnahme. Dem Groussigen des Schlusses fehlt die Tragik, der Eindruck einer tief im Wesen menschlicher Natur verankerten Notwendigkeit.

An der Spitze ihrer Amazonscharen zieht die Königin Penthesilea gen Troja, um im Kampfe wider die Griechen Gesangene — schöne Jünglinge — für die jungfräulichen Kriegerinnen zu erbeuten. Aus den Umarmungen der Liebeswunden beim Rosenfeste soll dem Amazonenreich ein neuer Nachwuchs wehrhafter Mädchen entstehen. Ihr selber, der Herrscherin, hat ein Traum verkündet, daß sie den Ruhmreichsten der Hellenen, den furchtbaren Achill erobern werde. Voll glühendem Verlangen sucht sie die Wilde juchzend in das Schlachtgetümmel. Bald ziehen die Griechen, bald die Jungfrauen auf die Bühne und erzählen, wie die beiden Großen, nach jeder Trennung in dem Kampfwoge wieder zu einander strebend, sich im Kampfe messen. Endlich wirft ein Speerstoß Achills Penthesilea zu Boden. Ihr Bewußtsein schwindet, doch der Sieger, vom Reiz des Antlitzes im Innersten ergriffen, schont ihr Leben. Er will sie heimführen als seine Königin; und er gibt sich, um die Ertrögende, der die Erinnerung schwand, nicht grausam zu erschrecken, den Schein, als sei er ihr Gefangener. In dieser Szene, da Penthesilea in traumhafter Verzückung den Gesandten mit Rosen kränzt und ihr Gefäß frei aus der Seele strömen läßt, bildet den poetischen Gipfelpunkt des Dramas. Blühhel — es geht recht wunderbar in diesem Kriege zu — stürmen die Amazonen wieder vor. Penthesilea wird befreit, Achill verschwindet. Aber sie teilt nicht den Triumph und die Freude der übrigen. Daß sie von dem Griechen besiegt und großmütig getötet wurde, scheint sie noch nicht als tödliche Verletzung ihres Stolzes zu empfinden. Um so unverständlicher ist der jähe Umschwung zu manadenhafter Wut, als ihr ein Herold Achills die Herausforderung zum neuen Zweikampf bringt. Warum soll dieses Anerbieten nun auf einmal

eine schmählich niederdrückende Beschimpfung und Verrat der Liebe sein? Würde Achill, wenn er wieder Sieger bliebe, nicht in der gleichen Weise handeln wie vorher? Und welchen anderen Weg als diesen gab es, wenn er die Begehrte zurückgewinnen wollte. Ursache und Wirkung lassen hier an der entscheidenden Wende des Stückes unvermittelt weit auseinander. Nicht mehr als Leidenschaft, zu der sich ein psychologisch motiviertes Empfinden steigert, als Wahnsinn, in dem jede natürliche Regelung erlischt, stellt sich Penthesilea's Raserei dar. Nur mit dem Speer bewaffnet, in der Absicht, sich in einem Scheingefecht von der Geliebten überwältigen zu lassen, begibt Achill sich auf den Kampfplatz. Sie aber läßt die Hundemeute auf ihn los, streckt ihn mit einem Pfeilsschuss nieder und zerfleischt, weiteisern mit den Tieren, Brust und Haupt des Toten. So wenig wie sie, aus dem bestimmungslosen Kampf der Wut erwachend, die eigene Tat in ihrer Möglichkeit versteht, so wenig hat der Dichter die Möglichkeit verständlich überzeugend darzutun vermocht. Es öffnen sich da keine seelischen Hintergründe, keine Perspektiven, die mit der Rein der Schilderung verjöhnen könnten.

Die Vorstellung dauerte auch in der abgefärbten Lindauschen Bearbeitung drei volle Stunden. Die Ausstattung war reich und malerisch, die Bewegung in den Massenfiguren sorgsam von der Regie gegliedert. Daß die Berichte von den Amazonenheldentaten durch das Erscheinen der Damen auf der Bühne eine verstärkte Illusion erhielten, läßt sich freilich nicht behaupten. Ihre männlichen Kollegen hatten es in dieser Hinsicht leichter. Die weitaus eindringlichste Leistung des Abends bot Staegemann in dem Achill. Er war ein Bild selbststärkerer markiger Kraft, vorzüglich in dem still beherrschten Ausdruck wechselnder Empfindungen bei der großen Liebeszene des dritten Aktes. Rosa Poppes Penthesilea wuchs in dem zweiten Teil der Dichtung; am höchsten in der Liebeszene. Doch irgend einen Glauben an das Wunderwies, das sie verkörpern sollte, vermochte sie für mein Gefühl nicht auszuüben. Die langen Schlachtberichte, das ewige Hin und Her der beiden Heere ermüdeten die Aufmerksamkeit. Der Beifall nach dem Schlusssatz ließ nicht auf starke Wirkung schließen.

Im Neuen Volkstheater brachte der Verein Neue freie Volkshühne Max Dreyers heute stofflich schon etwas abgeflandene, im übrigen doch noch recht belustigende Komödie „In Weh und Lung“ zur Aufführung. Die Regie hatte saubere Bilder aus dem Kleinstadtnest mit richtigen Spitzern beiderlei Geschlechts herangezogen. Die Hauptakteure August Komber und Martha Angerstein als ärztliches Kollegiumpaar spielten ihre Rollen herzlich-lebendig, und Emil Kameau gab einen alten Schiffskapitän von Schrot und Korn.

Musik.

„Die Dame in Rot“ von der borgestrigen Operettenpremiere im Theater des Westens ist eine vornehme

Londonerin, deren flüchtiger Eindruck einen Maler zu einem Gemälde begeistert. Es gewinnt einen ersten Preis und macht Skandal; das Urbild zwingt den Künstler, das Abbild zu vernichten, macht es aber in einem ausgefuchten roten Schluchseffekt durch ihre eigene Liebeshingebung wieder lebendig.

Die Regie ist von Franz Groh und von ihm auch die in gutem Sinne wirksame Darstellung der Figur eines kühlen, immer zur Vermittlung angerefsenen Japanners. Von dessen Auftreten an schlug Langeweile in Interesse um.

Die Musik wird da ebenfalls lebendiger. Von wieviel Autoren sie stammt, läßt sich schwer zählen. Robert Winterberg heißt ihr verantwortlicher Redakteur. Im Verlaufe des Stückes erhebt sich seine Tätigkeit auch zu einer Eigenarbeit mit zwei wirkungsvollen Hauptthemen.

Die Titelfolle wird von der allseits achtungswerten Frau Marie Ottmann getragen und die von ihr ebenfalls getragenen Toiletten und Hüte stammen aus dem Hause so und so.

Humor und Satire.

Rechtsstudium.

Wenn in Jena die Behörden Markt und Straßen diesen Noten zu benutzen nicht verbieten, soll man da nicht böse werden?

Dem Juristen just, beizelten schon geist in beiden Rechten (für die Robben und die Schlechten), muß die Sache Gram bereiten.

Ins Gesicht der künftigen Praxis schlägt der Grundfay von der Gleichheit; folche ungermanische Weichheit kommt davon, wenn man zu lag is.

Und die völkischen Studenten hielten ein Beratungsstauen, wie sie wohl in bollen Häusen jene Noten stören könnten.

Aber wider alles Hoffen kam es nicht zu Geldentaten, denn es ward zu lang beraten und man war zu sehr befoffen.

Doch Geduld, als Richter künftigt, wenn wir weniger betrunken, dann, ihr röllischen Halunken, dann verdonnern wir euch zünftig! Rudolf Franz.

Mordversuch?

Unter der schweren Anklage der versuchten Ermordung der eigenen Mutter stand der jetzt 17jährige Lausbursche Carl Kahlhoff vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Spletthöfer. Der Angeklagte ist erst mit 10 Jahren in die Schule gekommen, weil er an der ägyptischen Augenkrankheit litt. Er ist bis zur 5. Klasse gekommen und dann als Lausbursche, Hausdiener, Knecht und dergleichen tätig gewesen. Der Angeklagte hatte von einem jungen Manne seiner Bekanntheit ein Terzerol erhandelt und dabei großmütig erklärt: "Wenn die Mutter Geld von ihm verlangen sollte, würde er sie niederschlagen!" Am ersten Osterfesttag, 16. April, hatte der Junge sich mit zwei Altersgenossen verabredet, nach einem Kummelplatz zu gehen, hatte jedoch kein Geld und von seiner Mutter das Versprechen erhalten, ihm 50 Pf. zu geben. Die Mutter war am Feiertage damit beschäftigt, aus Dankbarkeit für eine Frau, der sie sich verpflichtet fühlte, ein Kleid zu nähen, und da sie nicht gleich dem Verlangen, dem Sohne Geld zu geben, nachkam, ärgerte sich dieser, und es kam zu einer kleinen Auseinandersetzung. Als beide beim Mittagbrot saßen, klingelte es, und als der Angeklagte öffnete, standen die beiden Freunde vor der Tür und wollten ihn zum Kummelplatz abholen. Als die Mutter fragte, wer denn da sei, antwortete ihr der Sohn: "Das möchtest Du wohl wissen?" Darauf verlangte er von der Mutter 50 Pf. Diese erklärte ihm, daß sie nur noch 40 Pf. habe, und als der Junge darauf diese Angabe bezweifelte, warf sie ihm das Portemonnaie aufs Bett, sagte, er solle sich selbst das Geld nehmen und machte ihm Vorschläge, ob er denn nicht endlich vernünftig werden wolle. Als die Mutter dann an der Wasserleitung stand, hatte der Angeklagte das Portemonnaie geöffnet und darin statt der 40 Pf. die Summe von 240 M. vorgefunden. Er nahm das ganze Geld an sich, trat auf seine Mutter zu, zog das Terzerol aus der Tasche und schob auf die Mutter. Die Angel drang der Frau in die rechte Wade und kam am Mundwinkel wieder heraus. Der Angeklagte flüchtete dann aus der Wohnung und begab sich auf den Kummelplatz, wo er seinen Freunden seine Heldentat erzählte. Der erste, dem er sie erzählte, soll gelacht und zu ihm gesagt haben: "Dah doch die Olle!" Der Angeklagte hat sich dann auf dem Kummelplatz amüsiert, und als er gegen 10 1/2 Uhr nach Hause kam, wurde er festgenommen. Er hatte auf dem Kummelplatz inzwischen den größten Teil des Geldes verjubelt.

Ein Beitrag zur Behandlung der Landarbeiter.

Der früher in Mecklenburg tätige Vogt Schw., der jetzt nach Lübeck gezogen war, um hier Stellung zu suchen, bekam November v. J. von seinem früheren Dienstherrn, einem Herrn v. P., aus Bult bei Magdeburg einen Brief, in welchem ihm dieser anbot, bei ihm in Bult als Vogt in Stellung zu treten und zwar zu den üblichen Bedingungen, Lohn, Deputat und freier Wohnung. Herr v. P. begründete das Angebot besonders damit, daß er Schw. aus seinen früheren Stellungen her als besonders tüchtig kenne und deshalb ihn gern wieder in seine Dienste nehmen würde. Schw. sagte zu, bat sich aber aus, seine neue Stellung erst einmal ansehen zu dürfen. Herr v. P. ging darauf ein und Schw. reiste nach Bult, zeigte Schw. sein Gut und erklärte ihm auch, daß er in jeder Hinsicht es bei ihm gut haben solle. Auch für eine recht nette Wohnung würde er sorgen, zumal er ja die Verhältnisse von Schw. von früher her genau kenne und wüßte, daß er eine große Familie habe. Schw. reiste zurück und kam bald darauf mit seiner Familie und seinen Mobilien nach Bult übergesiedelt. Als er nun die Wohnung beziehen wollte, wurde ihm ein Raum angeboten, in dem Schw. nicht entfernt Platz hatte und nicht die Hälfte seiner Habfeligkeiten unterbringen konnte. Die Wohnung bestand nur aus einer Stube und Kammer. Auf Vorhalt wollte v. P. noch eine andere weiter entfernte Wohnung dazu geben, die von Gutsägern bewohnt gewesen war und in einem unglaublich schmutzigen Zustand sich befand. Schw. verweigerte den Einzug in diese Wohnung und wollte sie erst entsprechend gereinigt wissen. Das aber wurde wiederum von Herrn v. P. verweigert und Schw. anheimgestellt, es selber zu tun.

Alle Versuche zu einer gütlichen Verständigung waren vergeblich und gab v. P. immer nur die Antwort: "Andere Wohnung habe ich nicht." Schw. packte deshalb seine Sachen und zog wieder nach Lübeck zurück.

Von dort aus verlangte er von Herrn v. P. eine Entschädigung seiner Unkosten, bestehend aus Reisegeld für sich und seine Familie, dann den Umzug und schließlich den Transport der Sachen von und nach der Bahn. Schw. begründete sein Verlangen mit den oben geschilderten Tatsachen. Schließlich wurde Klage erhoben. Schw. erhielt einen Prozeßagenten als Vertreter zugewiesen, auch wurde ihm das Armenrecht bewilligt.

Das zuständige Amtsgericht Jentzow verhandelte nun zu wiederholten Malen in der Angelegenheit, da Herr v. P. seine Verteidigung fortwährend änderte. Zunächst bestritt er die Höhe der geforderten Auslagen. Als dann die Richtigkeit der Höhe bewiesen war, erklärte Herr v. P., daß ihm gar nicht das Gut gehöre, sondern seiner Frau, und daß er nur von dieser mit der Wahrnehmung der Geschäfte betraut sei. Frau v. P. wurde als Zeugin geladen, um über die Richtigkeit der Angaben auszusagen. Doch verweigerte Frau v. P. die Auslage. Schließlich stellte der Anwalt v. P. die Behauptung auf, Schw. hätte seinem Mandanten eine angemessene Frist zur Beseitigung des Zustandes geben müssen und hätte erst dann die Stelle verlassen dürfen.

Das Gericht schloß sich diesem, nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch begründeten Einwand an und wies nach 4 Terminen die Klage Schw. ab. Eine dagegen eingelegte Berufung ist vor kurzem ebenfalls abgewiesen worden.

Der Erpressungsparagraph

spielt bekanntlich unter den Waffen des Unternehmertums gegen den Gewerkschaftskampf eine immer größere Rolle. Auch in Oesterreich sind schon mehrfach Arbeiter des entehrenden Verbrechens der Erpressung schuldig gesprochen worden, weil sie den Unternehmer vor die Entscheidung gestellt hatten, Streikbrecher bezu. Organisationshelfer zu entlassen oder die Arbeitseinstellung zu riskieren. Ein solcher Fall beschäftigte letzten das Kreisgericht Znaim in Mähren — selbstverständlich infolge einer Strafanzeige von Deutschnationalen, deren höchstes nationales Gut das Weibchen des Unternehmerrgels ist. Das Gericht, nach deutschem Strafrecht wäre es als die Strafkammer zu bezeichnen, kam jedoch zu einem Freispruch. Der Verleidiger, Genosse Dr. Ingwer, hatte ausgeführt, daß der Unternehmer nur auf die Folgen seiner Weigerung aufmerksam gemacht worden sei; eine Verurteilung solchen Vorgehens der Arbeiter als Erpressung würde dazu führen, daß kein Arbeitervertrauensmann mehr sich zu Unterhandlungen hergeben würde und damit zur völligen Anarchie im Verhältnis von Kapital und Arbeit.

Ladenschluß und Verkauf über die Straße.

Gastwirte sind hinsichtlich des Verkaufs über die Straße an den Ladenschluß gemäß §§ 139e und i gebunden. So hat das Kammergericht jetzt entschieden. In Reddinghausen, wo der Ktuhubladen schluß gilt, hatte ein Dachbedeckter noch nach 9 Uhr abends aus der Wirtschaft von Döder Schnaps geholt und mitgenommen. Durch den Verkauf des Schnaps über die Straße sollte Nader die Vorschriften der Gewerbeordnung über den Ladenschluß in offenen Verkaufsstellen übertreten haben. Im zweiten Rechtszuge, nachdem die Sache bereits einmal das Kammergericht beschäftigt hatte, wurde Nader vom Landgericht Bochum zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Landgericht ging davon aus, daß die Vorschriften über den sogenannten Ladenschluß, hier also über den Ktuhubladen, auch für Gastwirtschaften Geltung hätten, soweit es sich um den Verkauf von Getränken nicht zum sofortigen Genuß auf der Stelle, sondern um einen Verkauf über die Straße handle. Das sei kein Teil des eigentlichen Gastwirtschaftsbetriebes, welcher nicht an die Schlußvorschriften für andere Verkaufsstellen gebunden sei. Bei diesem Verkauf über die Straße handle es sich um einen einfachen Handelsbetrieb, auch wenn er von einem Gastwirt ausgehe.

Das Kammergericht verwarf die vom Angeklagten gegen das Urteil eingelegte Revision mit folgender Begründung:

Offene Verkaufsstellen seien auch Gastwirtschaften. Soweit kein Gastwirtschaftsbetrieb vorliege, sondern ein Verkauf über die Straße, unterläge sie deshalb auch den Vorschriften über das Handelsgewerbe und über die offenen Verkaufsstellen. Hinsichtlich des Verkaufs über die Straße müßten sie sich darum auch an die sogenannten Ladenschlußbestimmungen halten. Angeklagter sei mit Recht verurteilt.

Da die Tat so ungeheuerlich erscheint, bemühte sich der Vorsitzende, von dem Angeklagten eine Erklärung über die Motive seiner Handlungsweise herauszubekommen, bekam aber nur die Antwort: Der Junge habe sich darüber geärgert, daß die Mutter ihm das Portemonnaie zuwarf und ihn auch anfaßte, als sie ihm Vorkhaltungen machte, und da habe er blühdings das Terzerol genommen und losgeschossen, ohne recht zu wissen, daß er damit großes Unheil anrichten könne. Bei der Mutter, die dauernden Schaden nicht erlitten hat, hat inzwischen das Rutterberg wieder gegiegt. Sie erklärte, Zeugnis gegen ihren Sohn nicht ablegen zu wollen. — Angesichts dieser Weigerung erklärte Staatsanwalt Dr. Kiesel, seinerseits auf das Zeugnis des durch Krankheit am Erscheinen verhinderten Medizinalrats Dr. Störmer, der f. Z. ein eingehendes Gutachten über die Psyche des Angeklagten abgegeben, nicht verzichten zu können. — Rechtsanwalt Spring legte Wert darauf, daß die Arbeitgeber des Angeklagten, die diesem sehr günstige Zeugnisse ausgestellt haben, vernommen würden.

Der Gerichtshof beschloß unter diesen Umständen die Verurteilung. — Nach der Verurteilung dieses Beschlusses kam es zu einer rührenden Szene. Tränenden Auges begab sich die Mutter zur Anklagebank, umarmte und küßte ihren Sohn und hat ihn immer wieder, doch ein ordentlicher Mensch zu werden. Dann wurde der junge Mann in das Untersuchungsgefängnis zurückgeführt.

Ein neuer Eulenburgprozeß in Sicht?

Nach einer von wohlinformierter Seite ausgehenden Mitteilung soll die Reineidaffäre des Fürsten Philipp zu Eulenburg und Hertefeld Mitte oder Ende Oktober wieder vor dem Schwurgericht des Landgerichts I aufgerollt werden. Geheime Beobachtungen, die im Laufe des Sommers von Kriminalschleutens und insbesondere von Angestellten eines bekannten Berliner Detektivbureaus vorgenommen worden waren, sollten ergeben haben, daß Fürst Eulenburg, so bald er sich beobachtet weiß, sehr lustig und munter ist und keinerlei Symptome einer ernstlichen Erkrankung zeigt. Dieses Ergebnis wird voraussichtlich dazu führen, daß schon in nächster Zeit ein bestimmter Termin angesetzt werden wird.

Verpflichtung des mit der Zahlung des Mietzinses säumigen Mieters zur Schadloshaltung des Vermieters.

Der § 554 des Bürgerlichen Gesetzbuches räumt dem Vermieter das Recht ein, das Mietverhältnis ohne Einhaltung der Kündigungsfrist zu kündigen, wenn der Mieter für zwei aufeinander folgende Termine mit der Entrichtung des Mietzinses oder eines Teiles des Mietzinses im Verzuge ist. Kann der Vermieter die Mieträume unter gleichen Bedingungen bald weiter vermieten, so dürfte ihm ein wesentlicher Schaden durch die vorzeitige Aufkündigung nicht entstehen. Anders ist es dagegen, wenn die Räume leer stehen oder nur billiger vermietet werden können. In diesem Falle hat nach einem neuerdings ergangenen Urteile des Reichsgerichts der Mieter dem Vermieter den Schaden zu ersetzen, soweit als er in der Zeit des Vertragsverhältnisses entstanden ist. Der Fall liegt wie folgt:

Der Beklagte hatte von der Klägerin ein Anwesen gemietet. Da er mit zwei aufeinander folgenden Mietzinszahlungen im Rückstande blieb, kündigte Klägerin ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist und ließ im Wege der Zwangsversteigerung das Grundstück räumen. Alsdann verlangte die Klägerin im vorliegenden Rechtsstreit vom Beklagten einen Betrag von 3000 M. als Schadenersatz, indem sie behauptete, es sei für die Weitervermietung teils gar nicht, teils nur zu einem geringeren Mietzins möglich gewesen. Mit diesem Anspruch ist die Klägerin beim Oberlandesgericht Colmar durchgedungen, das ausführte: es habe der Mieter durch vertragswidriges, schuldhaftes Verhalten (§§ 276 ff. B. G. B.) den Grund zur Beendigung des Mietverhältnisses herbeigeführt; der Beklagte sei zahlungsunfähig gewesen und habe sein Unvermögen zur Leistung nach den §§ 276, Abs. 2, 279 B. G. B. als Verschulden zu vertreten.

Die gegen das Urteil des Oberlandesgerichts eingelegte Revision ist vom Reichsgericht zurückgewiesen worden. Aus den Entscheidungsründen ist mitzuteilen: Der Mietvertrag begründet für den Mieter die Verpflichtung, dem Vermieter den vereinbarten Mietpreis zu entrichten (§ 535 B. G. B.). Wer aber einen bestimmten Mietzins zu zahlen verspricht, übernimmt damit zugleich stillschweigend die Gewähr dafür, daß er den Mietzins auch wirklich bezahlen kann. Infolgedessen wird der Mieter, der durch Zahlungsunfähigkeit an der Entrichtung des Mietzinses gehindert ist, nicht bloß nicht frei von der Verpflichtung zur Leistung, §§ 276, 279 B. G. B., sondern er hat auch dem Vermieter allen Schaden zu ersetzen, der diesem durch die auf der Zahlungsunfähigkeit beruhende Nichterfüllung der Leistungspflicht des Mieters widerfährt. Die Ersatzpflicht des Mieters wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß der Vermieter von der ihm nach § 554 B. G. B. zustehenden Befugnis der Kündigung Gebrauch macht. Der Vermieter, der von der außerordentlichen Kündigung Gebrauch macht, kann daneben Schadenersatzansprüche geltend machen, vorausgesetzt nur, daß die Ersatzpflicht begründenden Ereignisse in die Zeit des bestehenden Mietvertrages fallen und der Schaden auf diese Ereignisse zurückzuführen ist. Beide Voraussetzungen liegen hier vor.

Ein Stempelprozeß.

Vor der Strafkammer in Hagen in Westfalen hatten sich ein Fabrikdirektor und ein Verwalter wegen Unkundenfälschung und

Bestrug zu verantworten. Beide Angeklagten waren auf dem Eisenwerk "Wark" in Wengern angestellt. Sie hatten die Eisenbahnverwaltung in den Jahren 1900 und 1910 dadurch geschädigt, daß sie an Stelle bestellten guten Materials minderwertiges lieferten und dies durch betrügerische Manipulationen verdeckten. Es handelte sich um die Lieferung von Blechlageren. Die Prüfung der Stücke geschah in der Weise, daß die Beamten der Eisenbahnverwaltung Kupfsäure mit Ansähen herausfachten und auf Kopf und Fuß der Ansähe ihre Stempel drückten. Die Ansähe wurden dann zur Vornahme der Zertrüßproben nach Witten zur Eisenbahnwerkstätte geschickt. Zufällig wurde da entdeckt, daß die Stempelteile abgeklagen worden waren und daß dazwischen ein Stück guten Kruppischen Achsenstahls angebracht worden war. Nach entsprechender Untersuchung stellte sich heraus, daß die früheren Proben in gleicher Weise gefälscht waren. Der Werkmeister schob die Schuld auf den Direktor, von dem er abhängig gewesen sei und der ihm diese Handlungen aufgetragen habe. Der Direktor leugnete erst, in einer weiteren Verhandlung gestand er die Taten ein, er wolle aber nicht aus Gewinnlust gehandelt haben. Der Direktor wurde zu 3 Monaten, der Meister zu 1 Woche Gefängnis verurteilt.

Aus der Frauenbewegung.

Kampf, immer Kampf!

Wir kämpfen für den Umsturz, für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft in der Ueberzeugung, daß wenn in fernem Zeiten die Namen aller Fürsten, auch der allerhöchsten Königin Luise, längst vergessen sind, daß dann wir in unseren Werken — mag auch kein einziger von uns genannt werden und jeder einzelne vergessen sein — als die sozialistischen Frauen unsterblich sein werden. In diesem stolzen Triumphzug sang das Referat der Genossin Zetkin auf der diesjährigen Frauenkonferenz aus. Der schwierigste Teil in der Entwicklung der Frauenbewegung, soweit sie das Proletariat betrifft, ist glücklich überwunden. Ein festgelegtes Fundament ist vorhanden, auf dem nunmehr weitergearbeitet werden kann. 107 000 weibliche Mitglieder umfaßt die sozialdemokratische Partei und allein um 25 001 Frauen hat sich die weibliche Mitgliederzahl im letzten Jahre vermehrt. Gewiß ein erfreuliches Resultat! Und welsch eine erhebliche Summe von Arbeit, Aufopferung, Idealismus und Tatkraft spricht aus diesen Zahlen. Wie viel freudig hingegebene Raststunden, wie viel Taosarbeit, wie viel Verzichtleistung auf Schlaf und Erholung ist in diesem Resultat enthalten! Und doch — es ist zu wenig, diese Zahl von 107 000, gemessen an der Stimmzahl der sozialdemokratischen Wähler, an der Zahl der Abwesenden der Arbeiterpresse, an der Zahl der arbeitenden Proletarierinnen. 10 1/2 Millionen erwerbstätiger Frauen sind in Deutschland vorhanden und immer mehr werden die weiblichen Kräfte in den Strudel kapitalistischer Ausbeutungsgier hineingezogen. Von diesen Millionen tätiger Frauen gehört der überwiegende Teil dem Proletariat an. 1907 gab es 28 Gewerbezweige, in denen die weiblichen Arbeitskräfte die männlichen an Zahl überwoogen. Darunter befinden sich 20 Berufe, die mehr als 20 000 arbeitender Frauen umfassen. In zwei Gewerben sind je über eine halbe Million und in zwei weiteren über 100 000 und in zwei anderen je 70 000 Frauen tätig. Diese statistischen Angaben geben zu denken. Hier zeigt es sich, wie riesengroß noch das Agitationsfeld, wie gewaltig die Aufgaben sind, wozu wir diese Massen zum Massenkampf erwecken. Den Vorlämpferinnen auf dem Gebiete der Frauenagitation hat die diesjährige Konferenz Bunte und Richtlinien, Anregungen fruchtbarster Art gegeben. Lebensfragen von wichtiger und kulturellster Art waren es, die mit größtmöglicher Sachkenntnis erörtert und behandelt wurden. Wie weitreichend stehen den von wissenschaftlicher Erkenntnis und innigem sozialem Empfinden getragenen Referaten die verschiedenen Reden Wilhelm II. gegenüber, die von Genossin Zetkin mit seiner Ironie in Vergleich gezogen und abgetan wurden. Daß es Verurferne waren, die auf der Frauenkonferenz mit sicherer Hand die Lage des Volkes und insbesondere der arbeitenden Frau und Mutter gezeichnet haben, zeigen die Referate und Diskussionen, die den werdenden und agitierenden Genossinnen und Genossen eine unerlöschliche Fundgrube sein werden. Diese Konferenz war eine Tat, die viele Fröliche zeitigen wird.

Mutterhilfe. In Bilmersdorf, Düsseldorf Str. 14, ist gestern die "Mutterhilfe", Heim der Deutschen Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht" eröffnet worden. Offiziell eröffnet, denn tatsächlich haben schon Wochen vorher so viele Schützlinge um Aufnahme in das Heim angefragt, daß es bereits im Juli, also mehr als zwei Monate vor dem offiziellen Termin, seiner Bestimmung übergeben werden mußte. 35 Schützlinge: Schwangere, junge Mütter mit ihren Pflegekindern hat das Heim in den zwei Monaten bisher bereits beherbergt. Frauen und Mädchen, die den verschiedensten Verufen angehörend. Die "Deutsche Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht", die erst seit laum 1 1/2 Jahren besteht, hat bei ihren beschränkten Mitteln mit der Gründung dieses Heims das möglichste geleistet. Hoffen wir, es ist nur ein Anfang, dem bald mehr wird folgen können, denn für die Zahl derer, die eines solchen Asyls bedürfen, kann das Heim nicht ausreichen.

Verfammlungen.

Die Vertreterwahlen zur Zwangsdinnung der Schneider

werden im Laufe dieses Monats stattfinden, die Termine sind jedoch für die einzelnen Standesamtsbezirke noch nicht festgesetzt. Die Wähler werden drei Tage vor Abhaltung der Wahl benachrichtigt. Die Einteilung nach Standesamtsbezirken, wie die Wahlordnung und das ganze Verwaltungssystem der Schneiderinnung sind offenbar mit viel Schläuheit darauf berechnet, daß die Rechte und das Wollen der Mitglieder so wenig wie irgend möglich zur Geltung kommen. Die Schneiderinnung ist übrigens auch die einzige Innung, die das Vertretersystem eingeführt hat; während in anderen Innungen die Mitglieder selbst in den Generalversammlungen erscheinen, sind es bei den "Schneidermeistern" nur ihre Vertreter, die über die Angelegenheiten der Innung zu beschließen haben, und diese Vertreter werden allemal auf 8 Jahre gewählt. Nun könnte es ja gleichwohl passieren, daß eine solche Wahl ungunstigen des Innungs Vorstandes ausfiele, so daß dieser, wie es das parlamentarische Verwaltungssystem mit sich bringen müßte, durch einen anderen abgelöst würde. Um solchen Unannehmlichkeiten vorzubeugen, bestimmt das Innungsstatut, daß die Vertreter im letzten Jahre ihrer Amtszeit die Neuwahl des Vorstandes zu vollziehen haben. Die neugewählten Vertreter haben sich also allemal fünf Jahre lang mit dem von ihren Vorgängern gewählten Vorstand abzufinden, und wenn ihre Wehrheit und die große Masse der Wähler auch noch so wenig mit seiner Ausführung einverstanden sind. Das Vertretersystem an sich mag durch die für eine Innung mit so ungebener großer Mitgliederzahl gerechtfertigt erscheinen, dient hier aber offenbar nur dem Zweck, den Mitgliedern und Zwangsmitgliedern ihre Rechte vorzuenthalten und ihnen Pflichten aufzuerlegen, die sie zu tragen nicht gewillt sind. Die Schneiderinnung hat es durch ihr Zwangssystem auf gegen 8000 Mitglieder gebracht. Manche arme Witwe, die vielleicht mit ihrer Tochter für irgendein Geschäft als Heimarbeiterin tätig ist, wird sich schon gewundert haben, daß sie ganz plötzlich zum "Innungsmeister" avancierte, ohne auch nur im entferntesten an die Erwerbding dieser Meisterwürde gedacht zu haben, aber nun gleichwohl ihre drei Mark Jahresbeitrag zahlen mußte. Um diese 3 M. aber und um nichts anderes ist es der Innung offenbar zu tun. Hätte man diese Zwangsmitglieder nicht in der Innung, sondern nur wirkliche Meister und Arbeitgeber als Mitglieder, so müßten eben

die Weisheit weit höher gefehlt werden, vielleicht auf das Zehnfache. Daß die Interessen der Heimarbeiter und der Heimarbeiterinnen durch die Innung vertreten werden sollten, ist selbstverständlich ganz ausgeschlossen. Sie finden, soweit sie genügend aufgeklärt sind, als Arbeitnehmer ihre Interessenvertretung im Verband der Schneider und Schneiderinnen.

Der Schneiderverband hatte am Sonnabend nach dem großen Saale der „Arminhallen“ eine Versammlung der der Zwangsinnung angehörenden Mitglieder einberufen. Der Referent Künze schilderte hier eingehend, wie in diesem sonderbaren Gebilde einer Innung Personen mit durchaus widerstrebenden Interessen zusammengelockert werden und was diese Zwangsinnung leisten oder vielmehr nicht leistet. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß die Wahlparole sein müsse, für die Aufhebung der Zwangsinnung zu sorgen, den Zwang zu beseitigen und es denjenigen, die wirklich gemeinsame Interessen haben, freizustellen, eine Innung zu bilden. In demselben Sinne äußerten sich meist auch die Diskussionsredner. Der Mitgeselle Gebauer schilderte namentlich auch die unheimlichen Zustände auf dem Arbeitsnachweis der Innung, der wohl eigentlich ziemlich zwecklos ist, da wirklich brauchbare Arbeitskräfte dort kaum zu haben sind, tüchtige Arbeiter sich auch kaum die Behandlung gefallen lassen, die dort üblich zu sein scheint. Der in der Versammlung anwesende Schriftführer der Innung, Herr Gröndler, wurde wiederholt aufgefordert, auf die verschiedenen schweren Angriffe gegen die Innung und es denjenigen, die antworten, erklärte er immer wieder, daß er darauf verzichte, sich hier zu äußern. — Als zweiter Punkt stand die Aufstellung der Kandidaten auf der Tagesordnung. Es konnte sich hier, bei dem veränderten Wahlsystem, jedoch nur darum handeln, den Mitgliedern Anweisung zu geben, wie in den verschiedenen Ständesamtsbezirken für die Kandidaturen Sorge getragen werden soll. Die Mitglieder haben, sowie sie die Einladung zur Wahl erhalten, dem Filialbureau des Schneiderverbandes sofort Mitteilung zu machen, damit die Stimmzettel rechtzeitig gedruckt werden können. Gelingt es dem Verband, eine genügende Zahl von Vertretern zu gewinnen, so werden die Innungsmitglieder, die wirklich Meister sind, sich wohl selbst sagen, daß es besser ist, auf die Zwangsgliederer zu verzichten.

Aus aller Welt.

Schwere Automobilunfälle.

Am Sonntagabend überfuhr das Automobil des amerikanischen Erfinders Thomas Edison in Lauf bei Nürnberg einen zwölfjährigen Knaben, der sofort tot war. Der Chauffeur wurde von der Lanter Wehrde nach dem Unfall festgehalten; daraufhin blieb auch Edison, der mit seiner gesamten Familie in zwei Automobilen auf der Fahrt nach Nürnberg begriffen war, ebenfalls aus freien Stücken in Lauf zur Verfügung der Behörde zurück. Die Untersuchung ergab, daß der Chauffeur nicht das geringste Versehen trifft, weshalb er Montag vormittag freigelassen wurde.

Bei einem Automobilwettrennen in Syracuse im Staate New York rannte ein Automobil in voller Fahrt in einen Menschenhaufen hinein. Hierbei wurden sechs Personen getötet und vierzehn verletzt.

Absturz eines englischen Militärfliegers.

Bei einem Höhenflug den Flugplatz von Hendon unternahm, stürzte der Flieger aus bedeutender Höhe mit seinem Apparat ab. Der Verunglückte wurde tot unter seinem zertrümmerten Flugzeuge hervorgeholt.

Choleraunruhen in Saloniki.

Am Sonntag ist es in Saloniki zu umfangreichen Choleraunruhen gekommen. Ein Teil der Bevölkerung lehnte sich gegen die von den Behörden getroffenen Maßnahmen gegen die Cholera auf. Selbst Ärzte behaupteten, es gäbe keine Cholera in der Stadt, man wolle nur ausländische Ärzte herbringen. Die Volkmenge durchzog die Straße und zwang die Kaufleute, ihre Läden zu schließen.

Bei den Unruhen sind zwei Betrüger durch Bajonettschläge verurteilt und 15 Verhaftungen vorgenommen worden. Montagabend war wieder alles ruhig. — Fünf neue Cholerafälle werden gemeldet, davon einer tödlich. In Konastir wurde die Durchführung der Choleramaßnahmen mit Militärgezwang erzwungen und die Ruhe wiederhergestellt. Aus Konastir werden zwölf, aus Nestub zwei, aus Pirat vier und aus Novibazar ein Todesfall gemeldet.

Kleine Notizen.

Ein Ehebräutigam. In der Nacht zum Sonntag hat auf Schloß Ricklingen in der Provinz Hannover der Kunstmalers Huber seine Frau und seinen zweijährigen Sohn und dann sich selbst erschossen. Der Grund ist in finanziellen Schwierigkeiten zu suchen.

Veruntreuung eines Notars. Wegen Unterschlagung von Depotgeldern in Höhe von 12000 Mark ist der Rechtsanwalt und Notar Otto Karbe aus Wittenberg Montag vormittag verhaftet worden.

Schweres Baumunglück. Auf einem Neubau in Ranch stürzten die Zementdecken dreier Stockwerke ein und begruben in dem Bau beschäftigte Arbeiter unter sich. Vier von ihnen wurden getötet und fünf schwer verletzt.

Zwei Personen verbrannt. In der vergangenen Nacht brach infolge einer Gasexplosion in Marseille in dem Laden eines Kaufmanns Feuer aus, das das ganze Haus einschloß. Zwei Personen, die noch einmal in das brennende Gebäude eindringen, um ihre Schmuckstücke zu retten, verbrannten.

Schweres Eisenbahnunglück. In der Nähe von Mecheln (Belgien) sind am Sonntagvormittag zwei Eisenbahnzüge zusammengestoßen. Zwanzig Personen wurden verletzt, darunter mehrere schwer.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für den Reichstagswahlkreis Rülkhan-Schwiebus-Krossen-Zommerfeld. (Ortsverein Berlin.) Dienstag, 19. September, abends 8½ Uhr, Versammlung bei Gehrner, Kopenstr. 47.

Leser- und Diskussionsklub „Wilhelm Liebknecht“. Heute, Dienstag, abends 9 Uhr, Sitzung bei Karl Eichhorn, Danksgr. 69; Vortrag: „Wölfe willkommen“.

Konfirmierte Kranken- und Sterbefälle von 1885. (S. S. 71.) Heute abend 9 Uhr im Restaurant Jüdenstr. 18/19; Sitzung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Gaststuhl —, wochentags von 4¼ bis 7¼ Uhr abends, Sonnabends von 4¼ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten sind nicht erbeten. Anfragen, denen keine Abonnementszahlung beiliegt, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

C. R. Beile bis zu 1/2 Pfund in Groß-Berlin 5 Pf., Druckfaden bis 50 Gramm 3 Pf., bis 100 Gramm 5 Pf., bis 250 Gramm 10 Pf., bis 500 Gramm 20 Pf. und bis 1 Kilogramm 40 Pf. — **H. 10.** Gustav Köhler, Berlin, Mischelstraße 2 — **H. 100.** Bureau Poststr. 16, I. — **Hedwig 1911.** Städtische Fortbildungsanstalt Weidenburger Straße 4, Städtische Fortbildungsschule für Räumlinge Heinersdorfer Straße 18.

H. 2. G. Für den Bestand bei einer regelmäßigen oder unregelmäßigen hat. 2. Bist sich nur nach Prüfung des Urteils, das nach Anmeldung der Revision aufgestellt wird, sagen. 3. u. 4. Die Frist zur Anmeldung der Revision beträgt eine Woche, vom Tage des Termins an gerechnet. Die Begründung der Revision muß innerhalb einer Woche nach Zustellung des Urteils durch einen Rechtsanwalt erfolgen. 5. Ja. — **H. 100.** 1. Anfrage beim deutschen Konsulat, falls Sie den notwendigen Aufenthalt kennen. 2. Dazu reicht Geburtsurkunde, Militärpass aus. 3. Heiratschein. 4. Nachschreiben. 5. Ja. — **H. R. 444.** Ober-Schönweide. 1. Ja, sofern der Prozeß noch nicht beendet ist, und zwar aus § 29 Zivilprozeßordnung. Sonst hat der Vertreter nur, wenn er vorläufig und wider besseres Wissen gehandelt hätte. 2. Soweit der Arbeitslohn 28,85 M. wöchentlich übersteigt. Weitere Beschränkung beim Abrechnungspräsidenten. 3. Ja, nachdem der Stadt bezw. Kreisrat schon entschieden hat. 4. Ja. Es gibt verschiedene Werte. Sprechen Sie am zweckmäßigsten in der Buchhandlung vor. — **H. R. 100.** 1. Deutsche Konsulat. 2. Es liegt Verjährung vor. — **H. R. 36.** 1. Den Antrag können Sie stellen. Die Eröffnung erfolgt kurze Zeit danach. 2. Nur bezüglich desjenigen, was beim Ableben vorhanden war. — **C. R. Klein.**

Knobel 22. Soweit ersichtlich, besteht ein Anspruch auf Rückgabe der Scheine nicht. — **H. R. 27.** 1. Nicht ausführlich. 2. Antrag an den Justizminister, unter Beifügung eines ärztlichen Zeugnisses. — **H. R. 18.** Wenn die Reklamationsfrist nicht innegehalten ist, raten wir von weiteren Schritten ab. — **H. R. 100.** Sie hatten nicht, jedoch Ihre Frau. Verjährung ist nicht eingetreten. — **H. 16.** Klein, sofern anderer Nachschuß vorhanden war. — **H. R. 100.** 1. Ja, sofern nicht gefehlige Änderungsgründe entgegenstehen. 2. Vollgeldpräsidium. — **H. R. 75.** Bis zu 600 M. einschließlich. In zwei Exemplaren. — **H. 99.** 1. Berliner Kinderkassenverein, Geschäftsstelle Balowstr. 70 I. 2. Klein. 3. 10 Uhr. — **Szialan.** Ja. — **H. A. Johannisthal.** Ja. Die Rechtsprechung ist aber nicht einheitlich. — **H. A. 27.** 1. und 2. Soweit ersichtlich, ja. — 125. Ihre Frau kann nicht ausgewiesen werden, da sie durch die Heirat deutsche Reichsangehörige geworden ist. Für den anderen Fall könnten beide ausgewiesen werden. — **H. S. 100.** Klein. — **H. S. 34.** Die Räume usw. können herausgenommen werden, falls nicht eine Entschädigung zu erreichen ist. — **H. S. 4.** 1. und 2. Ja, soweit der Verdienst 28,85 M. wöchentlich übersteigt. Ausnahmefall des Unternehmers entleert erst nach Zustimmung eines Gläubigers- und Ueberweisungsbeschlusses. 2. Nur bei Abnahme des Offenbarungseides.

Eingegangene Druckschriften.

Jugenddeutscher Sturm und Drang. Von Dr. G. H. Doudon 10 M., geb. 12 M. H. A. Brodhaus, Leipzig.
Muskriaca. Essays von G. Vahr. Verlag S. Fischer, Berlin. 3 M., geb. 4 M.

Magazin für Technik und Industrie-Politik. Heft 8. 75 Pf. Jährlich 12 Hefte. Verlag des Magazins für Technik, Charlottenburg, Leonhardtstr. 13.
Berliner Kalender 1912. Herausgegeben vom Verein für die Geschichte Berlins. 1 M. R. Oldenbourg, Berlin SW. 48.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand		am 17. 9.	seit 16. 9.	Wasserstand		am 17. 9.	seit 16. 9.
		am	am			am	am
		17. 9.	16. 9.			17. 9.	16. 9.
Remel, Mühl	48	+1	Saale, Gochstz	28	—10		
Bregel, Zisterburg	50	0	Dassel, Spanbau	15	—1		
Beichel, Thora	26	+2	„ „ „ „	—	—		
Ober, Rathor	89	+8	Spree, Spremberg	66	0		
„ „ „ „	0	+1	„ „ „ „	84	—2		
„ „ „ „	10	0	„ „ „ „	79	+2		
„ „ „ „	53	0	„ „ „ „	132	+3		
„ „ „ „	72	+1	„ „ „ „	—	—		
„ „ „ „	42	0	„ „ „ „	103	—1		
„ „ „ „	104	—21	„ „ „ „	60	—6		
„ „ „ „	218	0	„ „ „ „	24	—2		
„ „ „ „	24	+1	„ „ „ „	—	—		
„ „ „ „	10	—2	„ „ „ „	—	—		

+) bedeutet Sturz, — Fall. — *) Unterpegel. *) Der Nullpunkt des Windener Pegels ist am 19. September um 2 Meter tiefer gelegt worden.

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Aannahme.

- Zentrum: Albert Habnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
2. Wahlkreis, W.: Carl Schmidt, Kirchdammstr. 14, Hofpartierstr. 8. und SW.: Hermann Berner, Quisenauerstr. 72.
3. Wahlkreis: St. Pauli, Prinzstr. 31, Hof rechts part.
4. Wahlkreis: Eken: Robert Wengels, (Br. Franzfurterstr. 120. — Richard Haselbach, Weidenburgerplatz 4 (Laden).
5. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Langerplatz 14/15.
6. Wahlkreis: Leo Buch, Jannauerstr. 12 (Hof).
7. Wahlkreis (Roabit): Karl Anders, Salzweiderstr. 8.
Wedding: J. Schönig, Rogauerstr. 49.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm Saumann, Bernauerstr. 9, vorn part.
Gesundbrunn: J. Trapp, Seletinerstr. 10.
Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Lichtenstr. 123.
Adlershof: Karl Schwarzkopf, Hoffmannstr. 9.
Alt-Gliencke: Wilhelm Darr, Köpenickerstr. 6.
Baumschulenweg: G. Hornig, Marienbaderstr. 13, I.
Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönow und Schönbrück: Friedrich Froel, Hofstr. 74, part.
Ehrendorf und Falkenberg: Alois Lant, Bahnhof, Genselstraße 10.
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Felsenheimerstraße 1.
Friedrichshagen: Oskar Wahle, Stubenrauchstr. 99.
Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshagen, Gausch.
Friedrichshagen: G. H. Schölerich, Petershagen.
Friedenau-Steglitz-Südende-Größ-Lichterfelde-Lankwitz: J. Bernier, Wittenstr. 5 in Steglitz.
Friedrichshagen: Ernst Berkmann, Köpenicker Straße 18.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal: Felicitas, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.
Karlshorst: Richard Käter, Altdorferstr. 9, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Bahnhofstr. 13.
Köpenick: Emil Böhler, Kiebitzstr. 6, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seidel, Kronprinzenstraße 4, I.
Mahlisdorf, Kaulsdorf: P. Heyberg, Kaulsdorf, Ferdinandstr. 17.
Mariendorf: August Leib, Gauschstr. 208, Hof.
Marienfelde: Emil Wehner, Dorstr. 14.
Neuenhagen: Johann Häbiger, Wölkstr. 1.
Nieder-Schönweide: Schri. Weigerstr. 6.
Nowawes: Wilhelm Gappe, Friederichstr. 7.
Ober-Schönweide: Alfred Bader, Wilhelmminnenhofstr. 17 II.
Pankow-Niederschönhausen: Rihmann, Mühlstr. 30.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: P. Gursch, Wölkstr. 56, Laden.
Rixdorf: H. Heinrich, Redstr. 2, im Laden; Röh, Siegfriedstr. 28/29.
Rummelsburg, Boxhagen: U. Rosenkrantz, Alt-Boxhagen 55.
Schönberg: Wilhelm Baumann, Martin Lutherstr. 69, im Laden.
Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seefeld und Falkenhagen: Köppen, Weidstr. 64.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Riens, Borsigwalde, Mühlstr. 10.
Teltow: Wilhelm Bonow, Teltow, Berliner Str. 18.
Tempelhof: Franz, Berliner Straße 76, Laden.
Treptow: Rob. Gramms, Riechholzstraße 412, Laden.
Weißensee: R. Sudmann, Sedanstr. 105, partier.
Wilmerdorf-Halensee-Schmargendorf: Paul Schubert, Wilhelmstr. 26.
Zentrum, Hiersdorf: Ernst Härtig, Gausch, Dorstr. 15.
Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Sunlicht Seife

10 & 25 Pfennig



Grosse Wäsche !!
Helle Freude herrscht im Hause,
Grosse Wäsche ist angesagt!
Und weil dies mit Sunlichtseife,
Sicherlich sich niemand plagt!



Central-Möbel-Halle

Kommandantenstr. 51
Ecke Alexandrinenstr.

Bei Anzahlung von 45 M. an:	Bei Anzahlung von 70 M. an:	Komplette mod. 3-Zimmer-Einrichtung bestehend aus Speisezimmer, eiche oder nussbaum Schlafzimmer, satin oder nussbaum Herrenzimmer, eiche oder nussbaum Kompl. Küche in farbiger Lackierung Flurgarderobe. Anzahlung von . . . 140 M. an Monatliche Rate von 30 M. an Unbegrenzte Garantie.
1 Kleiderspind, ausb. 2 Bettstellen 1 Wäschespind, „ 4 Stühle 1 Spiegelspind, „ 1 Küchenspind 1 Spiegel, „ 1 Küchentisch 1 Taschensofa 1 Küchenrahmen 1 Speisetisch 1 Küchensstuhl	1 mod. Kleiderspind, echt ausb. 2 engl. Bettstellen 1 mod. Vertiko mit Spiegel 1 Küchenbüfett 1 mod. Trumeau mit Stufe 1 Küchentisch 1 Sofa mit Panel 1 Küchenrahmen 1 moderner Sofatisch 2 Stühle, 1 Kasten 4 moderne Stühle 1 Handtuchhalter	

Monatliche Rate von 12 M. an | Monatliche Rate von 18 M. an
Ständige Ausstellung von 100 Muster-Zimmern. □ Einrichtungen für Villen und Pensionate.

Phänomen-Gold

Feinste Cigarette Stck. 2, 3, 4, 5 Pf. Ueberall zu haben

Unserem Genossen
Wilhelm Bachmann
zum 60. Geburtstag ein donnerndes
Lebeshoch.
So kann's nicht weitergeh'n
Wilhelm lag gehen. 65/66
Bierter Wahlkreis, Bezirk 250.

Unserem Genossen
Friedrich Farnsteiner
nebst Ehefrau zu ihrer
silbernen Hochzeit die besten
Glückwünsche.
Die Genossen u. Genossinnen
des 616. Bezirks
Abt. 6 des 5. Kreises.

Allen Freunden, Bekannten und
Genossen die traurige Nachricht,
dass meine herzengute Frau und
Mutter
Marie Blaser
geb. **Klinkmann**
nach jahrelangem schwerem Leiden
verstorben ist.
Berthold Blaser
nebst Söhnen.
Die Beerdigung findet Mittwoch,
den 20. d. Mts., nachm. 2 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des Augusta-
Victoria-Krankenhauses in Rummels-
burg aus statt. 6626

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Sektion I (Handelsarbeiter).

**Hausdiener, Packer, Radfahrer, Portiers, Schaffner, Fahr-
stuhlführer, Einkaffierer, Kassenboten** etc. aller Branchen der Sektion I.
Mittwoch, den 20. September 1911, abends 8 1/2 Uhr, in den „Armin-Hallen“,
Kommandantenstr. 58-59, großer Saal:

Große öffentliche Versammlung.

Die Verschleppung der Sonntagsruhe in Groß-Berlin. Referent: **Emil Eichhorn.**
Diskussion.

Kollegen! Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden einzelnen, rege für den Besuch zu sorgen. „Die Verschleppung der Sonntagsruhe“ muß Veranlassung geben, daß kein Kollege, keine Frau, kein erwachsenes Familienmitglied der Versammlung fernbleibt. Erscheint in Massen!
71/1

Mittwoch, den 20. September 1911, abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche Versammlung

in **Glesings Gesellschaftshaus, Wassertr. 68.**
Tages-Ordnung:
1. Die Bedeutung des Genossenschafts-
wesens in der gegenwärtigen Zeit.
Referent: Gewerkschaftssekretär **Ad. Ritter.**

2. Diskussion. 3. Agitation für eine neue Verkaufsstelle in der Wassertr. 68.
Es ist Pflicht aller im Wassertr. 68 wohnenden Mitglieder, zu erscheinen.
Die Agitationskommission. J. H. Wilh. Trautmann.

Frauen-Begräbniskasse der in Schriftgießereien beschäft. Arbeiter Berlins.

Donnerstag, den 21. September, im
Saal des Kollegen **Paul Zimmer-
mann, Wilhelmstr. 2.**
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vorstandsbericht. 2. Kassenbericht.
3. Beschluß. 355/4
Die werten Mitglieder sind höflich
eingeladen. Der Vorstand.

Konsumgenossenschaft „Hoffnung“

für Potsdam und Umgegend.
E. G. m. b. H.
Donnerstag, den 28. September 1911,
abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant **Herr-
mann Wilhelm, Kaiser-Wilhelmstr. 38.**
Ordentl. General-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht. 2. Bericht des
Aufsichtsrates. 3. Beschlußfassung über
die Gewinnverteilung. 4. Entlastung
des Vorstandes. 5. Beschlußfassung
über die Errichtung neuer Verkaufsstellen.
6. Anstellung eines Vorstandes-
mitgliedes. 7. Genehmigung der Be-
träge mit den Vorstandsmitgliedern.
8. Genossenschaftliche Angelegenheiten.
Recht zahlreichem Besuch sieht ent-
gegen **Der Aufsichtsrat.** [107/9
Max Hausmann, Vorsitzender.

Ein neuer Zuschneide- Frei-Kursus

im Schnittzeichnen,
Zuschneiden u. Nähen
d. gesamt. Damen-
u. Kind-Garderob.
sowie Wäsche
beginnt am Montag,
d. 2. Oktober. An-
meldekarten, Pro-
spekte grat. u. fr.

5725*
Berliner Zuschneide-Akademie

Dr. Krämer
Oranienburger Str. 92. I. III. u. IV. Et.
Eckhaus am Hackeschen Markt,
Nähe Bahnhof Börse u. Zirkus Busch.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis.
Köpenicker Viertel.
(Stadtblz. 107a, Wahlbez. 206 II.)

Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse, der Metall-
schleifer

Ernst Rehbach
verstorben ist.

Seine letzten Ruhestellen!

Die Beerdigung fand am
Montag, den 18. September, nach-
mittags 3 Uhr, von der Halle
des Bestattungshauses in Friedrichs-
felde aus statt.
222/4

Allen meinen Verwandten,
Freunden und Bekannten die
traurige Nachricht, daß meine
Liebe Frau, unsere gute Mutter
und Großmutter

Anna Rührmund
nach langem, schweren Leiden am
16. September, früh 3 Uhr, ent-
schlafen ist.

Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 19. September,
nachmittags 4 Uhr, von der Halle
des Trepotower Friedhofes, Neue
Krup-Allee aus statt.

Die tiefbetäubten Hinterbliebenen
W. Rührmund.
Agnes Kitzler geb. Rührmund.
Georg Kitzler nebst Kindern.

Von der Reise zurück

Dr. W. Kramm,
prakt. Arzt u. Spez.-Arzt f. Magen-
u. Darmleiden. **Ackerstr. 79.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt 3, 1239. Verwaltungsstelle Berlin: Charlstr. 3. Hauptbüro: Hof III. Amt 3, 1267.

Mittwoch, den 20. September, abends 5 1/2 Uhr:

Versammlung.

aller in
**Gas-, Wasser- u. Dampfmaschinen- sowie Kronenbetrieben
beschäftigten Eisen-, Metall- und Revolverdreher**
in den **Müller-Festhallen, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m.**

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Dr. J. Badel:** „Wert und Nutzen
der Int. Hygieneausstellung in Dresden für die Metallarbeiter.“
2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Mittwoch, den 20. September 1911, abends 8 Uhr:

Branchen-Versammlung

der **Werkzeugmacher (Schnittbauer, Lehrenbauer, Schneid-
zeugmacher, Einrichter, Scharfschleifer, sowie sämtliche
in Buchdruckereimaschinen-Fabriken beschäft. Kollegen**
in den **Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59.**

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **W. A. K.** 2. Neuwahl des Branchen-
leiters. 3. Branchen- und Verbandsangelegenheiten.

In Anbetracht der reichlichen Tagesordnung ist es Pflicht jedes Kollegen,
pünktlich zu erscheinen.

Mittwoch, den 20. September 1911, abends 8 1/2 Uhr,

Branchen-Versammlung

aller in der
Eisenmöbelbranche beschäftigten Kollegen u. Kolleginnen
im **Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.**

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **W. A. K.** 2. Bericht der Kommission. 3. Verschiedenes.

Die Kollegen und Kolleginnen folgender Firmen: **Karl Schulz,
Gustav Liede, Paul Reye, Lewald, Jean Schöngross, Amerikanische
Metallbettenfabrik, W. Pech, Karl Zeisler, Runze, Hermann
Reinhold, Moritz, Groth u. Brand, Förster u. Schulz, Lenz,
Caspari-Mariensfelde.** sind ganz besonders eingeladen.
123/5

Die Ortsverwaltung.

Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß die
Protokolle der 10. ordentlichen Generalversammlung
unseres Verbandes erschienen und zum Preise von
50 Pf. im Bureau und bei den Bezirkskassierern zu
haben sind.

Desgleichen sind noch Jubiläumnummern „500 000“
zum Preise von 50 Pf. im Bureau zu haben.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.
Mittwoch, den 20. September, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlungen.

Südwesten in **Heinrichs Festhallen, Blücherstr. 61.**

Wedding bei **Preppernau, Wajewaller Str. 3.**

Charlottenburg im **Volkshaus, Rosinenstr. 8.**

Schöneberg in den **Neuen Rathshäusern, Weininger Str. 8.**

Gr.-Lichterfelde bei **Wahrendorf, Bäfstr. 22.**

Wünschenswertes Erscheinen aller Mitglieder erwartet.
Die Zweigvereinsleitung.

140/3
Verantwortlicher Redakteur: **Richard Barth, Berlin.** Für den

Achtung! Achtung! Caféhaus-Angestellte!

Die nachbenannten Cafés haben den Lohnsatz für Ausschüßler
(2 M. Lohn pro Tag für jede Ausschüßlerin — ungeachtet des Umsatzes) nicht
anerkannt und beschäftigen nur gelbe Geschillen, welche sich abermals zum
Verrat an die Geschillenschaft bereit gefunden haben. Es sind deshalb für
organisierte Geschillen bis auf Widerruf gesperrt:

- Norden:** Café Roland, Brunnenstr. 181.
Luxemburg, Müllerstr. 154.
Osten: Café Frankonia, Große Frankfurter Str. 68.
Süden: Café Nagler am Moritzplatz.
Rigborj: Café Hermannplatz.
„ „ Jahn, Hasenheide 19. 295/6*
„ „ Rathaus, Bergstr. 7.
„ „ Schwedler, Bergstr. 66.

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen.
Zweigverein der Café-Angestellten.
Berlin. Große Hamburger Str. 18/19.

Tadellos
1 M.
wöchentliche Teilzahlung
lieferbare elegante
Herren-Moden
fertig und nach Mass
Garantie für tadellosen Sitz und
feinste Verarbeitung.

J. Kurzberg
Maß-Schneiderei
Rosenthaler Str. 40-41 | Frankfurter Allee 104
am Hackeschen Markt. | Ecke Friedenstrasse.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)

Bezirksversammlungen:

1. Bezirk: Mittwoch, den 20. September, beim Kollegen **Wilh. Heider, Luisenstr. 62.**
2. Bezirk: Donnerstag, den 21. September, beim Kollegen **Karl Kramer, Quittenstr. 40.**
3. Bezirk: Mittwoch, den 20. September, beim Kollegen **Gustav Wolf, Landsberger Allee (Kolonie Wilhelmshöhe).**
4. Bezirk: Mittwoch, den 20. September, beim Kollegen **Fritz Preuß, Holzmartstr. 65.**
5. Bezirk: Mittwoch, den 20. September, beim Kollegen **Max Hippler, Hollmannstr. 16.**
6. Bezirk: Mittwoch, den 20. September, beim Kollegen **Otto Lohan, Neue Jakobstr. 20.**

Sämtlich nachmittags 5 Uhr.
Da in diesen Bezirksversammlungen die Geschäftsverteilung der Protokolle
vom diesjährigen Verbandstage erfolgt, so ist das Erscheinen eines jeden
Mitgliedes notwendig.
51/2

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Korbmacher. Branchen-Versammlung.

Mittwoch, 20. Sept., abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Saal 10:

Bürsten- u. Pinselmacher.

Mittwoch, 20. September, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Arbeitslosensaal, Zimmer 4), Engel-Ufer 14:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die Bekämpfung der Mißbräutigefahr durch
die Arbeitgeber der Bürstenindustrie. Referent: Gewerkschaftssekretär **Lin L.**
2. Diskussion. — Der Vorstand der Berliner Bürstenmacher-Zunung ist zu
dieser Versammlung eingeladen. 88/18

Modell- u. Fabriktschler u. Modelldrechsler.

Donnerstag, 21. September, pünktlich abends 8 Uhr,
im **Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12:**

Branchen-Versammlung.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz.

Achtung! 85 Parzellen Achtung!
nicht Bahnhof Adenick, sollen
einzelu unter denkbar günstigen
Beding. schnellstens verkauft werden.
Offerten unter C. S. 7767 an Rudolf
Kosse, Berlin, Schiffsanwerkanim 1.
Von der Reise zurück. 606b
Dr. A. Freudenberg,
Potsdamer-Str. 20a.
Privatklinik: Apostel-Paulus-Str. 12.

Pollmanns Bandagen-

Geschäft, nebst Artikel zur
Gesundheits- u. Krankenpflege,
Verbandstoffe, Gummwaren etc.
Berlin N., **Lothringers Str. 60.**
Lieferant für Krankenkassen
Eigene Werkstatt.

Glumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Str. 2.

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle- Reste! Moquetts.
Pfluch- Satteltaschen.

Mustor bei näherer Angabe
franko.
Berlin Süd, 158.
Emil Letèvre,
Oranienstr.

Réunion-Cigaretten

Für die Qualität der Fabrikate
bürgt der Name
„Réunion“

Spezialmarken:
Vinea 8b 2 Pfg.
Lookout 3 -
Flagship 4 -
Vinea-Crème 5 -



Internationaler Glasarbeiterkongress.

Zur Frauennarbeit liegen Resolutionen von Belgien, Frankreich, Paart, Holland und von Dornheim und Horn-Deutschland vor.

Soweit Frauennarbeit in bestimmten Zweigen der Glasindustrie, wie in Schleifereien, Glasbläsereien usw. noch vorkommt oder besteht, darf sie höchstens 8 Stunden betragen; der Lohn ist dann dem der männlichen Arbeiter gleichzustellen.

Eine im Sinne des Referats gebaltene Resolution wird angenommen. Sodann spricht Girbig über internationale Statistik bei Lohnbewegungen, Streiks, Aussperrungen und Arbeitslosigkeit.

Die Delegierten verpflichten sich, allen Wünschen des Internationalen Sekretariats nachzukommen.

Das dem Sekretariat zur Seite stehende Exekutivkomitee soll aus Belgien, Frankreich, Italien und Oesterreich gewählt werden und auf Verlangen des Sekretariats zusammentreten.

Der nächste internationale Kongress soll 1914 in Mailand stattfinden. Nach Entgegennahme einiger Abschiedsreden wird der Kongress mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Bewegung geschlossen.

Berichtigung.

In dem Bericht über die Donnerstagsführung steht, das in Holland durch die Gesetzgebung die Nachtarbeit für jugendliche Arbeiter unter 12 Jahren ab 1. Januar 1912 beseitigt wird, es muß heißen unter 17 Jahren.

Aus Industrie und Handel.

Eisen- und Montanindustrielle als Mittelstandsretter.

In der jüngsten Vollsitzung der Bochumer Handelskammer kam

ein Antrag des Kleinhandelsausschusses zur Verhandlung, dessen Behandlung Beachtung verdient. Der Antrag lautete:

Die Handelskammer möge eintreten 1. für ein Verbot an alle Beamte, sich an jedem heimlichen oder gemeinschaftlichen Warenhandel im Kleinen oder Großen zu beteiligen und 2. für eine Besteuerung der Konsumvereine nach dem Umsatz.

Die Sitzung, an der u. a. teilnahmen der Kommerzienrat Baare vom Bochumer Verein, und als Vertreter von großen Vergewerken die Vergräte Müller, Lindner und andere, beschloß:

Die Handelskammer erklärt es als dringend erforderlich, das zur Sicherung der Existenzfähigkeit eines kräftigen kaufmännischen Mittelhandels gesetzliche Maßnahmen gegen die weitere Ausbreitung der Konsumvereine und gegen die Betätigung von Beamten im Warenhandel ergriffen werden, und beschließt, bei den zuständigen Stellen in diesem Sinne vorstellig zu werden.

Was dem Beschluß keine besondere Bedeutung verleiht, ist die Tatsache, das die großen Werke, die in der Bochumer Handelskammer den Ton angeben, seit Jahrzehnten Konsumanstalten unterhalten. Und in diesen wird nicht nur an Werksangehörige, sondern an jeden kausufstigen Ware abgegeben.

Mängel des Ausnahmetarifs für Futtermittel.

Um dem durch die lange Dürre bewirkten Futtermittelmangel abzuhelfen, ist ein vom 22. August dieses Jahres bis 30. Juni kommenden Jahres geltender Ausnahmetarif erlassen worden, der für die Bahntransporte von Futtermitteln und Streumitteln, soweit diese nachweislich an Landwirte abgehen, die Tarife um 50 Proz. ermäßigt.

Die ganzen Bestimmungen dieses Ausnahmetarifes scheinen fast auf die Verhältnisse in der Großlandwirtschaft östlich der Elbe zugeschnitten zu sein. Die hier vorherrschenden großen Güter beziehen ihre Futtermittel für den Winter wagenweise von dem meist weitab wohnenden Großhändler und genießen infolgedessen die Ermäßigung des Tarifs für große Mengen, große Transportstrecken und ohne weitere Scherereien.

Ein zweiter Mangel des neuen Tarifes besteht in folgendem: Mehr und mehr kommen heute Fabrikationsabfälle, insbesondere die Abfälle aus der Zelluloseindustrie, als landwirtschaftliche Futtermittel in Aufnahme; viele hunderttausend Tonnen Zellulosemehl werden heute in der Landwirtschaft verbraucht.

dabon wiederum der Landwirt Ichten Endes den Schaden hat, ist klar, da ihm die höheren Transportkosten in die Preise inkalfuriert werden. Aber auch der Handel und die Industrie leiden naturgemäß. Und schließlich wird der gewollte Zweck des neuen Tarifes nicht erreicht!

Endlich haftet dem Tarif noch ein dritter Mangel an: Es gibt auch außer den Landwirten genug unterstützungsbedürftige Leute, die Futtermittel gebrauchen, die aber bei dem neuen Tarif in keiner Weise berücksichtigt worden sind. Man denke nur an die vielen kleinen Leute in und bei den Städten, die sich so nebenher Vieh halten, an die städtischen Fuhrleute, an Viehhändler und -mäster, Kollektreisende usw.

Alle diese Mängel des neuen Tarifes würden vermieden werden, wenn derselbe ohne weiteres allen Sendungen von Futtermitteln zuläme, welche als solche deklariert werden (und natürlich auch solche sind).

Fette Gewinne.

Die Aktiengesellschaft Phönix in Dortmund zahlte für das letzte Jahr wieder 15 Proz. Dividende. Auf den Werken sind 37 222 Arbeiter beschäftigt. Der Reingewinn beträgt 24 074 882 M.

Und die Arbeiter? Sie haben es in der übergroßen Mehrzahl auf dem Phönix noch nicht für nötig gefunden, sich in der Organisation eine feste Wehr zu schaffen.

Marktpreise von Berlin am 16. Septbr. 1911, nach Ermittlung des königlichen Viehgeprüfungsamts. Marktpreise (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00-50,00.

Witterungsübersicht vom 18. September 1911.

Table with 10 columns: Stationen, Baromet. Stand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. n. G. u. G., Stationen, Baromet. Stand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. n. G. u. G.

Wetterprognose für Dienstag, den 19. September 1911.

Stetlich kühl, vielfach wolfig bei mäßigen nordwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wer will

dass er beim Einkauf von

Möbeln



keine Basarware, sondern garantiert Ia Qualität erhält

dass er nicht übervorteilt, sondern streng solid bedient wird

dass er in Zahlungen kulant nach seinen Verhältnissen behandelt wird,

der kaufe bei

OTTO PIEHL

Möbelmagazin

Brunnenstrasse 120

Eine erstklassige Leistung!

Komplette

Einrichtung ! Schlafzimmer

schon 225 Mark an

schon 200 Mark an

Moderne Speisezimmer . . . von 400 Mark an

Möbel zu Ergänzungszwecken:

Vertikos . . . von 36 M. an

Ausziehtisch . von 17 M. an

Kleiderschränke von 36 M. an

Bettstelle 33 M. an

Spiegelspind . von 19 M. an

mit Federboden . . von 33 M. an

Sofa mit Auszug . von 54 M. an

U.S.W. U.S.W.

Kein Kredithaus trotzdem kulante Teilzahlungen!



Kronen-Suppen, Kronen-Bouillon



vereinigen in sich alle Vorzüge und sind das Ideal der Hausfrau!

Möbel

Liefert auf **Teilzahlung** bei **kleinster Anzahlung** in bekannter Güte (mit größter Rückzahl bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58.

Sie hat etwas

sehr reizvolles, die Mode von 1911-12. Entzückende, für jeden Geschmack passende Modelle enthält das reich ausgestattete **Favorit-Modenalbum** (nur 60 Pf.), **Jugend-Modenalbum** 70 Pf., **franko 80 Pf.**, bei C. Müller, Berlin, Spittelmarkt 5.

Großdestillation u. Restauration

(Bartellhof), modern eingerichtet, ca. 10 Jahre in einem Besitz, umfänglich zu günstigen Bedingungen sofort zu verkaufen. Brauerei hält. Käufer muß über ca. 5000 Barmittel verfügen. Offert. sub **C. B. 2752** an Rudolf Wisse, Berlin, Schönbauerdamm 1. 131/8

Mein schönes Fräulein Darf ich's wagen

Sie darauf aufmerksam zu machen, daß Ihr Teint entschieden besser wäre, wenn Sie **Lisoform-Toilette-Seife** gebrauchen. 127/9

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 19. Sept. 1911:
Anfang 7 1/2 Uhr.

A. Oberhaus. Der fliegende Holländer.
A. Schauspielhaus. Penthesilea.
Deutsches. Was ihr wollt.
Neues Schauspielhaus. Raifan der Weise.
Berliner Theater. Die junge Garde.
Haberland. Spezialitäten.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Tautenburg 48/49.
Roms Jubiläumjahr und seine Ausstellungen.
Kammerspiele. Landöl.
Leipzig. Glaube und Heimat.
Neues Operetten. Die schöne Helena.

Berliner. Dummelstudenten.
Königsgrätzer Straße. Orie Biefenhal.
Kleines. Der Selbstbist.
Neues. Die Mutter. Zussucht. Schöne Seelen.

Westen. Die Dame in Rot.
Komische Oper. Die feische Susanne.
Waldens. Ein Walzer von Chopin.
Editta. Polnische Wirtschaft.
Schiller. O. Der Geizige. Der eingebildete Kranke.

Schiller. Charlottenburg. Zopf und Schwert.
Friedr. Wild. Schauspielhaus. Rabale und Liebe.
Lustspielhaus. Die goldene Schüssel.
Trianon. Ihr Mißl.

Lustig. Das Wintermärchen.
Casino. Der selige Holschinsky.
Apoll. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Metropol. Die Nacht von Berlin.
Wassage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Königsgrätzer-Kasino. Spezialitäten.
Herrnfeld. Das Kind der Firma.
Neue. Schmale Behandlung.

Neue Volksbühne. Die Kunst dem Volke!
Jeden Sonntag Vorstellungen im Deutschen Theater
Kammerspielhaus
Schiller-Theater O.
Schiller-Th. Charlottenburg
Kleinen Theater*
Neuen Volks-Theater
Theater in der Königsgrätzer Str.
Metropol-Theater*
Neuen Operetten-Theater*
Trianon-Theater
Theater der Hochschule in Charlottenburg. 150/3

Folies Caprice. Die Weisheitler von Dindberg. Nr. 14.
Walhalla. Teufel, das hat eingeschlagen!
Anfang 8 1/2 Uhr.
Belle-Alliance. Heimat.
Quintess. Von Liebesabenteuer.

Schiller-Theater O. Baller-Theater.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Geizige.

Neues Theater. 8 Uhr. Gastspiel Hansi Niese:
Die Mutter. Eine Zussucht.
Schöne Seelen.

Berliner Theater. Heute 8 Uhr:
Dummelstudenten.
Theater in der Königsgrätzer Straße 8 Uhr:
Gastspiel Wiesenthal.
Theater des Westens.
8 Uhr: Die Dame in Rot.
Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:
Ein Walzertraum.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr, zum 1. Male:
Zopf und Schwert.
Lustspiel in 5 Akten von Karl Wagnow.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Geizige.
Gierauf: Der eingebildete Kranke.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zopf und Schwert.

Residenz-Theater. Anfang 8 Uhr.
Letzte Spielzeit unter Direktion Richard Alexander.
Ein Walzer von Chopin.
Schwanz in 3 Akten v. Kéroul u. Barcé.
Für die deutsche Bühne bearb. v. Volten-Büders. — Morgen u. folgende Tage:
Ein Walzer von Chopin.

Belle-Alliance-Theater. Heute bis Freitag, abends 8 1/2 Uhr: **Primat.**
Gastspiel Agnes Freund.
Sonabend, 23. 9., 1. Male: **Raja.**

Passage-Anoptikum. Das größte Schauetablisement des Kontinents.
Lebend der Mann mit der eisernen Zunge.
Ein Fakir ohne Nerven.
AGA die schwebende Jungfrau.
Alles ohne Extra-Entree.

ROSE-THEATER Große Frankfurter Str. 132.
Das Rätchen von Heilbronn.
Sämtl. Billets sind zu der heutigen und morgen stattfindenden Aufführung bereits vergriffen. Donnerstag: **Das Rätchen von Heilbronn.**

Luisen-Theater. Abends 8 Uhr:
Das Wintermärchen.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Roms Jubiläumjahr und seine Ausstellungen.
Das Programm der Hörsaalvorträge im 4. Qu. 1911 ist erschienen und kostenlos erhältlich.

ZOO-LOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mark
Von abends 6 Uhr ab 50 Pf.

Neue Volksbühne

Die Kunst dem Volke!
Jeden Sonntag Vorstellungen im Deutschen Theater
Kammerspielhaus
Schiller-Theater O.
Schiller-Th. Charlottenburg
Kleinen Theater*
Neuen Volks-Theater
Theater in der Königsgrätzer Str.
Metropol-Theater*
Neuen Operetten-Theater*
Trianon-Theater
Theater der Hochschule in Charlottenburg. 150/3

Konzerte, Kunst- und Lese-Abende
Gesellige Veranstaltungen
Gesellschaftsreisen.
Eintrittsgeld 1 Mark.
Jede Vorstellung 1 Mark
(in den mit * bezeichneten Theatern 1,20 Mark).

Man verlange Prospekte, die in den Zahlstellen des Vereins, in den Warenhäusern Tietz, Alexander-Platz, Frankfurter Allee, Leipziger Straße (an der Theaterkasse) und in der Geschäftsstelle des Vereins: Köpenicker Str. 68 unentgeltlich zu haben sind.
Telephonische Anskunft Amt IV 10292, 11138.

Metropol-Theater.

Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Jul. Freund. Musik von H. Holländer. In Szene gesetzt vom Dir. R. Equity.
Wiederauftreten v. Joseph Josephi. Joseph Giampietro. G. Thielscher. Will Bishop. Viktor Norbert. Dehlt von Else Kupfer.
Madge Lessing. Gussy Holl a. D. Lori Leux a. D. Ly Winter etc.
Anfang 8 Uhr. — Reudien gestattet.

Rabale und Liebe.
Belle-Alliance-Theater. Heute bis Freitag, abends 8 1/2 Uhr: **Primat.**
Gastspiel Agnes Freund.
Sonabend, 23. 9., 1. Male: **Raja.**

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger
Meysel, Britton, Seidel, Horst, Schröter, Schubert
Gröning A. u. R. Schrader.
Anfang wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

CLOU
Berliner Konzerthaus
Mauerstraße 82 x Zimmerstraße 90/91.
!!! Heute !!!
Großes Doppel-Konzert!
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen nachmittags:
Großes Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

Kleinhaus-Ausstellung
der Gemeinnützigen Baugenossenschaft Gartenvorstadt Groß-Berlin
Klosterstr. 72/73, im Hause der Ortskrankenkasse der Kaufleute.
Täglich 4-9 Uhr, Eintritt frei.
Bei angemeldetem Gruppenbesuch (Gewerkschaften, Vereine oder Werkstätten) besondere Führung. 664b

SPORTPALAST
Potsdamer Str. 72
Allabendlich
Hurrah! Parade! Sport-Attraktionen
Grosse militärische Revue in 6 Bildern
Soloakrob. und -Läuferpaar
Schneelaut - Konkurrenz
Hockey - Spiele usw. usw.

2 Musikkapellen. Feenhafte Beleuchtung.
Größter Eispalast der Welt

Concordia-Festsäle Andreasstr. 64
Inhaber M. Wendt und A. Schütze.
Donnerstag, den 21. September 1911:
Eröffnungs-Soiree
der allgemein bekannten und beliebten **Hoffmanns Sänger**
Dir. Fr. Panther
mit vollständigem neuem Programm.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf., Vorkonzerte 15 Pf.
Nach der Soiree: **Frei-Tanz.**
Diese Soireen finden jeden Donnerstag und Sonntag statt.

Apollo Theater
10 große Novitäten, u. a.
Die G'schamige.
Ein Dialog nach dem bekannten Bild von F. v. Reznicek.
Moabiter Wintergarten
Artus-Hof
Perleberger Str. 26, Ständaler Str. 18
Direktion: Karl Pirnau.
6 Radrennen auf der Bühne.
Clown Jansly mit seiner Tierfamilie.
M. Wiegmanns beste Seilkünstler der Welt.
Theater - Spezialitäten.

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
Geöffnet v. 10 Uhr vorm. Nachmittag:
Kunstlaufproduktionen, u. a.:
Apachentänze.
Eis-Scholar-Konzert.
Allabendlich:
Das prunkvolle Eisballett **Montreal**
Die Stadt auf Schlittschuhen.
Neu: **Push-Ball-Spiel**
Exquisite Restauration bis 1 Uhr nachts.
Bis 7 Uhr u. von 10 1/2 Uhr abds.: halbe Kassenpreise.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger
Meysel, Britton, Seidel, Horst, Schröter, Schubert
Gröning A. u. R. Schrader.
Anfang wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Zirkus Busch
Heute abend 8 Uhr:
Große Galavorstellung.
Die letzte Attraktion aus **Karl Hagenbecks** berühmter Tierpark Stellungen:
Die beiden Schimpansen "Max und Moritz". (Nur kurzes Gastspiel.)
Paul Conchas' „Aero Star“ (s. 1. Male auf dem Kontinent).
Die 4 Original Perez!
Ferner sämtliche für Berlin neuen Attraktionen.
Achtung! Vom Sonnabend ab beginnt die Vorst. tägl. 7 1/2 U., Sonntag nachmittags 3 1/2 U.

Union-Theater
Direktion: Willy Cremer.
Moritzplatz
Asta Nielsen
die „Duse der Kino-Kunst“, feierte nach dem einstimmigen Urteil der Presse und Publikum in der grandiosen Film-Novität:
„Im großen Augenblick!“
Tragödie in 3 Akten, verfaßt und inszeniert für die Berliner „Union-Theater“, einen unbeschreiblichen **Triumph**, wie ihn bisher ein Lichtspiel-Theater noch nie zu verzeichnen hatte.
Anf. d. Vorstell. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Alexanderplatz
und
Unt. d. Linden 21
Die Sensation der Woche!

Herrnfeld Theater
Noch nie dagewesener **Lacherfolg!**
Das Kind der Firma
mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen. Vorher:
Schmerzlose Behandlung
Anfang 8 Uhr.
Vorberf. 11-2 Uhr (Theaterkasse).

Casino-Theater
Lothringers Str. 37. Täglich 8 Uhr
Allabendlich der neue Berliner **Possen-Schlager**
Der selige Holschinsky.
Sonntag 3 1/2 Uhr: **Papa Ritsche.**
Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Die Weisheitler v. Dindberg
Gunter Solotell.
Nr. 14.

Union-Theater
Direktion: Willy Cremer.
Moritzplatz
Asta Nielsen
die „Duse der Kino-Kunst“, feierte nach dem einstimmigen Urteil der Presse und Publikum in der grandiosen Film-Novität:
„Im großen Augenblick!“
Tragödie in 3 Akten, verfaßt und inszeniert für die Berliner „Union-Theater“, einen unbeschreiblichen **Triumph**, wie ihn bisher ein Lichtspiel-Theater noch nie zu verzeichnen hatte.
Anf. d. Vorstell. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Alexanderplatz
und
Unt. d. Linden 21
Die Sensation der Woche!

Casino-Theater
Lothringers Str. 37. Täglich 8 Uhr
Allabendlich der neue Berliner **Possen-Schlager**
Der selige Holschinsky.
Sonntag 3 1/2 Uhr: **Papa Ritsche.**
Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Die Weisheitler v. Dindberg
Gunter Solotell.
Nr. 14.

Casino-Theater
Lothringers Str. 37. Täglich 8 Uhr
Allabendlich der neue Berliner **Possen-Schlager**
Der selige Holschinsky.
Sonntag 3 1/2 Uhr: **Papa Ritsche.**
Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Die Weisheitler v. Dindberg
Gunter Solotell.
Nr. 14.

Zirkus A. Schumann.
Dienstag, den 19. September 1911, abends 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung.
Wiederholung des Eröffnungs-Programms und 4. Aufführung des Manegeschustücks:
1000 JAHRE
auf dem **MEERESGRUND**
Nach Motiven aus 1001 Nacht in 5 Bildern. Entworfen und inszeniert vom Kommissionsrat Direktor A. Schumann.

Luna-Park.
Sensationelle Attraktionen.
Kairo, Johnstowns Untergang u. v. a.
Eintrittspreis bis 6 Uhr **30 Pf.**, nach 6 Uhr **50 Pf.**
Kinder bis 10 Jahren haben in Begleitung Erwachsener freien Eintritt.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Ihr Alibi.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Marietta Oily (Kleines Theater)
Guido Herzfeld (Deutsches Theater) in ihrem Sketch
„In einer Nacht!“
Soma Balogh d. Sängerin, d. doppel. Kehle und das große **Variété-Programm.**

Voigt-Theater
Heute: **Gastspiel im Moabiter Winter-Garten, früher Artushof, Perleberger Str. 26.**
Der Prozeßhauff.
Goldstückspiel mit Ges. in 4 Akten v. Ludwig Ganghofer u. Hans Reuerl.
Anfang 8 1/2 Uhr. — Kasseneröffnung 7 Uhr.

Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Berlin N., Brunnenstraße 16.
Der Mann im Monde.
Vollst. mit Ges. in 3 Akten v. Jacobson.
Anf. 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. bis 1 Pf. Ehren- und Vorkonzerte gültig!
Morgen 8. Letz. Male: **Bete u. arbeite.**

Volks-Theater.
Rixdorf, Hermannstr. 20.
Sonntag, 24. 9.: **Der Stadtrampeter.** Gesangsrevue in 4 Akten von Mannsbauch. Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag, 25. 9.: **Die Wohlthäter der Menschheit.** Schauspiel in 3 Akten von Philipp. Anfang 8 1/2 Uhr.

Volksgarten-Theater.
Säle für Vereine und Gesellschaften noch einige Sonnabende frei bei kulantem Bedingungen.

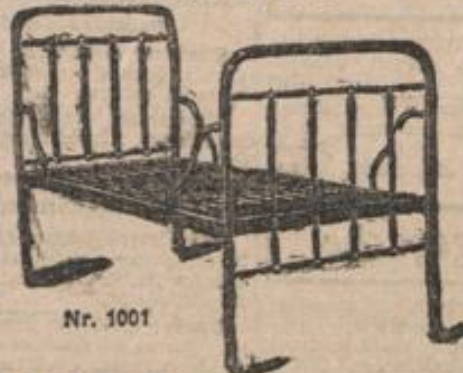
Königsstadt-Kasino.
Folgerstraße 72, Ecke Alexanderstr.
Täglich:
Zu lauschiger Nacht.
Bühnenstücke mit Gesang in 1 Akt.
Nants Pohlmann. Monny Selms.
Mini Neumann. Rudolf. Präclosa.
Der weiß. „Scherlock Holmes“.
Anf. wochent. 8. Sonntags 6 Uhr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

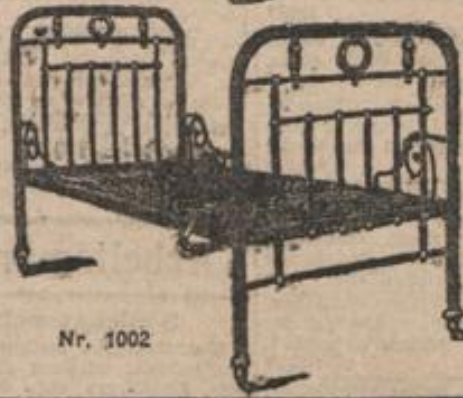
Bettfedern - I Gustav Lustig

Fabrik mit elektrischem Betriebe

BERLIN S
Prinzen-Str. 46 u. 47



Nr. 1001



Nr. 1002

Bettstelle

mit Zugfeder-Matratze,
schwarz od. weiss
lackiert,
190 x 80 cm

13 M.

Bettstelle

mit Zugfeder-Matratze,
schwarz oder weiss
lackiert, Ringe, Trillen
im Kopf- und Fussende
von Messing,
Pfosten 33mm
stark,
190 x 90 cm

26 M.

Bettfedern

zu 55 Pf. 1- 125 150 175 2- 225
250 3- 350 bis 6- per Pfund

Daunen zu 285 350 450
5- 650 bis 9- M.

Fertige Betten

bestehend aus Oberbett, Unterbett, 2 Kissen zu
12- 15- 20- 23⁵⁰ 28⁵⁰ 32⁵⁰ 39-
46- 55- 63- 77- 90- 105-

Monopoldaunen 2⁸⁵

beste Bettenfüllung (3-4 Pfd. zum Oberbett) Pfd.



Metall-Bettstelle

ca. 80 x 185 cm
mit Doppel-Spiral-
boden, bronziert

M. 6⁵⁰



Bettstelle

Nr. 92

mit Zugfeder-Matratze
Pfosten 26 cm stark
mit Messing-Ver-
zierungen im Kopf-
u. Fussende, schwarz
oder weiss lackiert.

190 x 80

19 M.

100 x 90

20⁵⁰ M.



Hochelegante

Messing-Bettstelle

Nr. 631

m. Zugfeder-Matratze
in Holzrahmen
195 x 90 cm

52 M.

200 x 100 cm

55 M.

Die Ausnahmepreise für Bettstellen nur gegen Vorzeigung des Inserats.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Schullokale: Grenadierstr. 37, Hof geradezu I.

Lehrplan für das IV. Quartal 1911.

Sonntag: Deutschland und der Weltmarkt.

Die wirtschaftliche Entwicklung Zentraleuropas bis zur kapitalistischen Weltwirtschaft. — Die Technik des Weltverkehrs. Börse, Eisenbahnen, Post, Telegraphie, Seeschifffahrt, Luftschifffahrt. — Die internationalen Handelsbilanzen. — Deutschlands Entwicklung vom Agrarstaat zum Industriestaat. — Die Zölle und Handelsverträge. — Das Bevölkerungsproblem. — Weltwirtschaft und Weltpolitik.

Vortragender: Max Grunwald.

Sonntag: Rednerschule (mündliche und schriftliche Agitationsübungen).

Der Ausdruck in Wort und Schrift. — Die Technik und Disposition der Rede und des schriftlichen Berichts. — Praktische Übungen über bestimmte Fragen aktueller Wirtschaftspolitik.

Vortragender: Max Grunwald.

Montag: Praktische Sozialpolitik (unter besonderer Berücksichtigung der neueren sozialpolitischen Gesetze und Gesetzentwürfe und ihrer Verhandlungen im Reichstage).

Die Entwicklung der Industrie und die Sozialpolitik in Deutschland. — Die Unfallversicherung nach der R.-V.-O. — Die Krankenversicherung nach der R.-V.-O. — Die Invalidenversicherung nach der R.-V.-O. — Die staatliche Witwen- und Waisenversicherung. — Die Arbeiterschutzgesetzgebung. — Das Hausarbeitsgesetz. — Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. — Das Stellenvermittlungsgesetz. — Staatliche und kommunale Arbeitslosenversicherung. — Die gesetzliche Vertretung der Arbeiter Deutschlands (Arbeiterkammern — Arbeitskammern).

Vortragender: Georg Schmidt.

Mittwoch: Die Theorien und Programme der bürgerlichen Parteien in Deutschland.

Der Gegensatz zwischen konservativ und liberal. Die Klasseninteressen der Konservativen, ihre theoretische Begründung und ihre praktische Vertretung. — Die verschiedenen liberalen Parteien, ihre Grundanschauungen und Programme und deren Zusammenhang mit den von ihnen vertretenen Klasseninteressen. — Die Nationalliberalen. Das Zentrum. Die gegenwärtige Situation. Vergleich der drei „Weltanschauungen“: konservativ, liberal, sozialistisch.

Vortragender: Julian Borchardt.

Freitag: Sozialpolitik und Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften und die Reichstagswahlen. — Sozialpolitische Aufgaben des Staates und der Gemeinden. — Die Sozialpolitik der deutschen Gewerkschaften. — Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsnachweis. — Arbeiterschutz und Arbeitsversicherung. — Die Volksfürsorge der deutschen Gewerkschaften. — Lohnkampf und Tarifvertrag. — Das Koalitionsrecht und der Strafgesetzesentwurf.

Vortragender: Emil Dittmer.

Sonabend: Die deutsche Geschichte der letzten zwanzig Jahre.

Rückblick auf die deutsche Politik seit 1870/71. — Der Sturz Bismarcks. Der Fall des Sozialistengesetzes. — Der „neue Kurs“ (Aera Caprivi). — Die Aera Hohenlohe. — Das persönliche Regiment. — Beginn der weltpolitischen Aera. Bülow's Anfänge. — Der Kampf um die Agrarzölle. — Die Periode der Blockpolitik. — Bülow's Sturz. — Die Steuerkämpfe. — Arbeiterschutz- und Arbeiterertrutzgesetzgebung in den letzten zwanzig Jahren. — Die Verfassungskämpfe im Reich und in den Einzelstaaten. — Die beginnende Aera der Massenkämpfe. — Die deutsche Weltpolitik und der Imperialismus.

Vortragender: Konrad Hänisch.

Der Unterricht beginnt in Deutschland und der Weltmarkt und Rednerschule: Sonntag, den 24. September; in Praktischer Sozialpolitik: Montag, den 25. September; in Theorien und Programme der Parteien: Mittwoch, den 27. September; in Sozialpolitik und Gewerkschaften: Freitag, den 29. September; in Deutscher Geschichte: Sonabend, den 30. September.

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 8^{1/2} Uhr und endet pünktlich um 10 Uhr. Der Sonntagskursus in Deutschland und der Weltmarkt beginnt pünktlich um 10 Uhr und endet pünktlich um 12 Uhr. Der Sonntagskursus in Rednerschule beginnt um 12 Uhr und endet pünktlich um 1/2 2 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an den Abenden von 7^{1/2}—8^{1/2} Uhr geöffnet. Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach pro Kursus 1 Mark und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen. Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt bei Beginn jedes Kursus im Schullokal Grenadierstraße 37, Hof geradezu I Treppe, und in nachstehenden Zahlstellen: Gottfr. Schulz, Admiralstr. 40a; Reul, Barnimstr. 42; Vogel, Lortzingstr. 37; W. Kaczorowski, Ravenstr. 6; Horsch, Engelstr. 15.

Alle Zuschriften an den Vorsitzenden Hermann Lammé, Lichtenberg-Berlin, Rittergutsstr. 25 I, Geldsendungen an den Kassierer H. Königs, Berlin S. 59, Hasenbeide 56, Der Vorstand.

Reik

Reik - Rabattmarken

sind sehr wertvoll. Jede 20 Pf.-Rabattmarke hat einen Wert von 2 Pfennig.

5 Mark in bar

erhalten Sie, wenn Sie eine vollgeklebte Reik - Rabattkarte in einem Reik-Laden vorzeigen!

Reik

Zu einer vollgeklebten Reik-Rabattkarte gehören 250 Reik-Rabattmarken zu 20 Pf. Wenn Sie also für circa 50 Mark in den Reik-Läden eingekauft haben, erhalten Sie 5 Mark Rabatt zurückgezahlt!

Große Firma vergibt Teppiche, Gardinen, Stores, Steppdecken, Portieren

auf Teilzahlung ohne Anzahlung. Keine Kautions. Gläubiger S. 100, „Vorwärts“-Expedition, Auguststr. 50.

Stoffe

Damentuche, Kammgarne, Cheviot für Paletots, Kostüme etc. 2.50, 3.50 etc. Zuchlinger Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20-21, vis-à-vis der Petrifabrik.

Sophien-Säle Sophienstraße 17/18

Empfehle den werten Gewerkschaften und Vereinen meine Säle von 50 bis 1500 Personen lassend, zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art zu den kulantesten Bedingungen. noch einige Sonabendende im November u. Dezember zu vergeben. Johann Heldrich, Galtwitz.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik. Rauch-, Kan-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten. Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen. Sämtliche bekannten Marken Zigaretten zu Originalpreisen. Amt 4, 3014.

Reste

Damentuche schwarz und farbig
per Meter von 3 Mark an
Kostümfabrik neue engl. Muster
per Meter von 2 Mark an
Seidenplisch Vel du Nord
80 cm breit
per Meter . . . 4 Mark
Engl. Seal 120 cm breit
per Meter . . . 10 Mark
Astrachan 120-130 cm breit
per Meter . . . 5 Mark
Samt und Seide etc. etc.
zu sehr billigen Preisen.

C. Pelz, Kottbuser Straße 5.

Ich kaufe „Vorwärts“ und „Freipiger Volkszeitung“, alle erschienenen Nummern von Beginn an, ferner alle Soz.-Rangsch.-Zeitschriften.
Buchhandlung Streiland, Berlin, Augustburger Str. 38.

Syphilis-Nachweis

in allen trisch u. veraltet zweifelhafte. Fall durch wissenschaftl. Untersuchung sofort; bezgl. Darn- (bes. auf Gonorrhoe-Näben) u. Sputum-Analysen. Dr. Homeyer & Co., Spezial-Laborat., Friedrichstr. 189, am Kronen- und Rohrenstrasse, I. 8724. Verh. Hältgr. hist. u. feinst. Geöffnet von 8-3 Sonntag von 12-1.

Los nur 1/2 Mark!

Ziehung am 21. Sept. 1911

Schneidemühlener Automobil- und Pferde-Lotterie

8103 Gewinne i. Werte v. Mark

100000

Hauptgew. 1 Automobil i. W. v. M.

15000

10000

5000

3000

2000

4 komplett bespannte vier-, zwei- und dreiwägelige Equipagen im W. v. M.

11 Lose aus verschied. Tausenden

Los à 50 Pf.

Porto u. Liste 25 Pf. extra durch das General-Debit

H. C. Krüger

Berlin W. 8, Friedrichstr. 193a

sowie alle durch Plakate kenntlich. Verkaufsstell.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Die Versammlung der ersten Gruppe findet erst heute Dienstag, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Wollfstr. 3, statt.

Johannisthal. Donnerstag, den 21. September, abends 8 1/2 Uhr, in Senfbleichens Festhale: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: „Hungersnot und Kriegsgefahr.“ Referent: Genosse Ldo. Zu diesem Zweck heute Dienstag, abends 8 Uhr: Handzettelverbreitung.

Hohen-Neuendorf. Infolge der Schwierigkeiten, die die Behörden bei der Wiederaufstellung des Denksteins für unseren erschossenen Genossen Adolf Herrmann machen, wird die geplante Gedenkfeier nicht am Sonntag, den 24. September, sondern später stattfinden. Der genaue Termin wird an dieser Stelle rechtzeitig bekannt gegeben.

Teltow. Am Mittwoch, den 20. d. M., abends 8 Uhr, im Lokale des Genossen B. Bonow: Regelmäßige Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag.

Berliner Nachrichten.

Umzugsregeln.

Die Berliner Wohnungsumzüge haben infolge ausgiebiger Bautätigkeit während der letzten Jahre zahlenmäßig immer mehr zugenommen. Nachstehend sei darauf hingewiesen, was der Umziehende in seinem eigenen Interesse und zur Erleichterung für andere Beteiligten mit geringer Mühe ganz besonders beachten soll. Vor allem ist es nötig, denjenigen Personen, mit welchen man in regelmäßigem geschäftlichem Verkehr steht, rechtzeitig von der Wohnungsänderung Kenntnis zu geben, also nicht erst nach dem Umzug, sondern schon ein paar Wochen vorher. Hier kommen hauptsächlich in Betracht der Briefträger, der Zeitungsbote, die Gasinspektion, die Direktion der Feuerversicherung. Das zuständige bisherige Postamt benachrichtigt man am besten durch vorgedruckte Zettel, die in jedem postalisches Schalterraum zur freien Benutzung aushängen und dort nach sachgemäher Ausfüllung einfach in den Briefkasten zu werfen sind. Dann tritt keine längere Unterbrechung in der Bestellung ein, das heißt es gehen die noch nach der alten Adresse gerichteten Postsendungen direkt vom Postamt nach der neuen Wohnung. Ebenso soll man wegen der Verlegung von Gasanschlüssen schon mindestens eine Woche vor dem Umzug die zuständigen Amtsstellen benachrichtigen, weil sich sonst hier in wenigen Tagen alles zusammenhängt. Wer rechtzeitig den Umzug anmeldet, hat auch die erste Anwartschaft auf schnellste Erledigung. Bricht nach dem Umzug in der neuen Wohnung Feuer aus, und der Wohnungswechsel ist der Feuerversicherung noch nicht gemeldet, so kann man, wenn die Gesellschaft sich streng nach dem Buchstaben des Vertrages richtet, jeder Entschädigung verlustig gehen. Wer größeren Umzugsfuhrwerk braucht, soll nicht bloß den Umzugspreis, vielmehr auch die Höhe des Trinkgeldes für die „Fiehnmänner“ vereinbaren, am besten in Gegenwart von Zeugen. Streitigkeiten werden dann vermieden. Vorteilhaft ist es, möglichst bald mit dem Inhaber der zu beziehenden Wohnung Fühlung zu nehmen, wann die Wohnung frei wird. In dieser Beziehung kann man sich durch Entgegenkommen auf beiden Seiten die Unannehmlichkeiten des Umzuges bedeutend erleichtern. Wo der Umzug an beiden Stellen gleichzeitig stattfindet, soll man wenigstens einen kleinen Raum frei machen und denselben der anderen Partei rücksichtsvoll zur Verfügung stellen. Es ist kein Vergnügen, womöglich bei schlechtem Wetter stundenlang mit der Wohnungseinrichtung auf dem Pflaster liegen bleiben zu müssen. Und dann bloß nicht so vielen unnützen Krempel mitnehmen! Der Umzug bietet die beste Gelegenheit, sich allen zwecklosen Kram, der so massenhaft auf dem Boden, im Keller und in der Wohnung selbst aufgestapelt wird, zu entledigen. Eine alte Unsitte ist es, kurz vor dem Umzuge die zahlreichen Nägel und Haken an den Wänden ohne Schonung wild herauszureißen und dabei große Löcher zu brechen. Auch das kann doch mit der nötigen Rücksicht auf den Einziehenden geschehen. Denn bekanntlich ist nicht jeder Hauswirt geneigt, sofort nach dem Einzug neu tapezieren zu lassen. Ueberhaupt steht es ja im Mietsvertrag, beim Auszuge dem Vort die Wohnung so zu übergeben, wie man sie erhalten hat. Wer also erheblichere Veränderungen am Mauerwerk und im Holz vornahm, ist verpflichtet, den ehemaligen Zustand wiederherzustellen. Endlich vergesse man nicht, die alte Wohnung einigermaßen reinlich zu übergeben, damit man nicht als Schmutzfiel verschrien wird, und sofort nach dem Bezug der neuen Wohnung das Namensschild anbringen. Post- und Zeitungsboten finden sich dann ohne langes Suchen und Nachfragen zurecht. Dem Zeitungsspediteur gebe man genau die neue Adresse an, ob Vorderhaus, Hinterhaus, Seiten-, Quergebäude, und wieviel Treppen, ob rechts oder links. Unsere Wahlvereinsmitglieder wollen nicht vergessen, beim Bezirksführer die Abmeldung unter Angabe der neuen Wohnung zu besorgen.

Russische Trinkgelder für das Polizeikopfschloß sind wieder mal am Alexanderplatz eingetroffen. Ein neuer Beweis, wie das deutsch-russische Polizeiverbrüderungsgeheiß blüht. Es erhielten Rechnungsrat Ahrott vom Zentralbureau und Kriminalinspektor v. Tressow den Stamblaussorden dritter Güte, ferner Kriminalwachmeister Klante, die Kriminalschubmänner Paul Schulz, König und Schramm die goldene oder silberne russische Verdienstmedaille in kleinem oder großem Format. Das Verdienst wird also auch in Russland mit der Elle gemessen. Worin es besteht, bleibt wohlweislich ungesagt. Vielleicht hängt es mit dem vielerörterten Selbstmord eines harmlosen russischen Studenten an der Berliner Universität oder mit ähnlichen Liebesdiensten für die Schergen des blutigen Nikolaus zusammen.

Abwendung von den Friedhöfen der Kirche.

Die Gemeindefriedhöfe der Stadt Berlin sind längst keine bloßen „Armenfriedhöfe“ mehr. Immer weiter haben hier in neuerer Zeit auch diejenigen Beerdigungen sich gemehrt, für die die Hinterbliebenen zahlen. Es erklärt sich das, wie wir schon öfter dargelegt haben, aus der in weiten Kreisen der Bevölkerung immer mehr wachsenden Abneigung gegen die Kirche und ihre Friedhöfe. Besonders in dem Verwaltungsjahr 1910 (1. April 1910 bis 31. März 1911), aus dem jetzt der Jahresbericht des Bestattungsamtes vorliegt, ist auf den Friedhöfen der Stadt-

gemeinde die Zunahme der bezahlten Beerdigungen sehr groß gewesen.

Von den vier Gemeindefriedhöfen, die für Berlin jetzt vorhanden sind, kommt der vierte, bei Buch-Narow im Entstehen begriffene Friedhof einstweilen noch nicht in Betracht. Absehen wollen wir auch von dem Gemeindefriedhof in der Gerichtstraße, ebenso von dem in der Müllerstraße, obwohl auf diesem im vorletzten Jahr 775, im letzten Jahr 838 Leichen gegen Bezahlung beigelegt worden sind. Armenleichen werden ja auf den beiden letztgenannten Friedhöfen schon lange nicht mehr beerdigt, so daß man schon deshalb hier nicht mehr von „Armenfriedhöfen“ reden könnte. Am meisten interessiert der große Gemeindefriedhof Berlins, der bei Friedrichsfelde liegt. Nur auf ihm sind in neuerer Zeit noch Armenleichen beerdigt worden, daneben aber hat hier die Zahl der auf Wahlstellen und in Reihengräbern beigelegten Leichen, für die die Hinterbliebenen zahlen, sich immer weiter gemehrt.

Im letzten Jahr wurden auf diesem Friedhof 5644 Leichen beerdigt, davon auf Kosten der Stadt 3544 Leichen (1500 Erwachsene, 2044 Kinder), außerdem von 668 Anatomieleichen die eingesicherten Reste, ferner auf Kosten der Hinterbliebenen 1434 Leichen (1160 Erwachsene, 268 Kinder). Die Beerdigungen auf Kosten der Stadt haben gegenüber dem Vorjahr, wo noch 4377 Armenleichen (1855 Erwachsene, 2522 Kinder) beerdigt wurden, sich gemindert. Das wird zum Teil aus dem allgemeinen Rückgang der Sterblichkeit, der in Berlin besonders in 1910 sehr erheblich war, erklärt werden müssen. Um so mehr fällt es in die Zahl der bezahlten Beerdigungen, die für das vorletzte Jahr erst 1205 betrug (950 Erwachsene, 255 Kinder), für das letzte Jahr sich auf 1434 gestellt hat. In den letzten sechs Jahren wurden 718, 866, 985, 1198, 1205, 1434 Leichen gegen Bezahlung bestattet, also in 1910 fast genau doppelt so viel wie in 1905.

Den Kirchgemeinden ist diese Abwendung von ihren Friedhöfen sehr unangenehm. Sie trifft sie da, wo auch sie empfindlich sind, nämlich am Geldbeutel. Friedhöfe sind für die meisten Kirchgemeinden eine Einnahmequelle, die sie nicht entbehren können.

Ein Weltkongress der Hotelbesitzer soll vom 16. bis 20. Oktober in Berlin abgehalten werden. Als Verhandlungsgegenstände sind vorgesehen die Schaffung einer internationalen Hotelordnung, Gastpflicht der Hoteliers, das Schmiergeldverwesen und anderes mehr. Weit reichhaltiger ist aber das Vergnügungsprogramm: Eröffnung am 16. mittags, im Abgeordnetenhaus, abends großer Empfangsabend im Zoologischen Garten. Am zweiten Tage großes Eisfest für die Damen; für die Herren Empfang und Souper durch die Stadt Berlin im Rathaus; Die weiteren Tage wechseln ab mit Tee in den Hotels Adlon, Bristol und Kaiserhof, Vorstellung im Metropol-Theater, Festbankett und Ball im Zoologischen Garten, Ausflügen nach Potsdam usw. Der Preis der Festkarte ist auf 50 M. pro Person festgelegt.

Man sieht, die Herren Hoteliers verstehen zu leben. Und sie haben's auch dazu, der zu Ende gehende Sommer hats ihnen reichlich eingebracht. Wir mißgönnen den Herren das Vergnügen nicht; aber sicher ist, die Entfaltung solchen Pompes fricht doch gar zu sehr ab von den bekannten traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen der gastwirtschaftlichen Angestellten.

Wenn man seine alte Mutter zum Eisenbahnwagen begleitet. Aus einem eigenartigen Anlaß sind kürzlich auf dem Stettiner Bahnhof zwei Personen vom Bahnhofsvorsteher angehalten worden unter der Beschuldigung, eine Vorschrift der Eisenbahnverkehrsordnung übertreten und dadurch sich strafbar gemacht zu haben.

Von einem in Pommern gelegenen Ort waren ein paar alte Frauen zusammen nach Berlin und von hier weiter nach einem Ortort gefahren, um ihre verheirateten Söhne zu besuchen. Als die beiden Mütter gemeinsam wieder heimfahren wollten, hielten die Söhne es selbstverständlich für ihre Pflicht, sie bis Berlin zu begleiten und auf dem Stettiner Bahnhof ihnen für die Weiterreise bei der Unterbringung ihres Gepäcks im Eisenbahnwagen behilflich zu sein. Die eine der Frauen ist 63 Jahre alt, die andere soll bereits 65 Jahre auf dem Rücken haben — da ist es begreiflich, daß beide schon wegen ihres Alters einer Hilfe bedürften. Die Söhne nahmen zwei Bahnsteigkarten, führten die Mütter zu einem Wagen der 4. Klasse und schafften ihnen das Gepäck hinein, einen Koffer und einen Korb, die nötigenfalls auch als Sitzgelegenheit dienen sollten. Uns wird berichtet, daß die Söhne nicht länger im Wagen verweilen als nötig war, um für das Gepäck eine den Müttern bequeme Stelle auszufinden und sich dann von ihnen zu verabschieden. Als sie den Wagen verließen und auf eine Frage des Schaffners erklärten, daß sie nicht mitfahren wollten, wurden sie angehalten. Man nahm ihnen ihre Bahnsteigkarte ab und nachdem sie bis zur Abfertigung des Zuges auf dem Bahnsteig hatten warten müssen, stellte der Vorsteher ihre Personalien fest. Da sie keine Legitimationen bei sich hatten, so wurde ein Schuhmann herbeigerufen, der sie nach der Bahnpolizeiwache führte.

Die meisten unserer Leser werden verwundert fragen, wo denn da der Verstoß gegen die Eisenbahnverkehrsordnung stecken soll. Das fragten auch die Stützler; worauf der Vorsteher ihnen antwortete, sie seien ohne Fahrkarte in den Wagen eingestiegen, das koste 6 M. Seine Meinung, daß die beiden sich strafbar gemacht hätten, stützt sich offenbar auf einen Paragraphen, der so lautet: „Wer ohne die Absicht mitzufahren in einem zur Abfahrt bereitstehenden Zuge Platz nimmt, hat 6 M. zu entrichten.“ Dieses Verbot nebst Strafandrohung ist leider nötig gegenüber dem von pfliffigen Leuten angewandten Kniff, im Eisenbahnwagen sich ohne Fahrkarte neben ihren reisefertigen Angehörigen niederzulassen, um dadurch andere Reisende vom Einsteigen abzuhalten. Es ist an sich nichts dagegen einzuwenden, daß solchen Unfug streng entgegengetreten wird. Einrichtungen, die dem Allgemeininteresse dienen sollen, dürfen nicht von einem einzelnen zum Schaden anderer so in Anspruch genommen werden, wie man sie ihm allein gehörten. Doch die Strafandrohung wollte eben nur diesen Unfug verhindern, schwerlich aber jedes Betreten eines Eisenbahnwagens, das etwa nötig würde, um einem Angehörigen bei der Unterbringung seines Gepäcks behilflich zu sein. Das geht deutlich genug hervor aus der Begründung, die dem Entwurf des Gesetzes über die Eisenbahnverkehrsordnung seinerzeit beigegeben wurde. Darin wurde ausgeführt, es handle sich um Personen, die Reisende oder Beamte über die Befehung des Abteils käuschen wollen, um ihren Angehörigen eine bequeme Fahrt zu sichern. Ein solcher Fall liegt hier, wie uns auf das Bestimmteste versichert wird und auch aus den Umständen ohne weiteres klar ist, nicht vor. Die beiden Söhne, die ihren alten Müttern das Gepäck in den Eisenbahnwagen schafften, haben in ihm keinen bestimmten Platz eingenommen und haben ihn auch nicht zu dem Zweck betreten, irgendwem über die Befehung des Wagens zu täuschen und dadurch andere vom Einsteigen abzuhalten. Wer so etwas beabsichtigt, der kann wohl auf Erfolg rechnen, wenn er in den kleinen Abteilen der 2. oder der 2. über gar der 1. Klasse sich breit macht, nicht aber in den großen, stahlhähnlichen Abteilen der 4. Klasse. Das von uns geschilderte Vorkommnis lehrt aber, daß man für einen Liebes-

dienst alle möglichen Unannehmlichkeiten haben kann, wenn ein Beamter dem Verbot die weiteste Auslegung geben zu sollen meint.

Weshalb wir diese Angelegenheit hier öffentlich besprechen? Wir wünschen, unsere Leser zu warnen vor Uebertretung des seit langem bestehenden Verbotes, das noch immer sehr wenig bekannt zu sein scheint. Wir halten es auch für unsere Pflicht, ihnen zu zeigen, wie weit in der Auslegung jenes Paragraphen manchmal der Uebereifer eines Beamten gehen kann. Der Paragraph soll ein Schutz für die Reisenden sein, so aber wird er für sie oder ihre Angehörigen zu einer Belästigung. Und er wirkt als Ausnahmebestimmung zum Schaden der Unannehmlichkeiten, bei denen es nicht dazu langt, alten und schwächlichen Leuten ihr Gepäck durch einen amüslichen Gepäckschlepper in den Wagen hineinschaffen zu lassen. Zu der Rigorosität, mit der in dem geschilderten Fall vorgegangen worden ist, paßt schlecht die Sorglosigkeit, mit der man die Reisenden ihrer Unkenntnis des Verbotes überläßt. In dem Auszug aus der Verkehrsordnung, der auf Bahnhöfen aushängt, haben wir nichts darüber zu finden vermerkt. Die beiden Männer, die auf dem Stettiner Bahnhof sistiert wurden, mußten sich dahin nichts von dem Verbot. Aber auch wenn sie davon gewußt hätten, wäre ihnen nie in den Sinn gekommen, daß sie sich schon strafbar machen könnten durch die Hilfe, die sie pflichtgemäß ihren alten Müttern leisteten. Auf der Bahnpolizeiwache sagte ihnen ein Polizeibeamter ganz offen, daß er selber in gleicher Lage daselbe wie sie getan hätte, ohne es für strafbar zu halten.

Die Eisenbahnbehörde kann selber ohne weiteres die vermeintliche Uebertretung mit einem Strafmandat ahnden, doch ist den hilfereichen Söhnen bis zur Stunde kein Strafmandat zugewungen. Vielleicht wird an zuständiger Stelle noch überlegt, was man in diesem schwierigen Fall tun soll.

Städtische Finanzlamaität. Das sogenannte „Dispositionsquantum“ des Berliner Magistrats, das von den Stadtverordneten in Höhe von 600 000 M. für 1911/12 bewilligt worden ist, soll um 200 000 M. verkleinert werden. Der Fonds ist infolge größerer, nicht vorhergesehener Ausgaben für Bauten beinahe erschöpft. Das war bei dem knappen Etatsanlaß vorauszusehen. Die Sozialdemokraten hatten deshalb auch die Erhöhung dieses Postens auf eine Million beantragt. Die Mehrheit lehnte aber den Antrag ab.

Geschwindigkeitsmessungen. Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 1. April über den Genauigkeitsgrad der von Beamten des Verkehrs-kommissariats auszuführenden Geschwindigkeitsmessungen von Kraftfahrzeugen zu gewinnen, sind Versuche angestellt worden, bei denen die auf der Straße aufgestellten Beamten und ein Inasse eines Automobils gleichzeitig mit Stoppuhren die Zeit für das Durchfahren einer bestimmten Strecke feststellten. Bei einer größeren Zahl auf verschiedenen Straßen zum Teil unter schwierigen Verhältnissen angestellter Versuche betrug der durchschnittliche Fehler 2 Proz.; der größte Fehler, der in einem Fall zugunsten des Automobilführers gemacht wurde, betrug 5 Proz.; d. h., es kann vorkommen, daß ein Beamter 2,2 Kilometer mißt, während das Automobil nur mit 25 Kilometer fährt. Zu Vergleichszwecken wurden einige Messungen mit gewöhnlichen Taschenuhren ausgeführt; hierbei betrug der durchschnittliche Fehler 5,9 Proz. Da die Messungen mit gewöhnlichen Taschenuhren sonach weniger zuverlässig sind, werden von den Beamten des Verkehrs-kommissariats ausschließlich Stoppuhren benutzt. Um zu vermeiden, daß ein Fahrer infolge Ungenauigkeit der Messungen zu unrecht bestraft wird, wird eine Ueberschreitung der zulässigen Geschwindigkeit bis zu einer gewissen Fehlergrenze nicht gerügt. Diese Fehlergrenze ist so hoch bemessen, daß selbst bei Anwendung von Taschenuhren eine ungerechtfertigte Bestrafung des Führers ausgeschlossen ist.

Explosion auf dem Zollamt. Großes Aufsehen erregte am Sonntagvormittag die Explosion eines Pakets auf dem Zollamt 1 in der Alexandrinenstr. 93/94. Das Amt hat hier im zweiten Hof im ersten Stock mehrere Räume, von denen einer, der gewölbte Sortierraum, nach dem dritten Hofe hinausführt. Dieser Raum enthält ringum Regale, auf denen die Pakete, wenn sie nochmals signiert sind, zur Aushändigung an die Empfänger niedergelegt werden. Sonntagvormittag waren mehrere Zollbeamte dabei, die in großer Zahl eingegangenen Pakete nach einem Registerzettel zu verlesen. Hiernach nahm sie der Amtsdienner in Empfang, um sie auf den Regalen unterzubringen. Unter den Eingängen befand sich auch ein Paket aus Wappe, das in Länge, Breite und Höhe etwa 25 Zentimeter maß und, nach der Deklaration, Puß- und Modenwaren enthalten sollte. Der 41 Jahre alte Amtsdienner Teuber aus der Reichlinstr. 6 m zu Charlottenburg hatte dieses eben in sein Fach gelegt, als es unter einem donnerartigen Knall explodierte. Scherben und Splitter der Fensterscheiben an den Höfen und an der Durchfahrt flogen umher und eine große Stielflamme verbrannte Teuber die linke Hand, die er noch hochhielt, und die linke Kopfhälfte. Wie ein schwerer Schlag traf es seinen Kopf und das linke Ohr, dessen Gehör wahrscheinlich gelitten hat. Qualm und Rauch erfüllten bald den ganzen Raum und Stielflammen schossen hin und her und entzündeten mehrere Pakete in der Nähe der Explosionsstelle und auf den benachbarten Regalen. Die Zollbeamten eilten dem Verunglückten zu Hilfe und dachten gleichzeitig an die Rettung der in den Regalen aufgestellten Waren. Die Feuergefahr war um so größer, als sich unter den Paketen viele befanden, die leicht entzündlich waren. Die Beamten gaben deshalb sofort aus den Hydranten Wasser auf die brennenden Pakete, und es gelang ihnen auch, den Brand zu löschen, bevor noch die Feuerwehre eintraf. Diese konnte sich darauf beschränken, die Glasscherben zusammenzufegen und die Trümmer und Fegen der beschädigten Pakete für die polizeiliche Untersuchung zu sammeln. Teuber wurde der Unfallsation in der Kommandantenstraße zugeführt und dort von dem Arzte verbunden. Seine Verletzungen sind zum Glück nicht schwer. Er konnte bald nach dem Zollamt zurückkehren und dem Zollinspektor, der die Untersuchung führt, seine Wahnehmungen zu Protokoll geben. Wie die Ermittlungen ergaben, hat das explodierte Paket sogenannte Anallpopsen enthalten. Es sind das ausgehöhlte Korfen, die mit einem Explosionsstoff gefüllt und dann an dem schmaleren Ende mit einer Art Löschpapier zugestopft werden. Radfahrer benutzen diese Anallpopsen für ihre Pistolen, um auf der Landstraße Hunde oder auch Menschen, die sie belästigen, zu verschrecken. Reste von dem Inhalt des Paketes wurden in dem Sortierraum noch gefunden. Wer der Absender und der Empfänger des Paketes sind, ließ sich gestern noch nicht feststellen, weil die Aufschriften zerrissen und größtenteils verbrannt sind. Soweit sich bisher herausfinden ließ, scheint es aber, daß die Sendung aus Schweden oder Norwegen gekommen ist. Eine nähere Aufklärung kann erst eine umständliche Nachprüfung aller Eingänge bringen.

Die näheren Ermittlungen der Kriminalpolizei und die Nachprüfung der Aufgabellen des Postamtes und des Zollamtes haben ergeben, daß der Absender des gefährlichen Paketes ein Kaufmann L. aus der Alexandrinenstraße ist, der sich mit der Herstellung und dem Versand von Feuerwerkskörpern befaßt. L. sandte vor einiger Zeit vier Pakete dieser Art zugleich nach Lemberg, sie wurden dort nicht angenommen, vielmehr an den Absender zurückgeschickt. Am Sonntag kamen sie hier wieder an. Ohne Zweifel sind alle vier gleich nach einander explodiert. Daher auch die bedeutenden Zerstörungen in

dem Sortierraum. Der Luftdruck hat nicht nur alle Fenster zertrümmert, sondern auch eiserne Träger verbogen. Sogar im dritten Stock sind noch die Fenster gesprungen. Eine Sendung von 2. ist wie festgestellt wurde, kürzlich schon in Russland explodiert. Gegen ihn schwebt in dieser Angelegenheit bereits ein Strafverfahren.

Die 276. Gemeindefchule, Schönigstr. 17, ist wegen Schornsteins bis zu den Fenstern geschlossen worden. Sämtliche Räume einschließlich der Aula, Turnhalle, Aborte und des Brausebades werden inzwischen desinfiziert werden.

Bei einer Kesselexplosion schwer verbrüht. In der Heizungsanlage des Hauptrestaurants im Zoologischen Garten kam Sonntag früh aus bisher nicht ermittelter Ursache ein Kessel zur Explosion. Die ausströmenden heißen Dämpfe trafen den Maschinenführer Ernst G. und verbrühten ihn im Gesicht und an den Armen. Der Verunglückte mußte mit einem Krankenwagen nach dem Krankenhaus Moabit gebracht werden.

Ein bedauerlicher Todesfall ereignete sich am Sonntagabend gegen 7 Uhr in Zegel. Vor dem Schloßpavillon in dem genannten Vororte hatte sich an der Endhaltestelle der Straßenbahn wie allsonntäglich eine große Menschenmenge angesammelt, welche die ankommenden nach Berlin führenden Straßenbahnwagen bestürmte. Etwa 250 Personen standen an der Endhaltestelle und ranneten dem langsam einfahrenden Zuge entgegen, um sich einen Platz zu sichern. Bei dem entstehenden großen Gedränge wurde die 51-jährige Frau Clara Krebs, Kruppstraße 11, bei Verwandten wohnhaft, von der nachdrängenden Menge gegen den ersten Anhängewagen des Zuges gedrückt. Obwohl die Frau aus Leibeskräften die hinter ihr stehenden Personen zurückdrängen versuchte und rief, man möge doch ein wenig Raum geben, da sie sonst unter den Wagen gerate, wurde die Unglückliche so festig gedrückt, daß sie den Halt verlor und zwischen den zweiten und dritten Anhängewagen geschleudert wurde. Die Bedauerndwerte fürzte so unglücklich, daß sie unter den Schuttrahmen kam und, da das Straßenbahnpersonal in dem furchtbaren Durcheinander den Unfall nicht sogleich bemerken konnte, zu Tode gequiescht wurde. Als der Wagen angehoben wurde, konnte Frau Krebs nur noch sterbend hervorgezogen werden. Die Verunglückte wurde zu einem in der Nähe wohnenden Arzt geschafft, unter dessen Händen sie jedoch an inneren Verletzungen verstarb. Die Verwandten schafften die Leiche nach Berlin.

Ein Betriebsunfall ereignete sich gestern mittag 12 Uhr in dem Buchdruckerbetrieb der Firma Liebsch u. Thies, Niederwallstr. 15. Dort geriet der 18 Jahre alte Buchdruckerlehrling Willi Rebling beim Vollenfangen mit dem rechten Arm in die Maschine, wobei der Arm völlig zerfleischt wurde. Der Verunglückte wurde von der herbeigerufenen Feuerwehr aus seiner qualvollen Lage befreit und zunächst nach der Unfallstation und von dort nach dem Krankenhaus gebracht.

Baumfall im Metropolpalast. Im Metropolpalast hat sich gestern nachmittag ein Baumfall zugetragen. Dort stürzte der Vergolder Steffenbosch aus der Alten Jakobstr. 7 von einem Baumgerüst ab. Der Verunglückte erlitt eine leichte Gehirnerschütterung und erhielt von dem Arzt der Unfallstation in der Kronenstr. die erste Hilfe. Dann wurde er nach seiner Wohnung geschafft.

Ein schwerer Unfall verursachte in der letzten Nacht einen großen Menschenauflauf an der Ecke der Oranien- und Brandenburgstraße. Dort war der 18-jährige Fritz Steinlopf aus der Ritterstraße 108 von einer Automobilmaschine überfahren worden und konnte anfänglich nicht befreit werden. Der Körper des jungen Mannes war zwischen der Steuerung fest eingeklemmt, das linke Bein um ein Knöchel gewickelt und mehrere Male gebrochen. Auch die Feuerwehr konnte den Kerker nicht sofort befreien. Schließlich lösten hundert Hände mit an. Das Auto wurde vollständig in die Höhe gehoben und so lange in der Schwebe gehalten, bis der junge Mann, der bei 500er Verwundung war, aus seiner qualvollen Lage befreit werden konnte. Die Feuerwehr brachte den Schwerverletzten nach dem Krankenhaus am Urban, wo man außer einem Oberschenkelbruch, einem Bruch des Schienbeins, eine Verletzung des Knies, des Hinterkopfes, noch vier Rippenbrüche feststellte. Ein Arzt legte sofort Verbände an.

Von einem Privatautomobil überfahren und auf der Stelle getötet wurde gestern nachmittag gegen 8 Uhr auf der Landsberger Chaussee vor der Gärtnerei Schmidt der etwa 40 Jahre alte russische Gastab Wotru.

Brandunglück beim Haarbrennen. Die 18 Jahre alte Verleusein Margarete Giesen in der Auguststraße 41 brannte sich Sonntag nachmittag in ihrem Schlafzimmer das Haar. Mit einer unvorsichtigen Handbewegung stieß sie den Spiritusbrenner um, und eine Flamme schlug hoch, erlachte ihre Wunde und setzte sie in Brand. Hysterisch rief das Mädchen die Stürze auf und lief auf den Treppenhof hinaus. Der Luftzug entfachte die Flamme erst recht, so daß bald auch die Unterleider brannten. Die Stiefelstern, die von dem Geschrei der Verunglückten erwachten, eilten ihr zur Hilfe und versuchten das Feuer mit den Händen auszudrücken. Hausgenossen erstickten es mit übergeworfenen Kleidungsstücken. Die ganze Familie wurde mit einem Koffischen Wagen nach dem Hedwigs-Krankenhaus gebracht. Hier liegt das Mädchen, das an Hals, Brust und Unterleib schwer verbrannt ist, bedenklich danieder. Die Stiefelstern, die sich an Händen und Armen erhebliche Brandwunden zugezogen hatten, wurden auf ihren Wunsch nach ihrer Wohnung entlassen, nachdem sie verbunden worden waren.

Selbstmord im Hotel. In einem Hotel am Schiffbauerdamm 18 hat sich gestern ein junges Mädchen, das aus Kiel erst zugereist war, durch einen Selbstmord getötet. Wie die polizeilichen Ermittlungen ergaben, handelt es sich um eine 23-jährige Schneiderin Emma Hork, die den Selbstmord aus Liebeskummer verübt zu haben scheint. Die Leiche wurde beschlagnahmt.

6000 Mark Belohnung. Die städtische Feuerzollverwaltung hat nun auch 1000 Mark Belohnung auf die Ermittlung der Brandstifter ausgesetzt, die seit Mitte Juli d. J. mehr als 200 Brände angelegt haben und besonders die Vororte heimsuchen. Die Privatfeuerversicherungen haben zu demselben Zweck 2000 Mark zur Verfügung gestellt und der Magistrat Wilmersdorf 1000 Mark. Dazu kommen die von dem Haus- und Grundbesitzerverein Velleunde und Hansviertel, dem Verein Frankfurter Torbezirk usw. ausgesetzten Belohnungen und die von der Polizei in Höhe von je 500 Mark. Bisher hat aber die Aussetzung dieser Belohnungen nichts gefruchtet, es wird ruhig und in derselben Weise wie bisher geduldet. Kein Tag vergeht, an dem nicht eine oder mehrere gemeldet werden. Die böswilligen, wie die fahrlässigen werden nicht eher abnehmen nach Ansicht von Sachverständigen, bis die Hauptpolizei strengere Vorschriften über die Errichtung von Dachgeschossen erläßt hat.

Greiffeuer kam am Sonntagvormittag in dem neuen Hause Bornemannstr. 5/6 infolge Brandstiftung zum Ausbruch. Als die Gefährde von den Hausbewohnern bemerkt wurde, stand der Dachstuhl des Vorderhauses schon an mehreren Stellen in Flammen. Die fanden an der Dachkonstruktion, dem Hausat der vielen Mieter und Brennmaterialien usw. so reiche Nahrung, daß die Feuerwehr aus der Parkstraße Unterstützung heranziehen mußte. Ueber die bereits verqualmten Treppen und mehrere mechanische Leitern wurde mit vier Schlauchleitungen unter Benutzung von Rauchschutthorapparaten unter Leitung des Brandmeisters v. Bergmann vorgegangen, der Qualm und eine enorme Hitze ersawerten die Lösung. Nach mehrstündiger Tätigkeit gelang es den Brand auf den Dachstuhl des Vorderhauses und Seitenstiegs zu beschränken.

Ein Stallgebäude in Flammen. Ein großer Stallbrand brach gestern nachmittag in der Seelstr. 97 aus und beschäftigte zwei Rüge.

der Berliner Feuerwehr lange Zeit. Das Gebäude brannte größtenteils aus.

Das Metropol-Theater hatte am Sonnabend einen großen Tag. Die Erstaufführung der neuen Jahresrevue hatte tout-Verlin nach der Behrenstraße geführt, um zu sehen und zu hören, was Julius Freund als Verfasser und Viktor Jolländer als Vertoner der Revue bieten würden. Unter dem Titel „Die Nacht von Berlin“ hat der Verfasser so ziemlich alles, was sich im letzten Jahre ereignet hat, in Versen glossiert und lose aneinandergereiht. Gute und schlechte Witze jagen einander. Den einzelnen Künstlern und Künstlerinnen sind die Rollen von vornherein auf den Leib geschrieben. Die Darsteller sind es, die aus dem Ganzen erst etwas Rechtes machen: Der Giampietro als Modelförnia Poiret und als Danziger Leutnant und Faust-Besucher, Guido Zielscher als Allerweltszeitungsleser, Sophosies, Präsident Ratisse und König Dedibus, Joseph Josephi, der wiedergekehrt ist, als Nachwächter, Sieger im „G.“-Preis und Bester alterer Herr. Von den Damen zeigt Fräulein Kupfer vom Deutschen Theater an Stelle der ausgeschiedenen Fräulein Raffary als Nacht von Berlin, Fräulein Kientopp, als Helene, Heimarbeiterin sich als talentvolle Soubrette, während Magde Lessing als Gaby mit Fräulein Guffi Holl als Manuel, als Fürstin Warbenberg und als Margaretenmadel sich aufs neue als reizende Vorträge- und Tanzkünstlerin erweist. Kennen wir noch die Damen Fräulein Leuz und Eh Winter, so haben wir die Namen des in der Hauptrolle mitwirkenden Künstlerpersonals wiedergegeben. Daß wie früher auch diesmal auf Ausstattung, Kostüme und glänzende Lichteffekte, die vor allem im 5. Bilde „Im Palais der Träume“ wirksam zum Ausdruck gelangen, entscheidendes Gewicht gelegt wurde, ist von der Direktion des Metropoltheaters selbstverständlich. Das bis auf den letzten Platz besetzte Haus, in dem die neuesten Moden wieder zu Schau getragen wurden, kassierte starken Verkauf, der sich bei dem Vortrage Josephis, in dem von der Jagdstätigkeit der deutschen Regierung in der Marokkoaffäre unter Anspielung auf den Blut- und Eisenmischen Bismarck die Rede war, zu einer widerwärtigen politischen Demonstration steigerte.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Der Bau einer städtischen Badeanstalt auf dem Grundstück Nürnberger Straße 50/55 wird die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung in ihrer nächsten Sitzung am Mittwoch, den 20. September, beschäftigen. Die Badeanstalt, deren Kosten auf 4,8 Millionen Mark veranschlagt sind, wird nicht nur die größte, sondern auch wohl die modernste und schönste Badeanstalt in Deutschland werden. Sie wird enthalten ein Männerschwimmbad mit einer Breite von 15,3 und einer Länge von 26,5 Meter, also einer Fläche von 405 Quadratmeter und einem Inhalt von 725 Kubikmeter. Während das größte Schwimmbassin in dem bekannten Röllerschen Volksbad in München 368 Quadratmeter groß ist. Auf Umhängen um das Schwimmbassin finden sich in zwei Galerien 56 Auskleidezellen, dazu Doucherräume usw. Um das Schwimmbassin herum und von diesem aus unmittelbar zugänglich zieht sich im 1. Stock das Männer- und Frauenbad 1. und 2. Klasse mit Auskleideräumen, Ruheräumen, Dampfbad, Warmbad, Heißluftbad, Massageraum, Erfrischungsräum, Frisierzimmer usw. Ueber diesen Räumen im 2. Stock sind 18 Wannenbäder 1. Klasse und ein russisch-römisches Luxusbad vorgesehen, während das 3. und 4. Stockwerk Wannenbäder 2. Klasse enthält. Im Erdgeschoß werden noch ein Volksschwimmbad und Wannenbäder 3. Klasse eingerichtet. Die Frauenschwimmbad enthält eine Wasserfläche von 11,7 zu 17,8 Meter also 208 Quadratmeter. Auch für Frauen werden Wannenbäder 1., 2. und 3. Klasse eingerichtet. Ein drittes Schwimmbad wird im Freien für die wärmere Jahreszeit eingerichtet mit einer Wasserfläche von 16,0 zu 31,3 Meter und 112 Zellen. Diese Größenmaße des Schwimmbassins im Freien ermöglichen die Anlage einer Wellenbadeeinrichtung. Schließlich sind noch Sonnenbäder und medizinische Bäder vorgesehen. Die Pläne der Badeanstalt sind von Stadtbaurat Seeling entworfen.

Lichtenberg.

Brand durch einen Lechtinschuh. Ein größerer Brand, bei dem 500-600 Gänse und einige Hundert Hühner umkamen, wurde in der vergangenen Nacht durch die Unvorsichtigkeit eines Schützen in Lichtenberg verursacht. In der Gänseflächerei von Hammort, früher Eitner, schoß ein Angestellter in der zwölften Stunde mit einem Lechtinschuh nach einer Ratte. Er traf aber nicht die Ratte, sondern schoß Heu, das in der Nähe lag, in Brand. Das Feuer griff so rasch um sich, daß er es selbst nicht mehr löschen konnte, und ehe er andere Hilfe rufen konnte, war es auch schon auf die Fachwerkgebäude und die Gänseflächerei übergesprungen. Die Feuerwehren von Lichtenberg und der benachbarten Ortschaften konnten nur noch das Wohnhaus retten. Die Wirtschaftsanlage wurde ein Raub der Flammen. Der größte Teil des Federviehes, von dem mehrere Tausend zur Mast gehalten werden, wurde gerettet, ebenso ein Pferd, während der Wagen verbrannte. Gegen 600 Gänse und einige Hundert Hühner kamen in den Flammen um.

Rixdorf.

Ueber den Sachverhalt, der den Menschenansammlungen der vergangenen Woche bei dem Rixdorfer Fleischermeister in der Hermannstraße zugrunde liegt, hat der Arzt, in dessen Behandlung sich sowohl Frau Hilbrich als auch ihr Dienstmädchen befinden, in einem Briefe folgendes mitgeteilt:

Herrn Schlächtermeister Paul Hilbrich hier selbst bescheinige ich hiermit, daß sein 18-jähriges Dienstmädchen, das angeblich von seiner Ehefrau am 18. September er. mißhandelt sein soll, freiwillig an demselben Tage in der Nachmittagsprechstunde, also kurze Zeit nach dem ob. Vorgange bei mir war. Das Mädchen gab mir, wie ich auf das Bestimmteste zu erklären und eventuell beedigen kann, an, daß Frau H. es lediglich an den Haaren festgehalten und ihm eine Ohrspeiche gegeben hätte. Spuren irgendwelcher äußeren Verletzung, wie sie durch Schlägen mit einer Hundspitze hätten vorhanden sein müssen, waren nicht zu sehen. Bei dieser Zusage, die ich keineswegs billige, ist indes zu berücksichtigen, daß Frau Hilbrich am Abend zuvor eine schwere Operation durchgemacht hatte und eine hochgradig nervöse Frau ist, die durch den erwähnten Ungehorsam des Dienstmädchens, das die ernstlich erkrankte Frau ohne Hilfe hatte liegen lassen, schwer gereizt war. Ich traf bei meinem Besuche am 18. September er., morgens circa 9 1/2 Uhr, also kurz nach dem Austritt mit dem Mädchen, Frau H. in einem Zustande so hochgradiger Erregung vor, daß ärztlicherseits die Annahme einer vorübergehenden Sinnesverwirrung nicht unangelegentlich und man somit Frau H. für ihre Handlungsweise kaum verantwortlich machen konnte, in einem Zustande, wie er nach solchen Operationen oft genug beobachtet wird.

Nach diesem Briefe wäre das unter der Beobachtung laufende Gerichtsverfahren, das Dienstmädchen habe wegen der erlittenen Mißhandlungen das Krankenhaus aufgesucht, nicht zutreffend.

Leider war es uns bisher nicht möglich, das Dienstmädchen selbst zu sprechen, um so aus eigener Anschauung ein Urteil in dieser Sache zu gewinnen.

Neuverschickerei auf der Straße. Ein gefährlicher Geisteskranker hätte gestern, Montag morgen, in Rixdorf beinahe Unheil angerichtet. Auf dem Wildenbruchplatz gab der 23-jährige Geiger Anton Sulpa aus Hamburg zwei Schüsse in die Luft ab und feuerte drei weitere Schüsse auf zufällig vorbeikommende Personen ab. Glücklicherweise gingen sämtliche Schüsse fehl. Bei der Festnahme behauptete der junge Mann, daß er habe Selbstmord verüben wollen. Es handelt sich jedoch unzweifelhaft um einen Geisteskranken.

Mariendorf.

Als mutmaßlicher Brandstifter des Hauses Ring- und Kaiserstr. angeklagt ist am Sonntag früh der Besitzer des Hauses selbst verhaftet worden. Es wird angenommen, daß der Besitzer den Brand angelegt hat, um die äußerst ungünstigen Geldverhältnisse durch die zu erwartende Versicherungssumme aufzubessern.

Rummelsburg.

Ein entsetzlicher Unglücksfall, dem ein Kindesleben zum Opfer fiel, ereignete sich am Sonnabend in der Neuen Bahnhofsstraße 22. Der dort wohnhafte Mechaniker Sommer besitzt auf dem Laubengrund in der Prinz-Albert-Straße ein Stück Land mit einem Sommerhäuschen, in welchem Frau S. am Sonnabendnachmittag große Wäsche wusch. Bei der Mutter befand sich auch die 14-jährige Tochter Jemgard. Als Frau S. sich auf einen Augenblick entfernen mußte, benutzte die Kleine die Gelegenheit, um sich an der auf dem Herde stehenden, mit kochendem Wasser gefüllten Waschkassine zu schaffeln zu machen. Das Mädchen hängte sich an den Griff der Waschkassine an, wodurch diese umgerissen wurde. Der siedende Inhalt ergoß sich über die kleine Jemgard, die am Leibe und den Beinen schwer verbrüht wurde. In bestmöglicher Eile wurde das Mädchen nach dem Rummelsburger Krankenhaus übergeführt, wo es einige Stunden nach seiner Einlieferung unter entsetzlichen Qualen verstarb.

Straßen.

Aus der Gemeindevertretung. Die erste Sitzung nach den Ferien war trotz umfangreicher Tagesordnung von nur kurzer Dauer. Die Frage des Schulbaues bzw. Erweiterung der bestehenden Schulgebäude hat wiederholt die Vertretung beschäftigt. Der Gemeindevorstand empfahl die Ausführung eines Erweiterungsbauwerks, wofür die Projekte bereits vorliegen; danach betragen die Kosten 50000 M. Die Begründung war hier wie in ähnlichen Fällen äußerst dürftig. Die Mehrheit war indes bereit, dem Projekt ohne Diskussion zuzustimmen. Unser Vertreter betonte, daß geprüft werden müsse, ob ein Neubau nicht von vornherein für die Gemeinde vorteilhafter sei. Bei der Entscheidungsmöglichkeit des Ortes sei es nicht ausgeschlossen, daß das zu erweiterte Schulgebäude in absehbarer Zeit wiederum zu klein werde und daher doch noch eine neue Schule gebaut werden müßte. Auch sei für zeitgemäße Einrichtungen in der Schule, wie Wäber usw. Sorge zu tragen; er, Redner, beantrage daher Kommissionsberatung. Der Antrag wurde abgelehnt. Darauf verließ unser Vertreter die Sitzung, die dann wegen Beschlußunfähigkeit aufgehoben werden mußte.

Weißensee.

Einen Omnibusverkehr vom Stadtbahnhof Weißensee nach dem Säuglings-Krankenhaus in der Falkenberger Straße beabsichtigt die Gemeindevertretung einzurichten. Der Gemeindevorstand wurde beauftragt, eine Rentabilitätsberechnung in einer der nächsten Sitzungen vorzulegen. Das schlechte Pflaster in der Greifswalder Straße ist beseitigt, es sind daher die Vorbedingungen für den schon längst beabsichtigten Omnibusverkehr gegeben. Die Große Berliner erhält hierdurch eine empfindliche Konkurrenz, was ihr weiter nicht schaden kann, da sie alle öffentliche Beschwerden und Anträge auf schlechte Beförderung unberücksichtigt ließ. Es werden eine Reihe fünf-pennig-Teilsreden eingeführt, die ganze Strecke soll 10 Pfennig kosten.

Herzfelde.

Wie wenig Interesse unsere bürgerlichen Gemeindevertreter am kommunalen Leben bekunden, bewies wieder einmal die letzte Gemeindevertretertagung. Nachdem sich mittlerweile 8 Vertreter eingestellt hatten und einige Beschlüsse unwesentlicher Natur gefaßt worden waren, kam ein Antrag des Hiesigkeitsbesizers Otto Mann zurecht Berlegung des Gemeindegartens zur Erörterung. Als sich in der Diskussion über diesen Antrag eine ablehnende Stimmung bemerkbar machte, stellte Herr Mann plötzlich die Frage, ob, wenn er das Sitzungszimmer verlassen würde, die Vertretung noch beschlußfähig wäre. Diese Frage wurde vom Vorsitzenden verneint. Hierauf verließ Herr Mann den Sitzungssaal. Die Arbeiterschaft Herzfeldes mag hieraus ersehen, wie notwendig es ist, daß sie endlich für eine andere Vertretung sorgt.

Ober-Schöneweide.

Arbeiter-Samaritanerlone Ober-Schöneweide und Umgegend. Da die Mitgliederversammlung des Bahnvvereins auf den 26. September verlegt ist, findet der Vortrag über Verletzungen, Wundbehandlung und Blutstillung heute, Dienstagabend, 8 1/2 Uhr, statt.

Spandau.

Ueber die Inhaftnahme eines Kindes hatten wir kürzlich berichtet. Es handelt sich, wie noch erinnerlich sein wird, um ein erst dreizehnjähriges Mädchen L. Das noch schulpflichtige Kind, das des Diebstahls beschuldigt wird, wurde plötzlich aus der elterlichen Wohnung durch einen Kollaps abgeholt. Im Ratshaus, wo die L. von der Polizei in Verwahrung gehalten wurde, bekam die Mutter ihre Tochter nur noch ein einziges Mal sichtlich zu sehen. Das inhaftierte Kind blieb einige Tage im Gewahrsam der Polizei, aber der Mutter wurde eine nochmalige Zulassung nicht gewährt.

Eine Verwandte fragte darauf bei der Polizeiverwaltung schriftlich an, was aus dem Kinde geworden sei. Wie erhalten jetzt Kenntnis von dem Bescheid, der auf diese Anfrage eingegangen ist. In ihm wird gesagt, die L. sei wegen mehrfachen Diebstahls festgenommen und dem Vormundschaftsgericht hier zugeführt worden, und die vermeintliche Notwendigkeit der Festnahme wird dann folgendermaßen begründet:

Durch Gerichtsbeschluss vom 6. September 1911 wurde die Unterbringung der L. in einer Zwangsberziehungsanstalt und weil Gefahr im Verzuge, die vorläufige Unterbringung verfügt, weshalb die L. hier im Gewahrsam bis zur Ueberführung in eine Anstalt aufgenommen wurde."

Ueber die Beschaffenheit dieses „Gewahrsams“ hatte die Mutter, nachdem sie einen Blick hatte hineinwerfen dürfen, sich allerlei Gedanken gemacht. Sie war der Meinung, daß es sich um eine gewöhnliche Gefangenenzelle handle, und sie empfand das um so mehr als Härte, da sie das Kind für schwachbehindert hält. Hierüber sagt nun der Bericht:

„Die L. befand sich nicht im Polizeigefängnis, sondern in einem Gewahrsam im Erdgeschoß neben der Kastellanswohnung, um weiblichen Schutz in der Frau des Kastellans zu haben.“
Sehr vorsorglich, gewiß! Aber die Polizeiverwaltung hätte sich auch darüber äußern sollen, wie es in dem Gewahrsam aussah. Nicht darauf kommt es an, ob der Raum, in dem das Kind anscheinend mehrere Tage und Nächte zubringen mußte, sonst als Gefängnis dient. Die Mutter sagt, daß er auf sie den Eindruck einer Gefangenenzelle gemacht habe. Wenn dieser Eindruck richtig war, so kann auch die Wirkung auf das Kind dieselbe gewesen sein, wie wenn man es in eine regelrechte Gefangenenzelle gesteckt hätte.

Die L. wurde nach einigen Tagen der Erziehungsanstalt Strausberg zugeführt, ohne daß die Mutter ihr Kind noch einmal gesehen hätte. Ob die vorläufige Unterbringung andrückt erhalten werden soll, darüber mag nun erst noch ein Gerichtsbeschluss erfolgen. Das Verfahren, ein solches Kind vorläufig unterzubringen, ehe es rechtskräftig zur Fürsorgezuehung verurteilt worden ist, wird oft geübt und ist nach dem Gesetz zulässig. In dem vorliegenden Falle können wir nicht entscheiden, ob das Kind schuldig ist oder nicht. Denkbar ist aber, daß auch ein zu Unrecht beschuldigtes Kind einmal in die Zelle kommen kann, aus der elterlichen Wohnung durch einen Polizisten dem „Gewahrsam“ zugeführt und von da einstweilen in eine Anstalt überwiesen zu werden. Dieses Schicksal wäre nicht zu vergleichen mit einer Unterbringung in der über einen Schuldlosen verhängt wird, sondern mit einer Schuldlos erlittenen Verhaftung.